



Landtag von Baden-Württemberg

22. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 14. Dezember 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 13:56 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1039	der Vorgehensweise der Landesregierung im Rahmen der Neuausrichtung der EnBW (EnBW-Untersuchungsausschuss)“ – Drucksache 15/1015	
1. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012) – Drucksache 15/1000		b) Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Thema „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“ – Drucksache 15/1018	
Haushaltsrede des Ministers für Finanzen und Wirtschaft	1039	c) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses	1067
Minister Dr. Nils Schmid	1039	Abg. Peter Hauk CDU	1067, 1074
2. Aktuelle Debatte – Rückenwind beim Energiemix! – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . .	1044	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	1069, 1075
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	1044, 1058	Abg. Claus Schmiedel SPD	1070, 1076
Abg. Paul Nemeth CDU	1046	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1073
Abg. Alexander Schoch GRÜNE	1048, 1058	Beschluss	1077
Abg. Johannes Stober SPD	1048, 1051	Abg. Volker Schebesta CDU (zur Geschäftsordnung)	1078
Abg. Paul Nemeth CDU (Kurzintervention)	1051	Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Geschäftsordnung)	1078
Minister Franz Untersteller	1051	Abg. Andreas Stoch SPD (zur Geschäftsordnung)	1078
3. Aktuelle Debatte – Den Schwung der Volksabstimmung nützen – eine neue Ära direkter Demokratie für unser Land – beantragt von der Fraktion der SPD	1059	Abg. Ulrich Müller CDU	1079
Abg. Andreas Stoch SPD	1059	Abg. Jürgen Filius GRÜNE	1079
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU	1061		
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	1062	5. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. November 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: EU-Strukturpolitik ab 2014 – Drucksachen 15/853, 15/930	1079
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	1063	Beschluss	1079
Minister Reinhold Gall.	1065		
4. a) Antrag der Fraktion der CDU – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung der Umstände um den Kaufvertrag vom 6. Dezember 2010, in welchem die Neckarpri GmbH 45,01 Prozent der Aktien der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) erworben hat, und Aufarbeitung			

6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 24. November 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weiterentwicklung des Systems der Regulierung der Märkte für Finanzinstrumente – Drucksachen 15/946, 15/1007	1079	Anlage 8 Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012 nach Aufgabenbereichen.	1091
Abg. Gerhard Stratthaus CDU	1079	Anlage 9 Personalstellen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012	1092
Abg. Josef Frey GRÜNE	1080	Anlage 10 Finanzausgleich unter den Ländern 2000 bis 2010.	1093
Abg. Peter Hofelich SPD	1081	Anlage 11 Steuereinnahmen des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen der Länder 2000 bis 2010	1094
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	1082		
Staatssekretär Ingo Rust	1083		
Beschluss	1083		
Nächste Sitzung	1083		
Anlage 1 Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012.	1084	Anlage 12 Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 2005 bis 2012	1095
Anlage 2 Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012.	1085	Anlage 13 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“	1096
Anlage 3 Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012	1086		
Anlage 4 Entwicklung der Einnahmen des Landes 2003 bis 2012.	1087	Anlage 14 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“	1097
Anlage 5 Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 2000 bis 2012.	1088		
Anlage 6 Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012 aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten	1089	Anlage 15 Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“	1098
Anlage 7 Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012	1090		

Protokoll

über die 22. Sitzung vom 14. Dezember 2011

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Dienstlich verhindert ist Herr Abg. Dr. Reinhart.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Gönner und Herrn Abg. Hollenbach erteilt.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Friedrich.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 9. Dezember 2011, Az.: GR 11/11 – Wahlprüfungsbeschwerde der Herren M. K., P. W. und Prof. Dr. D. B., Essingen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 9. Dezember 2011, Az.: GR 12/11 – Wahlprüfungsbeschwerde der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Baden-Württemberg

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 12. Dezember 2011 – 44. Landesjugendplan für das Haushaltsjahr 2012 – Drucksache 15/1013

Überweisung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport, soweit der Einzelplan 04 berührt ist, und an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, soweit der Einzelplan 09 berührt ist, und insgesamt federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

4. Mitteilung der Landesregierung vom 13. Dezember 2011 – 22. Landessportplan für das Haushaltsjahr 2012 – Drucksache 15/1014

Überweisung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport und federführend an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012

(Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012) – Drucksache 15/1000

Haushaltsrede des Ministers für Finanzen und Wirtschaft

Ich erteile Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Solide Finanzen sind nicht alles, doch ohne solide Finanzen ist alles nichts. Schulden sind für die meisten Menschen etwas ganz Abstraktes – bis ihre Folgen ganz konkret werden.

Es ist wie bei jenem Mann, den Karl Schiller einmal beschrieben hat: Der Mann ist aus dem Fenster des neunten Stockwerks gefallen. Als er beim ersten Stockwerk ankommt, ruft er aus: „Na ja, es ist ja bisher ganz gut gegangen.“ Die Betonung liegt allerdings auf „bisher“. Denn Schulden sind ein süßes Gift, sie geben einen kurzen Kick, doch wie jede Droge machen sie auf lange Sicht den Abhängigen kaputt.

Deshalb sind übrigens auch Steuergeschenke auf Pump nur eine Verlängerung des Leidens. Wir, die baden-württembergische Landesregierung, werden solche Steuergeschenke im Bundesrat ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Solide Finanzen sind das Ziel dieser Landesregierung. Das wird bei dem Haushaltsentwurf 2012 deutlich. Dabei hilft es uns, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und 2009 mittlerweile haushaltswirtschaftlich überwunden ist. Konkret heißt das: Die Steuereinnahmen überstiegen im Jahr 2011 erstmals wieder das Vorkrisenniveau.

Weil wir genau wissen, dass in guten Zeiten die öffentlichen Haushalte ruiniert werden, machen wir im Jahr 2011 und im Jahr 2012 keine neuen Schulden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Es ist nur die Frage, wie!)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz Steuermehreinnahmen ist der Weg zur Konsolidierung kein Spaziergang. Das war auch für den Haushalt 2012 ein regelrechter Kraftakt.

Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung der vorherigen Landesregierung zeigt auch sehr schnell, warum: Schwarz-Gelb hat uns darin für 2012 eine Deckungslücke von über 3 Milliarden € hinterlassen –

(Oh-Rufe von der CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

viele Haushaltsrisiken noch nicht einmal eingerechnet. Bei unserem Kassensturz mussten wir dann im Sommer dieses Jahres feststellen, dass allein für das kommende Jahr 400 Millionen € an weiteren finanziellen Risiken und zwangsläufigen Ausgaben dazukommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das einzige Risiko sind Sie!)

Selbst in der Krise haben Sie die Ausgaben munter erhöht. Trotz massiver Bruttosteuermindereinnahmen von weit über 3 Milliarden € in den Jahren 2009 und 2010 wuchsen die Ausgaben der schwarz-gelben Landesregierung ungebremst an. Allein die Personalausgaben stiegen Jahr für Jahr um rund 500 Millionen €.

(Oh-Rufe von der SPD)

Doch um das zu verschleiern wurden Rücklagen aufgebraucht, Sondervermögen angebohrt und landeseigene Banken zu Sonderausschüttungen gezwungen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich! Das ist ja unglaublich!)

Eines kann man also klar sagen: Solide Finanzpolitik sieht anders aus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Unser Haushalt für 2012 ist Ausdruck von nachhaltigem und verantwortungsbewusstem Regieren. Er folgt einem Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Denn wer auch in Zukunft noch gestalten will, muss heute sparen. Wer nachhaltig sparen will, muss die Quellen unseres Wohlstands hegen und pflegen, also auch investieren. Schließlich: Wer die Zukunft gewinnen will, der muss heute, in der Gegenwart, in die wichtigen Zukunftsaufgaben Bildung und Betreuung investieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Konsolidieren, sanieren und investieren – alle drei Aspekte gehören zusammen; alle drei prägen unseren Haushaltsentwurf 2012.

Wir konsolidieren, weil wir nur dann unseren Kindern die Frage „Wie wollen wir leben?“ und nicht nur die Frage „Wie müssen wir leben?“ beantworten können. Das ist keine akademische Frage; es ist eine existenzielle Herausforderung für uns alle. Ein Blick auf die aktuelle Schuldenkrise führt uns das schmerzlich vor Augen. Indem wir heute ohne neue Schulden auskommen, bewahren wir uns Gestaltungsspielräume für die Zukunft. Oder, um es auf den Punkt zu bringen: Wer morgen noch gestalten will, muss heute gegen Schulden kämpfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Warum tun Sie es nicht?)

Das geht nur mit ausgeglichenen Haushalten, und die fallen nicht vom Himmel. So schaffen wir im Jahr 2012 die Nettonull nur, weil in allen Ausgabenbereichen gespart wird,

(Abg. Peter Hauk CDU: Weil Sie draufsatteln! Nicht einmal Rücklagen bringen Sie!)

nicht allein aufgrund steigender Steuereinnahmen. Dass bei einem Anteil der Personalkosten von 40 % auch diese nicht außen vor bleiben können, freut niemanden – überraschen sollte es in diesem Haus aber auch niemanden.

Wir kürzen in den Einzelplänen der Ressorts in einem Umfang von 254 Millionen €. Davon sind überwiegend Sachausgaben betroffen. Dem stehen Einsparungen im Personalbereich von rund 130 Millionen € gegenüber. Von einem „Sonderopfer“ der Beamten kann also nun wirklich keine Rede sein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da klatscht nicht einmal die SPD!)

Doch, meine Damen und Herren, sparen allein reicht nicht. Denn wer konsolidiert, ohne gleichzeitig zu sanieren, dem geht es wie dem Häuslebauer, der sich die Reparatur seines Daches immer wieder aufspart und in ein paar Jahren das x-Fache dafür berappen muss.

Das heißt, wer heute fach- und sachgerecht saniert, spart dadurch in der Zukunft erhebliche Mittel ein. Deshalb haben wir nach dem Wechsel begonnen, das Landesvermögen zu sanieren, und begonnen, Konsolidieren und Sanieren miteinander zu verbinden.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Bereits im Vierten Nachtragshaushalt 2011 haben wir damit begonnen, den Sanierungsstau der vorherigen Landesregierung Stein für Stein abzutragen. Wir haben die Mittel für die Krankenhausfinanzierung um 50 Millionen € aufgestockt und 5 Millionen € zusätzlich für Sanierungsmaßnahmen bei den Zentren für Psychiatrie veranschlagt. Für die Sanierung von Landesgebäuden haben wir im vergangenen Sommer 97 Millionen € bereitgestellt. Hinzu kommt die Sanierungsrücklage von über 400 Millionen € für weitere Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen in den Jahren ab 2012.

All das war auch bitter notwendig. Denn statt eines bestellten Hauses haben Sie von CDU und FDP/DVP uns ein zu bestellendes Haus hinterlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden diesen Weg im Jahr 2012 konsequent weiter gehen. Dafür entnehmen wir 144 Millionen € aus der Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen: 15 Millionen € für den Hochwasserschutz, 50 Millionen € für die Erhaltung unserer Landesstraßen, 29 Millionen € für Sanierungsmaßnahmen bei Verkehr und Schiene, 50 Millionen € für die Erhaltung von Landesgebäuden. Viel zu lange wurde in Baden-Württemberg die Substanz des Landesvermögens vernachlässigt. Wir ändern das.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir zehren die Substanz nicht auf, wir stärken sie. Deshalb nehmen wir in den nächsten drei Jahren für ein zusätzliches Energieeinsparprogramm bei Landesgebäuden insgesamt rund 50 Millionen € aus dem Grundstock in die Hand. Damit sanieren und modernisieren wir Landesgebäude energetisch. Im kommenden Jahr wollen wir damit 22 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 22 Millionen € umsetzen. Und das Beste daran ist: Das Ganze refinanziert sich durch die eingesparten

(Minister Dr. Nils Schmid)

Energiekosten, und dann fließen die Erlöse wieder dem Grundstock zu.

Wir konsolidieren also, damit wir auch in Zukunft gestalten können; wir sanieren, um die Substanz von Baden-Württemberg zu stärken, und wir investieren, um Baden-Württemberg zum Land der Zukunft zu machen.

Das bedeutet zuallererst: Menschen stärken, Wege öffnen und Chancen schaffen. Dieser Haushalt ist der Beleg dafür, dass wir davon nicht nur reden, sondern es auch machen – konkret, messbar und solide finanziert.

Wir wagen 2012 den Bildungsaufbruch. Wir beginnen damit ganz am Anfang, bei den ganz Kleinen. Deshalb verdreifachen wir die Mittel für die Kleinkindbetreuung. Das machen wir im Dialog mit den Kommunen. Der Pakt für Familien mit Kindern ist ein riesiger Erfolg, denn er stellt die Partnerschaft des Landes mit den Kommunen auf neue, verlässliche Beine.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Konkret bedeutet das: 2012 geben wir 444 Millionen € für die U-3-Betreuung aus; das ist ein Plus von 315 Millionen €. Für das Jahr 2013 sind sogar 477 Millionen € geplant, ein Plus von 348 Millionen €, und ab 2014 übernehmen wir 68 % der Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung. Diese dynamische Komponente ist ein klares Bekenntnis dafür, dass Land und Kommunen diese wichtige Zukunftsaufgabe gemeinsam schultern wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist kein Strohfeuer. Dies wirkt auch in den Bereich der frühkindlichen Bildung, der Kindertagesstätten hinein. Hier gelingt es uns, nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität entscheidend zu verbessern, und zwar mit zusätzlichen Mitteln für die Sprachförderung der Drei- bis Sechsjährigen. Wir wollen in die Grundvoraussetzung für den Bildungserfolg mehr investieren, und das ist nun einmal die Sprache. Konkret in Zahlen bedeutet das: Ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 stellen wir zusätzliche Mittel für die Sprachförderung in Höhe von 11 Millionen € zur Verfügung.

Noch etwas ist ganz wichtig: Wir lösen ein altes Versprechen ein, nämlich die Drittelfinanzierung bei der Schulsozialarbeit. 15 Millionen € stehen dafür im Jahr 2012 bereit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist gut angelegtes Geld; denn was wir heute an dieser Stelle investieren, um Problemen vorzubeugen, bringt unserer Gesellschaft in der Zukunft eine wichtige soziale Rendite.

Wir finanzieren diese Maßnahmen mit den Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer und halten damit unser Wort. Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern die Mittel zurück, wir investieren in die Zukunft der Familien und der Kinder. Damit ist klar: Die Regierung hat in dieser schwierigen Frage der Steuererhöhung Wort gehalten. Das fließt alles in den Bereich der Kinderbetreuung und in die soziale Komponente der Wohnraumförderung.

Auch in einem anderen bildungspolitischen Feld halten wir Wort. Das ist – ich will es einmal ganz technisch ausdrücken, damit es auch nicht den Hauch eines Missverständnisses gibt

– die sogenannte demografische Rendite, das heißt, der Überhang an Lehrdeputaten bezogen auf die sinkenden Schülerzahlen. Diese Rendite bleibt 2012 faktisch im System. Das sind rund 3 300 Stellen, die rechnerisch frei werden. Wir nutzen sie aber, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern und den Bildungsaufbruch an den Schulen umzusetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht das aus?)

Dazu machen wir es möglich, dass knapp 300 Pädagogische Assistentinnen und Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen eine feste Anstellung erhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und damit Lehrerstellen ersetzen?)

Wir stocken die feste Krankheitsvertretungsreserve ab dem nächsten Schuljahr um 200 Stellen auf. Damit haben wir insgesamt 1 466 Stellen für Krankheitsvertretungen. Das ist die Zusage, dass wir nachhaltig in die Unterrichtsversorgung investieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was machen Sie mit Bugwellenstunden?)

Auch in einem anderen Bereich steigern wir die Ausgaben: Die Fördermittel für die Privatschulen steigern wir von rund 730 Millionen € im Jahr 2011 auf 775 Millionen € im Jahr 2012. Zur Verbesserung der Kopfsätze werden 7,5 Millionen € eingesetzt. Es gelingt uns damit, dem Ziel des 80-prozentigen Kostenersatzes nach dem Bruttokostenmodell ein Stück näher zu kommen.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir haben vor der Wahl gesagt: „Bildung, Bildung, Bildung“. Und jetzt investieren wir in „Bildung, Bildung, Bildung“. Denn das sind Investitionen in die Zukunft, und dem trägt dieser Haushalt voll und ganz Rechnung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Aber leider in die falsche Richtung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor allem mit den Bugwellenstunden!)

Meine Damen und Herren, unsere Polizei verdient unsere Unterstützung. Vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs 2012 schaffen wir deshalb 400 zusätzliche Ausbildungsstellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter. Dazu schaffen wir 170 Neustellen für die aufgrund von Mehreinstellungen seit 2008 inzwischen ausgebildeten Polizisten, damit diese jetzt auch Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare werden können und übernommen werden können.

Hinzu kommen Investitionen in Höhe von rund 23 Millionen € in die technische Ausstattung der Polizei – Geld, das dringend gebraucht wird, Geld, das gut angelegt ist für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Gleiche gilt für die Stärkung des Justizbereichs. Hier sorgen wir auch personell für eine bessere Ausstattung, um die Grundbuchamtsreform adäquat umsetzen zu können. Auch bundesrechtliche Änderungen im Bereich der Strafgerichtsbarkeit machen Verstärkungen notwendig.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Ich muss schon sagen, dass es mich wundert, dass einige aus der Opposition selbst dann geschimpft haben, als wir neue Stellen beschlossen haben, als es darum ging, Ihr Programm, Ihre Reform jetzt endlich in die Tat umzusetzen. Aber die Oppositionsrolle macht eben manches vergessen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

Wir legen einen ausgeglichenen Haushalt für 2012 vor und setzen Akzente für ein modernes und gerechtes Baden-Württemberg. Dabei geht es ganz zentral darum, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Denn Jahr für Jahr geht der öffentlichen Hand in Deutschland ein zweistelliger Milliardenbetrag verloren, weil Steuern aus steuerpflichtigen Einkünften hinterzogen werden. Das nehmen wir nicht länger hin und schaffen deshalb auch im Jahr 2012 in der Steuerverwaltung 100 neue Stellen und 100 zusätzliche Ausbildungsstellen.

Wir werden auch an anderer Stelle im Haushalt umsteuern. Wir verringern die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 40 Millionen € auf 365 Millionen € und erhöhen die pauschalen Zuweisungen an Stadt- und Landkreise für die Schülerbeförderungskosten um 20 Millionen €. Auch in diesem Bereich halten wir Wort.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir setzen auf ein wichtiges Zukunftsthema. Ressortübergreifend wird ein Förderprogramm Elektromobilität aufgelegt. Dieses wird im Haushalt mit rund 46,5 Millionen € bis zum Jahr 2015 unterlegt. Dieses wichtige Zukunftsthema für unsere Industrie ist bei dieser Regierung in guten Händen.

Schließlich gehen wir endlich das Thema Wohnraumförderung an, und zwar mit deutlich mehr Geld insbesondere auch für die Mietwohnraumförderung: zusätzlich 25 Millionen € an einer Stelle, die für die schwarz-gelbe Landesregierung immer Steinbruch für Einsparungen war.

Wir nehmen auch den Anspruch auf sozialen Ausgleich und mehr Gerechtigkeit ernst, und zwar an einem ganz zentralen Punkt für unser Land. Ich bin froh und stolz, dass wir verkünden können, dass wir – ebenfalls jetzt im Haushalt 2012 hinterlegt – im Sommersemester 2012 die Studiengebühren in Baden-Württemberg endlich abschaffen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und damit den Staatshaushalt belasten! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die soziale Großtat für die zukünftigen Chefärzte!)

Das ist ein finanzieller Kraftakt – ganz klar –, aber wir räumen damit auch ein großes Hemmnis für den Aufstieg durch Bildung im Land aus dem Weg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: So ein Quatsch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dabei steigen die Studierendenzahlen! Keine Geschenke auf Kosten des Landes!)

Wir entlasten die Studierenden, und wir kompensieren den Hochschulen den Ausfall vollständig. Das heißt, wir sorgen für mehr Gerechtigkeit und für mehr Qualität. Es hieß immer: „Das geht nicht.“ Wir haben es hinbekommen.

Wir verbessern sogar die Studienbedingungen, indem wir die Investitionsförderung für die Studentenwerke um 2,5 Millionen € aufstocken, damit in unserem Land gerade auch für Studenten erschwinglicher Wohnraum geschaffen werden kann.

Zudem setzen wir Akzente für mehr Nachhaltigkeit, indem wir den Naturschutz mit 6 Millionen € zusätzlich stärken und indem wir die Mittel für den Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit um rund 3 Millionen € aufstocken.

Damit ist klar: Lebensqualität, Naturschutz, das Miteinander von Mensch und Natur sind dieser Landesregierung wichtig. Wir steigen nun in die Umsetzung der Schwerpunkte des Koalitionsvertrags in diesem für uns besonders wichtigen Bereich ein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Energiewende ist schon seit vielen Jahren ein Wunsch der die Regierung tragenden Fraktionen. Wir nehmen die Energiewende auch in Baden-Württemberg ernst. Im Jahr 2012 werden zusätzlich 11 Millionen € zur Verfügung gestellt werden, um durch konkrete Projekte auch in Baden-Württemberg auf dem Weg zur nachhaltigen Energieversorgung und zur Förderung der erneuerbaren Energien voranzukommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ui! – Zuruf von der CDU: Ganze 11 Millionen €?)

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Baden-Württemberg als starkes Industrieland vorn zu halten, es gleichzeitig aber auch zum Musterland für gute Arbeit für die Beschäftigten in unseren Betrieben zu machen. Deshalb werden wir den gesetzlichen Mindestlohn unterstützen und ein Tariftrueugesetz auf den Weg bringen. Aber unsere Anstrengung wird schon im Haushalt 2012 deutlich, indem wir 5 Millionen € für ein Landesarbeitsmarktprogramm einstellen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was soll das bringen? Das bringt doch gar nichts!)

Wir wollen uns um die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt bemühen und dafür, in Abgrenzung zur Zuständigkeit der Bundesagentur, zielgruppenspezifische Programme auflegen. Denn wir wollen niemanden abschreiben, und wir wollen auch jenen, die viele schon abgeschrieben haben, neue Chancen geben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber im Einzelplan des Sozialministeriums geht es noch um mehr. Beispielsweise setzen wir die Unterstützung der Krankenhausförderung im FAG mit einem zusätzlichen Programmvolumen in Höhe von 45 Millionen € für die Krankenhäuser im Land fort.

Wir geben zudem rund 10 Millionen € mehr für anerkannte Schulen an Heimen und finanzieren den runden Tisch „Heimerziehung“. Dahinter steht ein trauriges, aber umso wichtigeres Thema, das hier nicht unerwähnt bleiben soll.

Als wir im Mai angetreten sind, haben wir ein Zeichen gesetzt. Mit einem eigenen Ministerium für Integration machen wir deutlich, für wie wichtig wir das Thema Integration für

(Minister Dr. Nils Schmid)

den Zusammenhalt unserer Gesellschaft halten. Dabei müssen wir dort dicke Bretter bohren. Der Erfolg kommt nicht über Nacht, und selbstverständlich sind die Haushaltsmittel begrenzt. Aber wir sind überzeugt, dass sich der Einsatz lohnt, und wir unterstützen deshalb die projektgestützte Förderarbeit des Ministeriums mit zusätzlichen 5 Millionen €. Das ist gut angelegtes Geld für ein modernes und weltoffenes Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein erster wichtiger Meilenstein. Nach den Jahren 2011 und 2012 werden wir in schwierigeres Fahrwasser kommen. Deshalb ist es wichtig, dass wir für diese beiden Jahre einen ausgeglichenen Haushalt erreicht haben. Aber wir wollen mit dem Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren den Weg einer soliden und intelligenten Finanzpolitik konsequent weitergehen.

Eines ist aber auch klar: Die Nullneuerschuldung 2012 soll uns nicht trügen. Denn es gibt gute Gründe, für die nächsten Haushaltsjahre nicht ganz so optimistisch zu sein. Zum einen zeigt ein Blick auf das europäische und internationale Umfeld ein gemischtes Bild. Unser Haushaltsentwurf 2012 basiert auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2011. Diese orientieren sich wiederum am Herbstgutachten der Bundesregierung, das von einem realen Wirtschaftswachstum von 1 % für 2012 ausging.

Baden-Württemberg hat zwar gute Chancen, dieses Wachstum wiederum zu übertreffen; vor Euphorie will ich allerdings warnen. Denn aus dem internationalen Umfeld kommen weniger Impulse als im Jahr 2011. Zudem sorgen die noch nicht gelösten Probleme auf europäischer Ebene dafür, dass es Unsicherheiten und Risiken für die Konjunktur gibt und dass die Möglichkeit besteht, dass es auch wieder schlechter gehen könnte. Ich kann nur hoffen, dass die Bemühungen der europäischen Regierungen endlich von Erfolg gekrönt sein werden. Sie haben schon zu viel Zeit ins Land gehen lassen.

Für die Konjunkturentwicklung im Land sind der Export und das Geschäft mit Investitionsgütern ausschlaggebend. Da hat unsere Industrie ihre großen Stärken. Auch hier gibt es gegenläufige Trends. Im nächsten Jahr wird sich der Anstieg des Welthandels mit einem realen Plus von rund 5 % zwar fortsetzen, allerdings mit verringerten Zuwachsraten gegenüber den Jahren 2010 und 2011. Für Europa werden allerdings schwächere Entwicklungen erwartet. Dennoch dürfte der Bedarf der weiterhin dynamisch wachsenden Schwellenländer an hochwertigen Industriegütern unserer Exportwirtschaft auch in den Folgejahren ein günstiges Marktumfeld bieten. Man prognostiziert für Deutschland ein Exportwachstum von 3,5 %. In diesem Jahr waren es übrigens 7,5 %. Getragen wird dieses Wachstum im nächsten Jahr vor allem von Ausrüstungsinvestitionen mit einem realen Plus von 4 %.

Auch wenn der Aufholeffekt für die Konjunktur in Deutschland aus dem weltweiten Aufschwung etwas nachlässt, werden diese Effekte der Industrie unseres Landes auch im nächsten Jahr einen positiven Schub geben, auch wenn dieser Schub nicht mehr so stark sein wird.

Auch die privaten Konsumausgaben werden dank der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt und bei den Einkommen eine

Konjunkturstütze sein – vorausgesetzt allerdings auch hier, dass die Unsicherheiten nicht durchschlagen.

Insgesamt zeigt sich also ein gemischtes Bild. Es gibt weder Anlass zur Panik noch Anlass zur Euphorie. Vielmehr müssen wir diese Entwicklungen genau im Auge behalten und uns gegen die Unsicherheiten wappnen.

Ein zweiter Punkt, der die Haushaltspolitik in den nächsten Jahren schwierig macht, ist die massive Erblast, die uns Schwarz-Gelb hinterlassen hat. Sie bleibt auch in Zukunft eine große Belastung für den Landeshaushalt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Wir haben einen Schuldenberg von über 43 Milliarden €, Löcher in der mittelfristigen Finanzplanung, eine schwierige Situation bei der EnBW. Aber auch diese Aufgaben gehen wir mutig und entschlossen an. Denn eines – um auf das Thema EnBW zurückzukommen – ist klar: Wir wollen eine zukunftsfähige, eine erfolgreiche EnBW mit ihren Beschäftigten hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb hat sich die Landesregierung nach reiflicher Überlegung bereit erklärt, eine Kapitalerhöhung bei der EnBW zu unterstützen. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht, gerade weil die Vorgängerregierung mit ihrem Vorgehen viel Vertrauen zerstört hat. Aber wir sind zu der Überzeugung gekommen, dass diese Kapitalspritze notwendig und sinnvoll ist, um die anstehenden Schritte hin zu einer strukturellen Stabilisierung und zu Investitionen in die Energiewende möglich zu machen.

Aus meiner Sicht macht es Sinn, diese Kapitalerhöhung über die Neckarpri GmbH zu finanzieren, um die Finanzierung dort zu bündeln. Dafür müsste das Land dann im Haushaltsgesetz 2012 eine Garantie abgeben. Denn wir wollen, dass diese Frage der Kapitalerhöhung rechtzeitig bis zur Hauptversammlung, die auf den 26. April 2012 terminiert ist, bei beiden Hauptanteilseignern – OEW und Land – im Gleichschritt entschieden ist.

Aber eines steht auch fest – das will ich gerade vor dem Hintergrund des Verfassungsbruchs beim EnBW-Deal vor einem Jahr in aller Klarheit und Deutlichkeit sagen –: Am Ende entscheiden Sie und entscheiden wir alle im Landtag allein und selbst, wie und in welcher Höhe diese Kapitalerhöhung vorgenommen wird. Wir werden alles daran setzen, dass Sie transparent und fundiert informiert werden, so, wie es vor dem EnBW-Deal guter Brauch in diesem Haus war, beispielsweise bei Kapitalspritzen für die LBBW. Das letzte Wort hat der Landtag.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beim Kassensturz waren das doch noch „Schattenhaushalte“!)

Auch bei der LBBW stehen wir vor Herausforderungen. Die regulatorischen Anforderungen an Banken haben sich seit der EU-Entscheidung zur Umstrukturierung der LBBW vor gut zwei Jahren erheblich verschärft. Hier sei nur an die Bankenabgabe und an Basel II mit seinen verschiedenen Facetten er-

(Minister Dr. Nils Schmid)

innert. Für die Einführung von Basel III waren ursprünglich lange Übergangsfristen vorgesehen. Die Stresstests der europäischen Bankenaufsicht haben die Fristen faktisch verkürzt und die Anforderungen verschärft. Dennoch hat die LBBW den jüngsten EBA-Stresstest bestanden, und das, obwohl dabei die stillen Einlagen nicht als hartes Kernkapital berücksichtigt wurden.

Allerdings werden die deutschen Banken bei der Kapitalberechnung zukünftig von HGB-Zahlen auf IFRS-Zahlen umstellen; sie werden weitere Verschärfungen aus Basel III durch Vorschriften im Hinblick auf höheres Kapital verkräften müssen und damit im Ergebnis in kurzer Frist deutlich mehr hartes Kernkapital vorhalten müssen.

Für die LBBW bedeutet das: Aktuell benötigt sie kein zusätzliches Kapital. Aus den genannten Gründen wird es jedoch erforderlich werden, dass die stillen Einlagen der Träger der LBBW umgewandelt oder so gehärtet werden, dass sie die Anforderungen an hartes Kernkapital in Zukunft erfüllen. Dies ist ein Prozess, der ebenfalls im nächsten Jahr im Gespräch mit den Trägern vorangebracht werden wird. Auch da gilt, dass die Landesregierung im ersten Quartal des Jahres 2012 auf den Landtag zugehen wird und dafür ebenfalls gemeinsam mit dem Landtag die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen beschließen wird.

Meine Damen und Herren, die Aufgaben, die vor uns liegen, sind nicht leicht, aber wir gehen sie an. Unser klares Ziel ist es, das strukturelle Defizit, das wir geerbt haben, so weit zurückzuführen, bis die Schuldenbremse, wie sie im Grundgesetz vorgesehen ist, greifen kann.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was machen Sie denn mit der LHO?)

An diesem zentralen Ziel werden wir deshalb alle haushaltswirtschaftlichen Grundsatzentscheidungen ausrichten.

In einem weiteren Schritt werden wir mit dem „Finanzplan 2020“ und einem verbindlichen Orientierungsplan für einzelne Haushaltsbudgets einen klaren Abbaupfad für das strukturelle Defizit auf der Zeitschiene bis 2020 aufzeigen. Dazu wird auch das Haushaltscontrolling in der Landesregierung etabliert werden.

Damit ist klar: Wir denken nicht nur an die Nullneuerschuldung in einem Jahr, also 2011/2012; uns geht es nicht um den schnellen Effekt einer Punktlandung. Das war jetzt nötig und richtig, weil es bei sprudelnden Steuereinnahmen selbstverständlich ist, dass ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wird. Uns geht es jedoch um die lange Linie, um eine nachhaltige Finanzpolitik für Baden-Württemberg. Denn, wie ich eingangs gesagt habe: Solide Finanzen sind nicht alles, aber ohne solide Finanzen ist alles nichts.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was machen Sie in diesem Zusammenhang mit der Versorgungsrücklage? Bis jetzt gar nichts!)

In diesem Sinn bitte ich um eine wohlwollende Prüfung dieses Regierungsentwurfs.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Vielen Dank, Herr Minister für Finanzen und Wirtschaft.

Die Aussprache zum Haushalt erfolgt in der Plenarsitzung am 21. Dezember 2011.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Rückenwind beim Energiemix! – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Die Redezeit der Regierung wird darauf nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– ich darf Sie um mehr Aufmerksamkeit bitten – und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Ich darf die Redner der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Außerdem verweise ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen! Die Diskussion über den Energiemix der Zukunft braucht dringend Rückenwind. Wir haben viel über den Ausbau der Windkraft gehört. Darüber haben wir auch viel debattiert, und das ist auch gut so. Wir stehen der Windkraft prinzipiell positiv gegenüber. Das sieht man nicht zuletzt an dem Windatlas, der unter dem damaligen Wirtschaftsminister Pfister – er war von der FDP/DVP – erstellt wurde.

Ist ein Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung von 10 % im Jahr 2020 realistisch? Das bedeutet ungefähr 1 000 Anlagen in Baden-Württemberg von der Höhe des Fernsehturms in Stuttgart. Das bedeutet rein rechnerisch: Alle 3,65 Tage muss eine Anlage fertiggestellt werden und ans Netz gehen, und zwar unter der Voraussetzung, dass Sie den Sonntag zum Werktag machen.

Das Problem ist aber weiterhin auch der Netzausbau. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Meine Heimatgemeinde Münsingen hat zusammen mit anderen Gemeinden – das ist eine Verwaltungsgemeinschaft – mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplans begonnen. Sehr geehrter Herr Minister Untersteller und auch lieber Herr Ministerpräsident Kretschmann, gern lade ich Sie einmal auf einen Kaffee zu mir nach Hause ein. Dann können wir uns einmal die Netze anschauen. Keine Sorge, es gibt dann auch ein Stück Kuchen dazu. Aber wenn wir uns die Netze ansehen, dann sehen auch Sie, welch hochgestecktes Ziel vor Ihnen liegt.

Gehen wir trotzdem einmal für einen kleinen Augenblick davon aus, das Ganze würde funktionieren; wir hoffen auf ein

(Andreas Glück)

kleines Wunder. Dann könnten wir im Jahr 2020 voraussichtlich 8 TWh Strom – das sind 8 Billionen Wattstunden Strom – aus Windkraft erzeugen. Das wäre gut. Schlecht ist, dass wir im Jahr 2020 dann 40 TWh Strom ersetzen müssen. So stelle ich die Frage: Woher kommen im Jahr 2020 die restlichen 32 TWh?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bisher sind Sie nur ein Fünftel des zu lösenden Problems, nämlich 8 von 40 TWh, angegangen. 80 % des Problems sind nach wie vor ungelöst. Deswegen brauchen wir in Baden-Württemberg ein Energiekonzept.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie soll der Energiemix der Zukunft aussehen? Welcher Anteil entfällt auf Kohle, auf Öl, auf Gas, auf Wasserkraft, auf Biogas, auf Holz – wir wollen bei Biogas an die einheimische Forstwirtschaft und an die Landwirte denken –, welcher Anteil vielleicht sogar auf Tiefengeothermie? Welche Speichermöglichkeit stellen Sie sich bis zum Jahr 2020 vor?

Der Strom, den wir produzieren, muss grundlastfähig sein. Es ist vielleicht gar nicht so wichtig, ob Baden-Württemberg ein Nettostromimportland oder -exportland ist. Viel wichtiger ist doch: Jedes Mal, wenn wir Verbrauchsspitzen haben, müssen wir Strom von unseren europäischen Nachbarn beziehen, und jedes Mal beziehen wir doch von deren Netz Strom. Das bedeutet, wir beziehen in diesen Zeiten auch Atomstrom. Es kann doch wohl wirklich nicht wahr sein, dass wir die eigenen Atomkraftwerke abschalten, dann aber kein Energiekonzept vorlegen können, um diesen Zukauf von unseren europäischen Nachbarn verhindern zu können.

Jetzt regen Sie sich über die Äußerungen von Herrn Oettinger in der vorvergangenen Woche auf. Es ist doch nichts Neues, dass in Europa 40 Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Das ist doch eine Meinung auf europäischer Ebene. Wir wissen, dass unsere europäischen Nachbarn die Energiewende nicht so forcieren, wie wir das tun. Umso mehr brauchen wir ein schlüssiges, zukunftsfähiges Energiekonzept, sonst droht Atomstromimport.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben jetzt vielleicht auf den Lippen – Herr Untersteller, ich sehe es Ihnen schon an – und wollen jetzt sagen: „Die Bundesregierung erstellt so ein Konzept auch noch nicht.“ Das mag sein. Aber an diesem Punkt möchte ich Ihnen ganz klar entgegenen: Sie haben ein Werkzeug. Das Land ist in hohem Umfang an einem großen Energiekonzern beteiligt, nämlich an der EnBW.

Unter Villis sind bereits einige Projekte umgesetzt worden. Ich möchte nur erwähnen: Baltic 1 steht und ist am Netz, für Baltic 2 sind jetzt die Aufträge vergeben worden. Wir können das Geothermiekraftwerk der EnBW in Bruchsal anschauen, wir können verteilt über das ganze Land Onshorekraftwerke anschauen. Wir können Smart-Grid-Projekte in Freiamt anschauen, wir können viele Biogasanlagen anschauen, wir können Wasserkraftanlagen anschauen, Anlagen, an denen die EnBW beteiligt ist. Ich glaube, Sie haben da ein gutes Werkzeug.

Nun haben wir mit Herrn Villis einen fähigen Vorstandsvorsitzenden. Ich kann es mir leider nicht verkneifen und muss

einfach fragen: Wie viel ist Ihnen denn Herr Villis wert? Ich kann es Ihnen sagen: Er ist Ihnen 400 Millionen € wert, aber als Kopfgeld. Das ist die „Abschussprämie“, wenn man so möchte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Die ganz große Frechheit ist, dass Sie in diesem Zusammenhang nicht einmal eine gewisse Anstandsfrist gewahrt haben. Es war doch tatsächlich so: Villis gibt bekannt, er werde nicht weiter zur Verfügung stehen, und am nächsten Tag machen Sie 400 Millionen € locker, die Sie über den Tisch wachsen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin nicht prinzipiell gegen diese Kapitalerhöhung. Wohl aber bin ich gegen die Art und Weise, wie Sie Villis abschießen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Wir schießen niemanden ab!)

An dieser Stelle möchte ich etwas zum Thema Koinzidenz sagen. Diese Koinzidenz ist, wie Sie uns glauben machen wollen, rein zufälliger Natur. Das erinnert mich an ein Lied von Helmut Qualtinger, dem Liedermacher aus Wien. Ich möchte das Lied mit der Erlaubnis des Präsidenten zitieren

(Zurufe: Vorsingen! – Vorsingen!)

– das Vorsingen möchte ich Ihnen ersparen –:

*Ich hab' da so was aufgeschnappt,
du hättest einen Unfall g'habt?
Drauf sag' ich: „Es ist nix passiert!
Mein Porsche ist schon repariert!
Nur ist mir ein Passant,
bevor er g'storben ist, eini g'rannt.“*

Genau so wie in diesem Lied ist es doch. Sie sagen, das eine habe mit dem anderen überhaupt gar nichts zu tun, das sei ein rein zufälliges Aufeinandertreffen von zwei Dingen. Das soll alles reiner Zufall sein? Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren: Villis musste gehen, weil er keinen grünen Anstrich hat. Genau so sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie ermutigen: Gehen Sie nicht nur ein Fünftel des Problems an. Sagen Sie uns: Wie wollen Sie im Jahr 2020 40 TWh Strom ersetzen? Wie machen Sie diesen Strom grundlastfähig? Ich habe es gesagt: Sonst droht der Import des Strommixes unserer europäischen Nachbarn.

Die dritte Frage ist: Wie wollen Sie die Netze so schnell ausbauen? Dazu hört man leider gar nichts. Im Koalitionsvertrag – in Ihrem Koalitionsvertrag – findet man – ich habe es einmal nachgelesen – zum Thema Windkraft vier Zeilen. Dann steht darin noch ein Satz zum Thema Holz; dabei liegt die Betonung allerdings beim ökologischen Ausbau. Ansonsten ist da eigentlich Ebbe. Wenn man sich Ihren Koalitionsvertrag anschaut, sollte man nicht meinen, dass wir mitten in einer Energiewende stecken.

(Andreas Glück)

Nehmen Sie die Scheuklappen ab, und betrachten Sie das ganze Problem. Ich fordere Sie hiermit auf: Erstellen Sie ein zukunftsfähiges Energiekonzept für das Land Baden-Württemberg.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Paul Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Guten Morgen! Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass man bei einer solchen Debatte zunächst auch einmal ein paar Worte zum Klimagipfel in Durban sagen kann. Die Ergebnisse – ich glaube, das können wir alle so sagen – zeigen Licht und Schatten. Natürlich hätte sich die Bundesrepublik Deutschland und, glaube ich, hätte sich auch Baden-Württemberg mehr versprochen. Andererseits sind Ergebnisse erzielt worden, und China, Indien und die USA werden zukünftig dabei sein. Das kann im Hinblick auf den Klimawandel, auch wenn die Ergebnisse nicht ausreichend sind, nur nützlich und hilfreich sein. Deswegen spreche ich von Licht und Schatten. Nach der Konferenz in Kopenhagen ist das aber im Grunde ein Fortschritt, der uns zumindest einen gewissen Optimismus geben kann.

Trotzdem hat diese Debatte auch gezeigt, dass der Klimawandel natürlich ein globales Problem ist. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auch einmal zu sehen, dass Baden-Württemberg mit einem Anteil von 0,2 % zur Weltenergieproduktion beiträgt. Das darf uns nicht kalt lassen – wir wollen Vorreiter sein –, aber klar ist auch: Das Problem eines Klimawandels und die Energiewende können nur international – das heißt für uns: europäisch – bewältigt werden. Wir haben nämlich mittelfristig und langfristig gar keine andere Chance. Denn wir werden zum Stromimportland.

Deswegen rate ich der neuen Landesregierung, ihr Klima- und Energiekonzept europäisch auszulegen. Denn nur so haben wir eine Chance auf Versorgungssicherheit und auch auf Wettbewerbsfähigkeit und Bezahlbarkeit.

Wenn dies Konsens in diesem Haus ist, dann ist die Frage, ob wir, was die EEG-Anteile angeht – ich nenne z. B. den Bereich der Fotovoltaik –, so weitermachen können wie bisher. Denn bereits heute haben wir durch die EEG-Zahlungen 81 Milliarden € allein für den Bereich Fotovoltaik ausgegeben.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das bedeutet für jeden Bürger in Deutschland 1 000 €. Sie alle haben jeweils 1 000 € – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: In welchem Zeitraum denn? Wir haben das überhaupt nicht ausgegeben! Das ist großer Quatsch!)

– Bis heute und auch in Zukunft. Das sind 1 000 € pro Person,

(Abg. Martin Rivoir SPD: In 20 Jahren! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ausgegeben, jetzt? Kappes!)

mit allen Folgekosten, die kontrahiert sind, Herr Schmiedel. Lesen Sie es doch einmal nach. Es sind 1 000 € pro Person.

(Abg. Claus Schmiedel und Abg. Martin Rivoir SPD: Bis wann?)

– Stellen Sie doch eine Frage. Erst kommt der Kopf und dann der Kehlkopf, Herr Schmiedel.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Das sollte auch für Sie gelten!)

So geht es doch nicht, und das kurz vor dem vierten Advent. Das ist unglaublich.

Deswegen wundere ich mich schon, dass ich gerade bei Grün-Rot das Thema „Preise, Preisentwicklung, Bezahlbarkeit von Strom“ nirgendwo auf der Agenda finde. Das ist nicht die Zukunft einer europäischen Energiepolitik. Man muss schon sagen: Von Ihnen sind doch, seit Sie an der Regierung sind, außer zur Windkraft keine Aussagen zu hören. Wo ist denn die Energiewende? Wo ist das Energie-Wärme-Gesetz 2.0? Wo ist Ihr neues Energiekonzept? Sie kündigen nur an, Herr Untersteller. Sie geben Interviews, Sie kündigen an, aber Sie liefern nicht.

Schauen wir uns einmal das neue Landesplanungsgesetz an. Das ist eine der konkreten Maßnahmen, die Sie uns im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft für Juli 2011 angekündigt haben. Schließlich haben Sie gesagt, es werde Herbst. Dann haben Sie festgestellt: „Nein, eigentlich ist der Minister für Verkehr und Infrastruktur dafür zuständig.“ Der hatte aber keine Zeit, weil er Stuttgart 21 verhindern wollte.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das Ergebnis ist bekannt. Jetzt sagt der Verkehrsminister, das neue Landesplanungsgesetz komme im März 2012. Der Umweltminister sagt, es komme im Januar 2012.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es wird irgendwo dazwischen liegen!)

Wir sind gespannt. So schwierig kann es doch nicht sein; denn Sie – die SPD zusammen mit den Grünen – haben in der vergangenen Legislaturperiode selbst ein neues Landesplanungsgesetz hier in den Landtag eingebracht. Das ist doch fertig. Dieses Landesplanungsgesetz wurde übrigens vom Gemeindetag, vom Städtetag und vom Landkreistag abgelehnt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So viel zum Gehörtwerden!)

– So viel zum Gehörtwerden. – Die Regionalverbände – das wissen Sie auch ganz genau – sind über Ihr neues Landesplanungsgesetz entsetzt. Mit einem Federstrich haben Sie die jahrelangen guten Beziehungen zerschlagen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das kommt doch erst im Januar!)

– Doch, der Entwurf ist schon lange da, Herr Schmiedel. Den müssen Sie einmal nachlesen. – Mit einem Federstrich haben Sie die Regionalverbände vor den Kopf gestoßen. Das ist die Politik des Gehörtwerdens.

(Paul Nemeth)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dann kommen wir nicht umhin, noch einmal ein Wort zur EnBW zu sagen. Sie haben den Vorstandsvorsitzenden der EnBW in den letzten Wochen und Monaten stark kritisiert und haben erklärt, die Firma hätte keine Strategie, sie hätte kein Konzept. Es hieß sogar teilweise, die EnBW sei ein Sanierungsfall. Der Vorstandsvorsitzende der EnBW wurde über Tage und Wochen weggemobbt. Der Umweltminister hat in einer dieser Diskussionen einmal gesagt: „Bei der EnBW haben wir nur einen Schuss frei.“ Das sind vielsagende Worte.

In der vergangenen Woche haben Sie schlicht und einfach entschieden: Villis geht, Geld kommt. Das war Ihr Prinzip. Sogar der SWR hat Ihnen für diese Personalpolitik eine glatte Sechs dafür gegeben

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der SWR?)

– der SWR –, wie Sie mit dieser Situation umgegangen sind. Ihre Leute, Ihre Parteileute wollten den Kopf von Villis haben, weil er einmal einen unbedachten Satz gesagt hat.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:
Was hat er denn gesagt?)

Das haben Ihre Minister schon oft getan. Aber er musste dann gehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was hat er denn gesagt?)

– Das wissen Sie ganz genau. Stellen Sie eine Frage, dann beantworte ich sie Ihnen.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Was hat er denn gesagt?)

Ist das der Stil der neuen Landesregierung?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Nemeth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Paul Nemeth CDU: Nur dann, wenn sie klug ist.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Andreas Glück FDP/
DVP)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, bei diesen Prämissen brauchen Sie ihn nicht mehr zu fragen, wenn ich künftig strecke.

Sie nehmen das Wort Atom nicht in den Mund; deshalb muss ich jetzt danach fragen. Herr Kollege Nemeth, Sie haben jetzt mehrfach die europäische Energiepolitik erwähnt, aber ohne konkret zu werden. Deshalb frage ich Sie ganz konkret: Unterstützt die CDU-Fraktion die Pläne des EU-Energiekommissars Oettinger, in Europa in erheblichem Umfang Atomkraftwerke zuzubauen?

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Unterstützen Sie das? Wollen Sie den Ausstieg aus der Atomkraft nur in Deutschland oder auch in Europa?

Abg. Paul Nemeth CDU: Wir haben am Freitag in Brüssel mit Herrn Oettinger gesprochen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Sowohl er als auch die CDU-Fraktion wollen keine neuen Atomkraftwerke. Es ist aber so, Herr Schmiedel – daran können auch Sie nichts ändern –, dass die Entscheidungen über die Produktionsarten und die Produktionskapazitäten nationalstaatliche Entscheidungen sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir Deutschen sollten uns auch gründlich daran halten

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

und nicht Frankreich und anderen Ländern in Europa vorschreiben, wie sie ihre Energieversorgung zu sichern haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bitte die Frage beantworten!)

Wir werden möglicherweise einmal ganz dankbar für diese Entscheidungen sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Franzosen sanieren doch auch Fessenheim, obwohl sie es nicht gern tun!)

Wir alle verbrauchen schon heute Atomstrom und Atomenergie in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und zwar französische! – Abg. Johannes Stober SPD: Also doch importieren!)

Baden-Württemberg ist ein Stromimportland. Die für andere Energien benötigten Netze sind nicht vorhanden. Wir erhalten Atomstrom aus Polen, aus Tschechien, aus Frankreich und übrigens auch aus der Schweiz.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zubauen, ja oder nein?)

Für die Sicherheit unserer Energieversorgung ist das ganz wichtig.

Kommen wir zurück zur EnBW. Sie haben bei der EnBW noch eine Menge Aufgaben. Die Grünen fordern auf ihrer Homepage, auf der ich gestern nachgeschaut habe, die Gemeinden und Kreise nach wie vor dazu auf, eigene Konzessionsverträge gegen die EnBW und nicht mit ihr abzuschließen. Sie fördern weiterhin den Flickenteppich in Baden-Württemberg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer?)

Herr Schmiedel, Sie müssten Ihren Koalitionspartner einmal zur Seite nehmen, denn es ist meiner Meinung nach ganz wichtig – das ist Ihre Aufgabe –, dass es eine Arbeitsteilung zwischen Stadtwerken und EnBW gibt. Beide sind Partei, und deshalb kann auch nur die Regierung als Mittler auftreten. Das Gegeneinander, das Sie schüren, darf nicht weiter Bestand haben. Es geht nur miteinander.

Deshalb muss ich jetzt scharf kritisieren, dass die Grünen, ohne die Gesamtinteressen Baden-Württembergs zu berücksich-

(Paul Nemeth)

tigen, die Gemeinden nach wie vor einseitig dazu auffordern, eigene Lösungen zu suchen, also einen Flecken- und Flickenteppich in Baden-Württemberg zu gestalten. Das hat keine Zukunft.

Deswegen fordern wir Sie auf, endlich ein kluges, durchdachtes Energiekonzept vorzulegen, das die Wettbewerbsfähigkeit von Baden-Württemberg sichert, dem Klimaschutz nützt und auch die Preise bezahlbar hält.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist der
Punkt!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Schoch.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP/DVP hat für diese Aktuelle Debatte den Titel „Rückenwind beim Energiemix!“ gewählt. Was will uns die FDP/DVP mit diesem Titel wohl mitteilen?

Es ist doch wirklich seltsam, dass die FDP vor den Vorfällen in Fukushima probiert hat, die Laufzeiten der Kernkraftwerke zu verlängern. Nach Fukushima hat der Wind der FDP kräftig ins Gesicht geblasen. In der heutigen Debatte spricht sie darüber, dass man für den Energiemix Rückenwind benötige.

Rückenwind bringt immer wieder auch Probleme mit sich. Wer Erfahrung mit dem Segeln hat, weiß, dass Rückenwind oftmals gar nicht so gut ist. Man kann dabei leicht ins Tauen kommen, oder man muss entsprechend kreuzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Unter-
steller hat Flaute!)

Wenn man über die gerade zu Ende gegangene Klimakonferenz in Durban nachdenkt, dann wird deutlich, dass diese Klimakonferenz zum einen nichts gebracht hat und zum anderen die Bundes-FDP

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die löst sich gerade
auf!)

und die schwarz-gelbe Koalition in Berlin keine Maßnahmen ergreifen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken, geschweige denn, dass sie ein vernünftiges Energiekonzept auf Bundesebene vorlegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Glück FDP/
DVP: Den Unterschied habe ich Ihnen doch schon
erklärt!)

Die schwarz-gelbe Koalition in Berlin hatte die Chance, die Energiewende hinzubekommen, den Einsatz erneuerbarer Energien zu stärken. Das hat sie jedoch nicht getan. Wie so oft bei dieser Koalition auf Bundesebene in Berlin gab es Versprechungen, die aber leider Gottes immer nur eine kurze Halbwertszeit hatten.

Angekündigt wurde, das EEG marktkonform zu machen. Bei dieser Ankündigung ist es auch geblieben. Angekündigt

wurde, das EEG kosteneffizient zu machen. Tatsächlich hat man die teuerste Variante der Windenergie, die Offshoretechnologie, gefördert und dafür kostengünstige Anwendungen, z. B. auf Basis der Solartechnologie, verbannt, oder man hat die Onshoreanlagen weiterhin schlechtergestellt. Mit dem neuen EEG hat man dazu beigetragen, auch die Fotovoltaikanlagen schlechterzustellen – genauso wie die Biogasanlagen. Daher sieht man bei der Koalition in Berlin keinen Rückenwind für erneuerbare Energien.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir brauchen hier im Land einen neuen Energiemix; das ist richtig. Dafür setzen wir momentan die Rahmenbedingungen, u. a. mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes. Diese wird dazu beitragen, dass mehr Windkraftanlagen entstehen, die wiederum dazu beitragen, mehr regenerative Energie in Baden-Württemberg zu erzeugen. Wir haben festgeschrieben, dass bis 2020 ein ambitioniertes Ziel erreicht werden soll.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas
Glück FDP/DVP)

Herr Glück, man muss sich schon immer wieder fragen: Was haben Sie, was hat Ihre Regierung – die vorherige Regierung – im Land dazu beigetragen?

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Windatlas!)

Nichts haben Sie dazu beigetragen, die Energiewende voranzubringen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat er
nicht in seinem Manuskript stehen! – Abg. Martin
Rivoir SPD: „Heiße-Luft-Atlas“!)

Ich denke, es ist wirklich an der Zeit, dass wir die Energiewende vollziehen. Hierfür werden wir die Rahmenbedingungen schaffen. Diese Rahmenbedingungen sehen so aus, dass wir die Solarenergie fördern, dass wir entsprechende Initiativen im Bundesrat ergreifen werden, um die Solarförderung zu verbessern. Wir werden Initiativen ergreifen, um Biogastechnologie und -anlagen zu fördern, und wir bauen hier im Land die regenerativen Energien aus.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an die FDP/DVP, dass sie die heutige Aktuelle Debatte mit dem Titel „Rückenwind beim Energiemix!“ beantragt hat. Mehr Rückenwind als durch das, was die grün-rote Landesregierung in den letzten Monaten für einen regenerativen Energiemix bereits eingeleitet hat, kann eine zukunftsfähige Energiepolitik eigentlich nicht haben. Deswegen erst einmal ganz herzlichen Dank an diejenigen in der Landesregierung,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

die die Energiewende gerade auf den Weg bringen.

Herr Glück, Sie haben gesagt, durch den Ausstieg aus der Kernenergie fielen in den nächsten Jahren 40 TWh Strom weg,

(Johannes Stober)

und Sie haben bei der neuen Landesregierung ein Energiekonzept angemahnt.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ja!)

Sie waren 15 Jahre lang an der Regierung, die CDU war 58 Jahre lang an der Regierung. Sie haben kein vernünftiges Energiekonzept auf die Reihe gebracht. Sie erwarten, dass wir das, was Sie über Jahre, über Jahrzehnte nicht hinbekommen haben, jetzt in einem halben Jahr schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Ich finde das schon ein bisschen sehr anspruchsvoll. Ich möchte dennoch betonen, dass wir relativ weit sind.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Einen Punkt haben Sie selbst genannt: 8 TWh Strom aus Windenergie, 10 % der Bruttostromerzeugung in Baden-Württemberg aus Windenergie. Sie haben ja gesagt, dass Sie das wollen. Das ist schon ein ganz beträchtlicher Anteil.

Schauen wir uns noch andere regenerative Energieformen an. Die Fotovoltaik boomt. Da sind wir gegenüber dem, was in dem Energiekonzept der ehemaligen Landesregierung stand, heute schon weiter.

Wir werden diese Lücke zu den 40 TWh Schritt für Schritt schließen, und die Vision einer Energiewirtschaft in Baden-Württemberg, die rein aus erneuerbaren Energien besteht, wird näher kommen.

Es gibt viele Studien, die das immer wieder belegen, z. B. vom Fraunhofer-Institut in Freiburg oder vom SRU im Auftrag der Bundesregierung. Es gibt viele Studien, wonach wir bereits im Jahr 2020 sehr weit sein können und spätestens im Jahr 2050 einen Mix aus rein regenerativen Energien haben.

Diese Landesregierung wird handeln; diese Landesregierung wird die notwendigen Maßnahmen in die Wege leiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wann?)

Diese Landesregierung wird sich auch entschieden dafür einsetzen, dass uns von der Bundesebene nicht irgendwelche Stöckchen zwischen die Füße geworfen werden. Ich erinnere nur einmal an das Thema Fotovoltaik; auch das ist ein großer Ausbaubereich.

Noch kurz zu Ihrem Einwurf, Herr Nemeth, hinsichtlich der Förderung dieser Technologie. Wir alle waren uns doch einig. Ich habe auch Frau Gönners Ausführungen noch so im Ohr, dass sie ihre Entscheidung zum EEG im Bundestag irgendwann bedauert hat. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Sie hier grundsätzlich infrage gestellt haben, war letztlich der Weg zum Ausbau der erneuerbaren Energien in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Glocke des Präsidenten)

Ich würde mich freuen, wenn wir bei allem Streit, den man in Einzelpunkten haben kann, diesen Weg in Zukunft auch gemeinsam gehen.

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Stober, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Nemeth?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nur wenn sie klug ist!
– Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP: Dann dürfen Sie gar nicht mehr fragen!)

Abg. Johannes Stober SPD: Klären wir das am Ende; ansonsten geht es von meiner Redezeit ab, Herr Nemeth. Wir machen das am Ende.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das wäre eine Kurzintervention gewesen!)

An dieser Stelle glaube ich schon, dass wir uns bewusst machen müssen, Herr Nemeth, wie weit wir auch bei der Fotovoltaik eigentlich schon gekommen sind. Ich habe hier jetzt noch einmal die Studie des Fraunhofer-Instituts aus Freiburg.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wen meinen Sie mit „wir“? Die Bundesregierung, oder?)

– Wir. – Die Bevölkerung kennt dieses Gutachten oder kann es sich zumindest im Internet anschauen. Da sieht man ganz genau, dass die Kosten für Fotovoltaik inzwischen so weit gesunken sind, dass sie nur noch im Bereich zwischen 20 und 25 Cent pro Kilowattstunde liegen.

(Zurufe der Abg. Alfred Winkler SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben bald die Netzparität erreicht. Das heißt, man kann über solche Anlagen auf Dächern in Zukunft selbst Strom produzieren, der billiger ist als Strom, den man kaufen muss und bei dem noch die Netzkosten draufgeschlagen werden müssen. Das ist der Weg, erneuerbare Energien auch wirtschaftlich zu machen, sodass wir dauerhaft keine Subventionen mehr draufzahlen müssen. Sie wollen diesen Weg blockieren. Wir wollen ihn entschieden weitergehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist der entscheidende Punkt.

Da das Thema „Rückenwind beim Energiemix!“ heißt, möchte ich noch etwas zu Minister Rösler auf Bundesebene sagen. Sein Vorschlag, den Ausbau der Fotovoltaik auf eine Gesamtleistung von 1 000 MW im Jahr zu begrenzen, während wir im Augenblick bei über 6 000 MW sind, bedeutet, nur noch die Anlagen zu fördern, die spätestens bis zum 28. Februar eines jeden Jahres gebaut werden oder für die bis dahin eine Förderung beantragt wird. Das ist an dieser Stelle wirklich der letzte Witz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Sie setzen sich dafür ein und kritisieren jetzt noch, es gebe noch Lücken im Energiekonzept, die man schließen müsse. Das ist ja richtig. Aber gleichzeitig kommen derartige Vorschläge von der Bundesebene. Deswegen ist mein eindringlicher Appell an Sie und an die Kollegen von der CDU, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dieser Unsinn nicht kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Johannes Stober)

Ich möchte jetzt noch kurz etwas zum Thema EnBW sagen, das angesprochen worden ist. Denn ich finde den Begriff „Abschussprämie“ völlig unpassend. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Herr Villis hat einen Vertrag. Man entscheidet am Ende der Laufzeit eines Vertrags, ob man ihn verlängert oder ob man ihn nicht verlängert. Wir wollen in der Energiepolitik einen neuen Weg einschlagen. Dann haben auch die Anteilseigner der EnBW das Recht, zu überlegen: Ist das die richtige Person, oder ist sie es nicht?

Wir haben in der Landesverwaltung, an unseren Hochschulen sehr viele Zeitverträge, sehr viele befristete Verträge. Angesichts dessen könnte ich auch fragen, wie viele Leute, die an den Hochschulen Halbjahres- oder Jahresverträge haben, Sie schon „abgeschossen“ und „umgebracht“ haben.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Das ist doch völlig unsinnig. Da wird eine Person hochgehalten, und Sie schauen gar nicht, wie viele andere Personen in diesem Land auch noch in einer solchen Situation sind. Das hat schon etwas mit Realitätsverweigerung zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich komme noch zum Thema „Stadtwerke und EnBW“, das angesprochen wurde. Eines ist klar: Jede Stadt, jede Gemeinde hat das Recht, ihr Netz zurückzukaufen. Aber niemand hat Interesse an einem Flickenteppich. Ich weiß, dass unser Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel sowie auch unser Umweltminister, Herr Untersteller, deswegen ein großes Interesse daran haben, hier zu einem gemeinsamen Weg – Kommunen und EnBW – zu kommen. In dieser Hinsicht ist die neue Regierung am Handeln, am Reden. Da muss man vermitteln, auch in Hintergrundgesprächen. Nur frage ich mich auch: Was haben Sie uns denn aus Ihrer Regierungszeit bei diesem Thema hinterlassen? Die Konflikte waren doch vorhanden. Gemangelt wurde da nichts.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Null!)

– Null wurde an dieser Stelle getan. – Wir werden schauen, dass damit aufgeräumt wird und dass es zu einer sauberen Partnerschaft zwischen Stadtwerken und EnBW kommt. Auch das wird für unsere Energieversorgung in Baden-Württemberg kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich möchte jetzt noch auf zwei Punkte eingehen. Eigentlich läuft mir die Zeit ein bisschen davon.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Eines noch kurz, Herr Glück: Was mich heute schon verwundert hatte, war Ihre grundsätzliche Aussage: „Der Strom, den wir produzieren, muss grundlastfähig sein.“ Ich habe den Eindruck, Sie haben noch nicht ganz verstanden, wie die neue, regenerative Energiewirtschaft eigentlich aussehen wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir werden eine Situation haben, in der wir unseren Strombedarf im Wesentlichen über Fotovoltaik und über Windenergie decken können, ergänzt durch andere regenerative Energieträger wie Biomasse oder Wasserkraft. An den Stellen, an denen der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint, müssen wir entsprechend zuschalten,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

müssen wir mit Gaskraftwerken flexibel nachsteuern. Da müssen wir entsprechend nachsteuern. Das hat aber nichts mit Grundlast zu tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn Grundlast heißt, dass die Kraftwerke wie die Kernkraftwerke die ganze Zeit laufen. Aber genau das ist nicht mehr zeitgemäß. Zeitgemäß ist es, an den Stellen, an denen die regenerativen Energien nicht ausreichen, noch eine Ergänzung über Gaskraftwerke vorzunehmen. Da gibt es entsprechende Konzeptionsüberlegungen im Umweltministerium. Aber von der Ideologie, der Strom müsse immer gleichmäßig produziert werden, müssen wir uns lösen. Nur dann wird eine regenerative Energiewirtschaft wirklich eine Perspektive haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Karl Zimmermann CDU)

Ich will noch kurz auf die Aussagen von Herrn Oettinger eingehen. Ich habe mich an dieser Stelle schon gewundert. Sie haben uns und der Regierung vorgeworfen, wir wollten Atomstrom aus Frankreich importieren. Gleichzeitig reden Sie der Haltung das Wort, man müsse auf europäischer Ebene akzeptieren, dass noch 40 neue Kernkraftwerke gebaut werden. Das passt gar nicht zusammen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Wir wollen, dass Deutschland ein Vorbild dafür ist, wie der Ausstieg aus der Kernenergie und mittelfristig auch der Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft gelingen kann.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir werden belegen, dass dies unter Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und zu bezahlbaren Preisen funktionieren wird. Wir wollen und werden mit unseren Technologien, die wir in Baden-Württemberg entwickeln, gerade auch im Bereich Ressourceneffizienz, Energieeffizienz,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zeitachse!)

Zeichen für den Klimaschutz in der ganzen Welt und für zukunftsfähige Arbeitsplätze in Baden-Württemberg setzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Kollege Nemeth hatte noch eine Zwischenfrage.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Jetzt noch die nachgeschobene „Zwischenfrage“ des Herrn Kollegen Nemeth.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident, darf es auch eine Kurzintervention sein?

Präsident Guido Wolf: Ja, das darf es auch. Es darf auch eine Kurzintervention sein.

Abg. Paul Nemeth CDU: Gut, vielen Dank. – Kollege Stober, Sie haben mich angesprochen. Natürlich stehen wir hinter dem EEG. Das EEG ist ein Bundesgesetz.

Abg. Johannes Stober SPD: Ja.

Abg. Paul Nemeth CDU: Wenn Sie sich mit der Fotovoltaik-Installationsmasse in Baden-Württemberg selbst lobten, dann schmückten Sie sich mit fremden Federn. Denn das wurde in Berlin von Schwarz und Gelb gemacht. Erstens.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Wer hat es erfunden?)

Zweitens: Der Punkt ist, dass wir schon jetzt nach dem EEG 3,5 Cent pro Kilowattstunde für erneuerbare Energien zahlen. Es gibt neue Innovationen: bei der Fotovoltaik, bei der Windenergie und in allen anderen Bereichen. Deswegen ist uns wichtig, dass wir nicht den Lobbyisten hinterherlaufen, sondern dass wir auch an die kleinen Leute denken, dass der Strompreis nicht in den Himmel schießt und dass die Innovationen genutzt werden, damit wir marktfähige Preise für erneuerbare Energien bekommen. Das sollte auch das Ziel eines SPD-Abgeordneten sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Johannes Stober SPD: An dieser Stelle kurz zwei Punkte: Wenn ich mich recht entsinne, ist das EEG von der rot-grünen Koalition auf Bundesebene verabschiedet worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Es gab Vorläufer, aber der wirkliche Durchbruch erfolgte mit dem Gesetz, das die rot-grüne Koalition auf den Weg gebracht hat und bei dem die SPD federführend war. Vor allem Hermann Scheer hat es entwickelt. Dieses Gesetz sorgte letztlich für den Durchbruch. Ich glaube, daran gibt es keinen Zweifel.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich glaube, klar ist – Herr Nemeth, darüber gab es nie einen Streit –, dass es auch immer darum gehen muss, die Vergütungssätze Schritt für Schritt zurückzuführen. Da sind wir uns einig. Über die jeweilige Höhe dieser Sätze kann man sich noch immer streiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vernünftig! Ja-wohl!)

Wir haben auch das Ziel, die Vergütung bei der Fotovoltaik ein Stück weit zu senken. Es muss sich auch tragen können; es muss günstiger sein, den durch Fotovoltaikanlagen selbst produzierten Strom auf dem eigenen Dach selbst zu verbrauchen, als den Strom von woanders zuzukaufen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Völlig richtig!)

Das ist das wirkliche Ziel. Deswegen wird es mittelfristig auch gelingen, die Fotovoltaik marktfähig zu machen. Daran habe ich gar keinen Zweifel.

Natürlich haben wir den Strompreis im Blick. Aber ich frage mich an dieser Stelle schon, was das für die kleinen Leute bedeutet, für die Haushalte, die die Stromrechnung bezahlen müssen. Was soll das, den großen Unternehmen viele Erstattungsmöglichkeiten einzuräumen mit der Folge, dass auch diese Entgelte wieder auf die Kleinverbraucher umgewälzt werden müssen? Ich glaube, an dieser Stelle müssen wir ran.

Das EEG war notwendig, sonst wären wir nicht da, wo wir heute sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da, wo wir heute sind, ist es auch nicht ideal!)

Aber wir müssen auch schauen, dass die Industrie bzw. die Privatwirtschaft keine Vorteile erhält, für die letztlich der Kleinverbraucher bezahlen muss. Wenn Sie dafür streiten, dann haben Sie uns an Ihrer Seite. Das ist gar keine Frage. Dann möchte ich aber auch sehen, wie die Ausnahmeregelungen für die Industrie gestaltet werden; bei diesem Thema sind wir kritisch.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Was sagt Ihr Wirtschaftsminister dazu?)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Herr Umweltminister Untersteller.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir wollen den Wirtschaftsminister hören! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das müssen Sie schon der Regierung überlassen! – Unruhe)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Glück: „Die Diskussion über den Energiemix der Zukunft braucht dringend Rückenwind.“ Dieses Zitat stammt von Ihnen. Mir ist in dieser Debatte klar geworden, dass ich den Rückenwind nicht von Ihnen erhalte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber die Energiewende! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Aber ich habe auch den Eindruck, dass, wenn jemand Rückenwind braucht, dies die FDP/DVP ist; sie hat den Rückenwind nötiger als wir.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe gelesen, dass Ihr Generalsekretär heute Morgen zurückgetreten ist. Ich glaube, jemand anders – nicht wir – braucht den Rückenwind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Sie haben vorhin angesprochen, wir würden nicht deutlich machen, wie wir uns die energiepolitischen Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre hier im Land vorstellen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So viel zu Ihrer energiepolitischen Kompetenz! – Unruhe)

(Minister Franz Untersteller)

Ich will noch einmal versuchen, die wesentlichen Eckpunkte darzustellen. Die wesentlichen Eckpunkte bestehen nicht nur aus dem Ausbau der Windenergie, obwohl der Ausbau der Windenergie für Baden-Württemberg eine sehr wichtige Komponente darstellt. Das hängt damit zusammen, dass die Vorgängerlandesregierungen dieses Thema schlicht und ergreifend sträflich vernachlässigt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist kein Zufall, dass Baden-Württemberg unter den Flächenländern bundesweit Schlusslicht ist und der Anteil der Windkraft an der Bruttostromerzeugung bei uns gerade einmal 0,8 % beträgt,

(Zuruf von der SPD: 1,8 %!)

während ähnliche Länder wie Rheinland-Pfalz einen Windkraftanteil von 8,5 % haben. Sie haben dafür gesorgt, dass wir das Schlusslicht sind. Das ist einfach ein Fakt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Aber wir sind führend bei der Wasserkraft!)

Das werden wir ändern. Die notwendigen Änderungen, die das Landesplanungsgesetz betreffen, haben wir vorgelegt. Ich sage gleich noch etwas dazu. Weitere Komponenten werden hinzukommen. In den nächsten Tagen werden wir einen Entwurf für den Windenergieerlass vorlegen und darüber diskutieren. Es geht dann darum, dass wir den Genehmigungsbehörden in Baden-Württemberg klare Vorgaben dazu machen, wie die Genehmigungsverfahren zukünftig ablaufen. Wir werden an den Regierungspräsidien Kompetenzzentren einrichten, um dieses Thema entsprechend zu begleiten. An der LUBW in Karlsruhe werden wir ein landesweites Kompetenzzentrum errichten, das die Genehmigungsbehörden bei der Abwicklung der Genehmigungsverfahren unterstützen wird. So viel zum Thema Wind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum zukünftigen Energiemix: Herr Kollege Glück, ich will Ihnen ein paar Zahlen nennen. Wir gehen davon aus, dass wir in Baden-Württemberg im Jahr 2020 eine Bruttostromerzeugung von etwa 64 TWh haben werden. Heute beträgt die Bruttostromerzeugung 66 TWh. Das heißt, es gäbe einen leichten Rückgang. Dieser leichte Rückgang hängt natürlich damit zusammen, dass wir in Baden-Württemberg dann drei Kernkraftwerke abgeschaltet haben werden; zwei Kernkraftwerke haben wir bereits abgeschaltet, und ein weiteres Kernkraftwerk werden wir bis dahin abgeschaltet haben.

Ich möchte Sie an Folgendes erinnern: Bisher bin ich immer davon ausgegangen, dass wir uns zwischen CDU, FDP/DVP, Grünen und SPD in diesem Punkt einig waren. Das war die große Errungenschaft im Frühjahr dieses Jahres, dass wir uns diesbezüglich einig waren.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wollen Sie uns jetzt wieder auseinandernehmen? – Zuruf von der SPD: Einigkeit drei Tage vor der Wahl!)

– Nein, keine Angst, Herr Kollege Nemeth.

(Zuruf: Na also! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er hat vor gar nichts Angst!)

Wenn man von 64 TWh im Jahr 2020 ausgeht, dann können Sie folgende Rechnung aufstellen – dafür muss man in Mathe nicht so gut sein; ich war es auch nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie aber einmal langsam! Dann komme ich auch mit! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Holen Sie den Taschenrechner von Schmiedel! – Unruhe)

Stellen wir einmal folgende Rechnung auf:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Dreisatz! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn man für 2020 bei der Windenergie ein Volumen von 6,4 TWh annimmt, also einen Anteil der Windenergie von 10 % an den insgesamt 64 TWh zugrunde legt, die Fotovoltaik – heute sind wir etwa bei 3 bis 4 % – bis 2020 mit 7 TWh hinzunimmt – ich gehe nachher noch darauf ein, was die Voraussetzung dafür ist –, bei der Wasserkraft, bei der wir schon heute mit einem Volumen von 5,5 TWh eine relativ starke Position einnehmen, weitere 0,5 TWh hinzunimmt – so viel sollte durch die Kleine Wasserkraft möglich sein; ob mehr Große Wasserkraft möglich ist, ist momentan noch offen – und schließlich bei der Biomasse noch ein Energievolumen von 5 TWh hinzunimmt – Herr Kollege Glück, ich mache es Ihnen einfach –, dann kommen wir auf rund 24 TWh.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Langsam, sonst komme ich nicht mit!)

Machen wir jetzt einen Dreisatz, dann stellen wir fest, dass ein Anteil von 24 TWh bei insgesamt 64 TWh ungefähr 36 % ausmacht, die wir im Jahr 2020 durch erneuerbare Energien abdecken wollen.

Ich darf daran erinnern, dass die ehemalige Koalition das Ziel verfolgte, bis 2020 gerade einmal 20 % des Energiebedarfs über erneuerbare Energien abzudecken. Angesichts dessen, dass wir heute bereits bei 17 % sind,

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

hatten Sie das geniale Ziel, zwischen 0,2 % und 0,3 % pro Jahr zuzubauen. Dafür muss die Politik nicht tätig werden. Das geht einfach so. Da erreicht man auch so bereits mehr.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo nehmen Sie die verbleibenden 65 % her?)

Nun zu den bestehenden Lücken: Zunächst einmal werden wir in der Übergangsphase weiterhin fossile Energieträger benötigen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist mit dem Klima?)

– Ich sage gleich noch etwas dazu, auch zu Ihnen, Herr Rülke. – Derzeit bauen wir in Karlsruhe RDK 8 und in Mannheim GKM 9 zu. Die anderen Kohlekraftwerke bleiben zumindest in der Übergangsphase in Betrieb, da wir sie noch brauchen. Wir wollen – das steht auch im Koalitionsvertrag; hier sind wir übrigens in intensiven Gesprächen mit der EnBW, aber auch mit den Stadtwerken – im Bereich der Gaskraftwerke zuzubauen. Das ist nicht ganz einfach.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Minister Franz Untersteller)

Warum ist das nicht ganz einfach? Es hängt mit der Marktsituation zusammen. Die Marktsituation an der Börse ist derzeit nun einmal so, dass es so gut wie keine Anreize für neue Investoren gibt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Alles verstaatlichen!)

Deswegen lautet mein Petition auch auf Bundesebene – da sind wir übrigens im Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Rösler –, dass man darüber nachdenken sollte, in diesem Bereich ökonomische Anreize zu bieten, um Back-up-Kraftwerke zu haben. Denn wenn Sie mit erneuerbaren Energien fluktuierende Einspeisungen haben, dann brauchen Sie Back-up-Kraftwerke; anders wird es nicht gehen. Wenn Sie jedoch die Back-up-Kraftwerke beispielsweise nur noch für 1 500 oder 2 000 Jahresstunden benötigen, dann scheidet eine rein marktwirtschaftliche Variante aus. In der Übergangsphase von der alten Energiewelt in die neue Energiewelt wird man viel mehr derartiger Mechanismen benötigen.

Drittens, Herr Kollege Rülke: Neben Gaskraftwerken und Kraftwerken für fossile Energieträger in Baden-Württemberg wird hoffentlich im Offshorebereich in den kommenden Jahren noch das eine oder andere gelingen. Das Ziel der Bundesregierung war es, bis zum Jahr 2020 15 000 MWh offshore zu produzieren. Ob dies gelingt, ist aus meiner Sicht eher fraglich. Doch selbst dann, wenn wir 10 000 MWh auf diese Art produzieren und wenn im Norden der Onshorebereich weiter ausgebaut wird, wird Baden-Württemberg auch einen Teil erhalten.

Die Voraussetzung dafür ist natürlich der Ausbau der Netze. Das ist doch völlig klar. Ich bin Mitglied des Beirats der Bundesnetzagentur; wir haben erst in dieser Woche wieder darüber geredet. Ich habe den Eindruck, dass wir hier nach der Verabschiedung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes auf Bundesebene im Frühsommer und nach den Planungen, die die vier großen Netzbetreiber bis zum kommenden Sommer vorlegen werden, auf einem guten Weg sind, auch was die Beschleunigung der Verfahren betrifft. Daher: Gehen Sie einfach einmal davon aus, dass wir die Frage der Konzeption im Blick haben.

Jetzt will ich noch etwas zum Thema „Rückenwind und Gegenwind“ sagen. Rückenwind habe ich in den letzten Wochen und Monaten verspürt, wenn ich draußen im Land herumgerast bin und bei Veranstaltungen im Land gewesen bin, übrigens auch bei den vier Regionalkonferenzen, an denen 500 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte usw. teilgenommen haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die den Zeitplan für falsch halten!)

Mit ihnen habe ich über das Thema „Ausbau der Windenergie“ diskutiert. Es gibt zwar durchaus Diskussionen über Details unseres Landesplanungsgesetzes, aber ich höre überall, dass der Grundsatz, dass wir den Kommunen mehr Kompetenzen geben wollen, begrüßt wird.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sprechen Sie einmal mit den Regionalverbänden! Das stimmt doch nicht! Das ist doch eine Legende!)

Ich stelle fest, dass die Kommunen hierin natürlich die Chance sehen, neben den Regionalverbänden auch selbst Standorte

auszuweisen, weil sie dadurch eine Möglichkeit haben, einen eigenen Beitrag zur Energiewende zu leisten, und damit auch Wertschöpfung in den Regionen bleibt.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Auch die ganzen Gewerbesteuererinnahmen, die daraus resultieren,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Um das geht es!)

stellen eine Riesenchance für die Kommunen dar. Das wird, Herr Kollege Zimmermann, aufseiten der Kommunen gesehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Das gibt einen Wildwuchs!)

Zweitens: Rückenwind erfahre und verspüre ich auch, wenn ich sehe, welches Engagement es im ganzen Land in Bezug auf die Energiewende gibt. Ich nenne die Bürgerenergiegenossenschaften, die im ganzen Land entstanden sind bzw. am Entstehen sind. Ich nenne die Bürgerwindkraftprojekte, die bereits entstanden sind oder in den nächsten Jahren entstehen werden.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das kommt von unseren Energieagenturen!)

Überall, wo ich hinkomme, werde ich darauf angesprochen, dass es hier ein großes Engagement und eine hohe Bereitschaft gibt, Bürgerwindkraftprojekte und Bürgersolaranlagen voranzubringen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Großes Interesse und Rückenwind erfahre ich auch, wenn ich mit den Stadtwerken, den regionalen Energieversorgern und auch der EnBW rede. Wenn ich höre, was von denen an zusätzlichen Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien hier in Baden-Württemberg geplant ist, dann verstehe ich das als Rückenwind für uns.

Und drittens: Rückenwind, Herr Kollege Glück, verspüre ich auch, wenn ich sehe, wie die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg auf die Energiewende reagieren, wenn ich sehe, dass sich bei Bürgerentscheiden im Glottertal und im Münstertal – das sind Tourismusregionen, Herr Kollege Zimmermann –,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

bei denen es um Windkraftprojekte geht, die Mehrheit der Bevölkerung für den Ausbau der Windenergie an diesen Standorten ausgesprochen hat.

Rückenwind verspüre ich auch, wenn ich sehe, dass sich am vergangenen Wochenende die Bürgerschaft in Gaildorf

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

– Kollege Bullinger weiß es – mehrheitlich für das dortige Speicherkonzept ausgesprochen hat. Das ist Rückenwind für unsere Energiepolitik, und dafür sind wir sehr dankbar.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Sagen Sie das einmal Ihren Parteifreunden in Atdorf!)

(Minister Franz Untersteller)

Rückenwind haben wir auch aus der Wirtschaft, Herr Kollege Nemeth, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Ich will Ihnen einmal erzählen, warum.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Für Speicher! Genau!)

41 Unternehmen haben sich in dem Windcluster Baden-Württemberg zusammengeschlossen – 41 Unternehmen!

(Glocke der Präsidentin)

Das Ganze erfolgt unter Leitung eines Herrn, den Sie von der FDP/DVP auch kennen, nämlich des früheren Wirtschaftsministers Walter Döring. Das ist übrigens zufälligerweise derjenige, der im Jahr 2003 das Landesplanungsgesetz in die derzeitige Fassung gebracht hat; das sei nur nebenbei gesagt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber jetzt freut er sich aufs neue!)

Eine gewisse Wandlungsfähigkeit gestehe ich ihm durchaus zu und bin eigentlich froh darüber.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Erst am Ende meiner Rede, Herr Zimmermann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zimmermann ist immer ein guter Stichwortgeber!)

Rückenwind, und zwar erheblichen Rückenwind, verspüren wir auch nach der Runde in der vergangenen Woche, zu der der Ministerpräsident eingeladen hatte. Die Spitzen der baden-württembergischen Wirtschaft – Vertreter des LVI, der IHKs, des Handwerkstags, aber auch der Umweltverbände und der Wissenschaft – waren im Staatsministerium. Man hat dabei, Herr Kollege Nemeth,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ich war ja nicht eingeladen! Was soll ich machen?)

über die Strompreisentwicklung und über die Frage der Versorgungssicherheit gesprochen. Sie werden der Presse entnommen haben, dass die Wirtschaft mit uns, der Landesregierung, einig ist, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das haben Sie der EnBW zu verdanken!)

Angenommen, wir hätten in diesem Winter kalte Wintertage und es gäbe keine Windkrafteinspeisung und einen Ausfall konventioneller Kraftwerksleistung: Selbst für solche Situationen haben wir Vorsorge getroffen. Auch in diesen Fällen ist die Versorgungssicherheit gewährleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Das wäre ja noch schöner, wenn es anders wäre! Wo sind wir eigentlich? In Vietnam?)

Gegenwind hat jemand anders, Herr Kollege Nemeth. Ich will Ihnen einmal eine Überschrift zitieren:

Wirtschaft beklagt ... Rangelei um Energiepolitik – Kamern und Industrie verlangen bessere Abstimmung für Umsetzung der Energiewende

Dies war gestern in der FAZ zu lesen. Das Wort „Berliner“ habe ich weggelassen. Eigentlich lautet die Überschrift: „Wirtschaft beklagt Berliner Rangelei um Energiepolitik“. Dort führt das Chaos zwischen Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium dazu, dass diese Ministerien getrennte Termine mit der Wirtschaft, getrennte Anhörungen machen müssen. Dort wird nicht an einem Strang gezogen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist fast wie hier bei Grün-Rot!)

Ich sage Ihnen: Die Wirtschaft hier in Baden-Württemberg ist sehr froh, dass wir hier, was die Energiewende betrifft, gemeinsam an einem Strang ziehen, und zwar gemeinsam mit der Wirtschaft. Das dürfte Ihnen nicht entgangen sein, wenn Sie nach diesem Meeting, das wir auf Einladung des Ministerpräsidenten gehabt haben, die Presse gelesen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Paul Nemeth CDU: Kaffeekränzchen!)

Wir haben in der vergangenen Woche eine Studie vorgestellt, Herr Kollege Nemeth, und zwar den Bericht über den Strom- und Gasmarkt in Baden-Württemberg. Wenn Sie hineinschauen, können Sie auch einige Ausführungen zu der Strompreisentwicklung in Baden-Württemberg lesen. Ich will Ihnen einmal inhaltlich aus diesem Bericht zitieren. Laut dem Gutachter – der Gutachter ist das Institut für Energie in Leipzig – sind im innerdeutschen Vergleich die Strompreisangebote für Haushalte in Baden-Württemberg weiterhin – jetzt gut zuhören! – als günstig einzuordnen. Bei einer Auswahl des günstigsten Strompreisangebots des jeweiligen Grundversorgers läge die finanzielle Belastung des Durchschnittshaushalts bei etwa 2,06 % der Kaufkraft.

... Mit diesem Anteil hat Baden-Württemberg gemeinsam mit den Haushalten in Bayern, Hamburg und Hessen den niedrigsten Anteil im Bundesländervergleich.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Unser Erfolg! Genau!)

Ich möchte Sie einfach bitten, mit dieser Panikmache aufzuhören, dass die Energiewende hier zu Strompreisexplosionen führen würde. Es wird sie nicht umsonst geben. Aber es wird auch keine Strompreisexplosion geben, sondern wir werden sehr genau darauf schauen,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Er schmückt sich mit fremden Federn!)

dass es einen Dreiklang zwischen Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit geben wird.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Und gesellschaftliche Akzeptanz!)

Da können Sie bei uns wirklich sicher sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenig Rückenwind hat es gegeben, was die Ergebnisse der Klimakonferenz vorige Woche in Durban betrifft. Wenn man die Klimaproblematik so ernst nimmt, wie sie ist, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass die globale Temperatur in den vergangenen 100 Jahren schon um 0,7 Grad angestiegen ist und

(Minister Franz Untersteller)

sich die Wissenschaft einig ist, dass die Obergrenze eigentlich bei einer Zunahme von 2 Grad liegen sollte, wir jedoch bis zum Jahr 2050 global eine Minderung der CO₂-Emissionen bzw. der Treibhausgase um 50 % und in den Industrieländern um 90 % benötigen, um dieses Ziel zu erreichen, dann ist natürlich das Ergebnis – es lautet: „Wir einigen uns im Jahr 2011 darauf, uns bis zum Jahr 2015 zusammenzusetzen und über ein Abkommen zu verhandeln, das 2020 in Kraft treten soll und dessen Rechtsverbindlichkeit eigentlich noch offen ist“ – nun wirklich nicht als Rückenwind gegen den Klimawandel zu begreifen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Mehr, als Herr Trittin erreicht hat! Der hat doch außer Dosenpfand nichts bekommen!)

– Herr Nemeth, jetzt lassen Sie doch einfach einmal diese billige Polemik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Man müsste doch eigentlich ein Interesse daran haben, dass man hier in dieser Frage gemeinsam an einem Strang zieht. Da muss man doch einfach einmal feststellen: Das, was bei dem Klimagipfel herausgekommen ist, kann nicht im Interesse unseres Landes und auch nicht im Interesse der europäischen Staaten sein,

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

die bei diesem Thema in den letzten Jahren vorangegangen sind. Ist es so schwer, das einfach einmal festzustellen? Ich habe den Eindruck, jetzt macht er einen auf Fundi.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist die Politik des Gehörtwerdens! Also bitte! Ein Zwischenruf darf ja wohl noch erlaubt sein!)

Jetzt sage ich noch, von wem ich Gegenwind habe. Gegenwind haben wir von jemandem aus Berlin, nämlich vom Bundeswirtschaftsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der ist ja nicht mehr lange da! Ein paar Stunden noch!)

Warum? Wenn man sich die Situation einmal anschaut, stellt man fest, dass der Ausbau der Fotovoltaik in Baden-Württemberg in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen ist. Wir hatten Ende des vergangenen Jahres ein Ausbauniveau von 2,7 GW. Allein im letzten Jahr hatten wir einen Zubau um 1 000 MW. Jetzt kommt Ihr Bundeswirtschaftsminister und will bundesweit einen Deckel von 1 000 MW – sprich so viel, wie wir allein in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr zugebaut haben – einführen. So macht man sich zum Totengräber einer Zukunftsbranche – nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Ende dieses Jahres werden dank des „atmenden Deckels“, der mittlerweile im EEG verankert ist, die Vergütungen abgesenkt, Herr Kollege Nemeth. Im vergangenen Jahr hat doch Ihr Bundesumweltminister gemeinsam mit der Branche den

„atmenden Deckel“ eingeführt. Das ist ein richtiges Instrument. Was besagt es? Je mehr zugebaut wird, desto höher ist die Absenkung. Das finde ich völlig richtig. Jetzt wird der Deckel Ende dieses Jahres um 15 % abgesenkt. Wenn noch mehr zugebaut worden wäre, wäre er um 20 % abgesenkt worden. Das heißt, die Branche muss insgesamt eine jährliche Effizienzrendite von etwa 15 bis 20 % bringen – Jahr für Jahr. Das bekommen sie hin. Nennen Sie mir eine Branche außer dieser, die dies hinbekommt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Die Computerbranche!)

– Ja, auch die Computerbranche der Vergangenheit. Da haben Sie recht. Aber trotzdem ist es erst einmal eine riesige Herausforderung. Sie bekommt es hin.

Schauen Sie sich einmal die Entwicklung bis Mitte dieses Jahrzehnts an: Die Entwicklung sieht so aus, dass wir jetzt, Ende dieses Jahres, ein Vergütungsniveau erreicht haben, bei dem es sich nicht mehr lohnt, Strom einzuspeisen und den Stadtwerken oder der EnBW zu liefern. Die Leute werden verstärkt in die Eigennutzung gehen, weil der Strompreis, den sie zahlen, höher ist als die Vergütung, die sie bekommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hätte man schon lange machen müssen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gab es am Anfang schon einmal!)

– Ja. – Das ist das Niveau, auf dem wir Ende dieses Jahres sein werden. In den kommenden Jahren wird es weiter heruntergehen. Wenn Sie mit Leuten aus der Branche, dem Maschinenbau, reden – das habe ich in letzter Zeit öfter gemacht, z. B. mit Vertretern der centrotherm photovoltaics AG, der Manz AG, der RENA GmbH in Freiburg –, mit den Leuten, die die Maschinen bauen, um die Module herzustellen, bekommen Sie gesagt, dass wir Mitte dieses Jahrzehnts bei den Stromgestehungskosten auf einem Preisniveau von 10, 11, 12 Cent pro Kilowattstunde sein werden. In einer solchen Phase wollen Sie diese Entwicklung abwürgen. Ich meine, da muss man schon ziemlich verbohrt sein.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Stimmt doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Um auch das noch einmal zu sagen: Wir haben 6 000 bis 7 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich, bei den Maschinenbauunternehmen in Baden-Württemberg, die die Anlagen, die Maschinen zur Fertigung der Module herstellen. Die chinesischen Module werden mit baden-württembergischen Maschinen gebaut, um es einmal so platt zu sagen. Dann wollen Sie hingehen und die Vergütung bei uns mit dem 1 000-MW-Deckel abwürgen. Wer so agiert, schadet dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – um das einmal klar und deutlich zu sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gegenwind habe ich von Herrn Kollegen Rösler in Berlin auch an einer anderen Front, nämlich bei der Energieeffizienzrichtlinie, die EU-Kommissar Oettinger vorgelegt hat.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Herr Oettinger hat mit dem Vorschlag, den er gemacht hat, völlig recht. Warum? Die EU hat sich – später auch unter der

(Minister Franz Untersteller)

deutschen Präsidentschaft – in den Jahren 2005, 2006 das Ziel gesetzt, den Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 um 20 % zu senken. Das ist ein völlig richtiges Ziel. Herr Oettinger hat zu Beginn dieses Jahres festgestellt, dass wir, wenn wir auf der bisherigen Linie weitermachen, wenn wir bei dem bleiben, was bisher an Maßnahmen ergriffen wurde, im Jahr 2020 bei 10 % landen. Also ist es doch völlig richtig, dass er sagt: Da schaue ich nicht zu, sondern überlege, wie ich einen Rahmen setze, damit wir das Ziel der Reduktion um 20 % erreichen.

Was passiert in Berlin? Es gibt heftigen Widerstand aus dem Bundeswirtschaftsministerium – heftigen Widerstand. Was wollen Sie denn? Wenn Sie jemandem Rückenwind geben wollen, dann müssen Sie einmal Ihrem eigenen Wirtschaftsminister Rückenwind geben

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie auch!)

und nicht uns; er hat es wirklich nötiger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach den Gesprächen, die wir in den letzten Wochen mit der Industrie, mit den Umweltverbänden geführt haben, nach den Entwicklungen, die wir im Bereich der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg sehen, und nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe – auch in den Gesprächen mit Kommunalvertretern –, bin ich guter Dinge, dass wir in der Koalition sehr gut aufgestellt sind, was die Energiewende in Baden-Württemberg betrifft.

Noch einmal: Wir werden dafür sorgen, dass es einen Dreiklang aus Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gibt. Was ich mir wünschen würde, wäre ein wenig mehr Unterstützung aus der Opposition für diese eigentlich klaren Dinge, die wir hier auf den Weg gebracht haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, es gibt noch eine Reihe von Zwischenfragen, die Sie an den Schluss verwiesen haben. Es gibt Zwischenfragen der Kollegen Zimmermann, Röhm und Glück.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ich spreche noch einmal!)

– Er spricht noch einmal. – Kollege Zimmermann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er will noch ein Stichwort für eine neue Runde geben!)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, danke schön, dass Sie noch da sind.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Lindner ist schon weg!)

Herr Minister, können Sie mir Auskunft darüber erteilen, ob Sie selbst Pressemitteilungen aus den USA bestätigen können

oder Ihr Ressort sie bestätigen kann – es muss Ende November oder Anfang Dezember dieses Jahres gewesen sein –, dass in Kalifornien, dem Vorzeigeland regenerativer Energien, aktuell alle 14 000 Windkraftanlagen abgestellt worden sein sollen und aufgrund fehlender Rentabilität abgebaut werden? Das möchte ich von Ihnen wissen; ich bin da nicht weitergekommen.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ich habe genug damit zu tun, mich für Baden-Württemberg auf dem Laufenden zu halten, und schaue nicht auch noch nach Kalifornien,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dahin haben Sie früher öfter geschaut!)

beim besten Willen nicht. Damit kann ich Ihnen nicht dienen.

(Unruhe)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist jetzt aber keine Antwort auf meine Frage, Herr Minister.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da fliegst du am besten mal rüber und guckst dir das an!)

Präsident Guido Wolf: Jetzt bitte die Frage des Kollegen Röhm.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenn die anderen Zwischenfragen nicht besser sind! – Weitere Zurufe)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, vielen Dank, dass ich die Frage stellen darf. Wir sind jetzt weg von Amerika und kommen zurück nach Europa.

Ich freue mich, dass Sie persönlich – ich spreche jetzt ganz ausdrücklich Sie an, nicht Ihre Partei –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ein Unterschied!)

der Wahrhaftigkeit die Ehre geben

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

und immerhin Manns genug sind, zuzugeben, dass Sie eine klimaschädliche Energieart vorerst in Kauf nehmen, billigen, um ein höheres Ziel zu erreichen. Das ist auch in Ordnung so. Ich sehe es genauso wie Sie. Aber Sie haben hier im Plenum einst gesagt, dass es sich bei dem Strom, der aus Frankreich kommt, um Ökostrom handeln würde.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie mir bitte einmal erklären, wie all der Strom, der in Frankreich zusammenfließt – die Franzosen haben einen Anteil von ungefähr 20 % Ökostrom an ihrer Gesamtstromerzeugung –, wieder so aussortiert wird, dass ausschließlich Ökostrom Deutschland erreicht?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn Sie uns das bitte noch erklären würden, dann hätten Sie noch mehr bei mir gewonnen.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Fangen wir einmal mit dem Thema „Fossile Energieträger in der Übergangsphase zur erneuerbaren Welt“ an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klar!)

Wir werden in den nächsten – ich sage einmal so – zwei, drei Jahrzehnten sowohl noch Kohlekraftwerke als auch verstärkt Gaskraftwerke haben. Beide, wenn auch die Gaskraftwerke in geringerem Umfang, emittieren CO₂.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es geht nicht ohne! Das sehen wir ein!)

– Aber, Herr Kollege Röhm, wir haben in Europa Gott sei Dank das hinbekommen, was andere, nämlich die Amerikaner und die Chinesen, bislang nicht hinbekommen haben, nämlich einen Emissionshandel. Das heißt, Sie dürfen nur emittieren, wenn Sie Zertifikate haben. Daher sind erst einmal die Emissionen innerhalb der EU gedeckelt.

Um ein Beispiel zu geben: Einmal angenommen – theoretisch angenommen –, Sie würden in Baden-Württemberg zusätzliche Kraftwerke auf der Basis fossiler Energieträger ans Netz bringen und hätten keine Zertifikate: Dann müssten Sie sich mit Zertifikaten eindecken. Diese können dann in einem anderen Land nicht mehr genutzt werden, sondern werden dann bei uns angewandt. Europaweit bleibt die Bilanz letztendlich gleich. Europaweit bleiben dann unter dem Strich die CO₂-Emissionen gleich und werden Stück für Stück in der Größenordnung, wie es in der Emissionsrichtlinie der EU verankert ist, nämlich um etwa 1,7 % pro Jahr, abgesenkt. Das ist die Situation. Jahr für Jahr werden Zertifikate herausgenommen.

Daher bedeutet die jetzige Übergangsphase, in der wir in Deutschland die Kernkraftwerke schrittweise abschalten – angenommen, wir würden verstärkt auf fossile Energieträger zurückgreifen müssen –, unter dem Strich in der EU nicht mehr CO₂-Emissionen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben wir Sie missverstanden? Ökostrom!)

– Nix Ökostrom. – Zweitens, zu Frankreich: Wir haben in den ersten Monaten dieses Jahres aus Frankreich Strom nach Deutschland importiert. Das war aber auch in den vergangenen Jahren immer so, um es einmal deutlich zu sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Art von Strom?)

– Langsam. Strom hat keine Farbe. Ich will trotzdem versuchen, es Ihnen zu erklären.

Wir haben in den letzten Jahren auch immer in den ersten Monaten des Jahres Strom aus Frankreich importiert. Über das Jahr hinweg gesehen, in der Jahresbilanz, haben wir immer mehr exportiert als aus Frankreich importiert. In Zukunft wird es nach meiner Einschätzung so sein – in wenigen Wochen werden wir es sehen –, dass wir bei der Import-Export-Bilanz bundesweit, bei der wir in der Vergangenheit pro Jahr 20 TWh Stromexportüberschuss hatten – Jahr für Jahr; 2006, 2007, 2008, 2009 immer 19, 20 TWh Überschuss, und das zum Teil bei zwei oder drei stillliegenden Kernkraftwerken –, diese Überschüsse nicht mehr haben werden.

Wir werden aber auch nicht in großem Maß auf Import angewiesen sein. Wir hatten in Deutschland in den letzten Jahren Überkapazitäten. Dass es so ist, sehen Sie ganz einfach an der Strombörse in Leipzig. Die Tatsache, dass die Leipziger Strombörse heute Preise von 53, 54, 55 € pro Megawattstunde zeigt – die gleichen Preise wie vor den Ereignissen in Fukushima, vor Abschaltung der acht Kernkraftwerke –, ist nun wirklich kein Zeichen dafür, dass am Markt Knappheit herrschen würde. Eigentlich haben alle damit gerechnet, die Strompreise würden steigen. Das wäre auch gut gewesen für diejenigen, die in Gaskraftwerke investieren wollen. Es geht aber – leider, sage ich – mit den Preisen nicht hoch. Es bleibt bei 53 oder 54 € pro Megawattstunde. Damit fehlen die Anreize für potenzielle Investoren, in neue Kraftwerke zu investieren. Das heißt, wir haben keine Knappheit.

Was war im Frühjahr, Herr Kollege Röhm? In Frankreich ist Folgendes passiert: In der ersten Phase nach der Stilllegung der acht Anlagen in Deutschland sind die Preise an der Börse von 53 oder 54 € auf 65 bis 67 € pro Megawattstunde gestiegen. Dann ist es schlicht und ergreifend in europäischen Märkten so: Dahin, wo man mehr erlöst, geht der Strom. Also haben die Franzosen nach Deutschland exportiert.

Was haben sie exportiert? In Frankreich ist Folgendes gelaufen: Die haben kein Kernkraftwerk in Kaltreserve, das sie anschalten, um Strom nach Deutschland zu exportieren, sondern bei denen laufen halt die 58 Kernkraftwerke, die sie haben, ständig. Die haben aber noch Folgendes gemacht: Die haben Kohlekraftwerke aus der Reserve herausgenommen und ans Netz gebracht. Das können Sie ganz leicht folgendermaßen überprüfen: Die haben nämlich keine Zertifikate gehabt, weil sie normalerweise den Bedarf über die Kernenergie abdecken. Ergo mussten sie sich auf dem Markt mit Zertifikaten eindecken. Die Zertifikatspreise gingen hoch. Sie können genau sehen, dass die Zertifikatspreise in Frankreich in diesem Frühjahr hochgeschossen sind. Das heißt, die haben Kohlekraftwerke ans Netz gebracht und Strom exportiert. Ob das dann Kohlestrom oder Atomstrom war, das können Sie nicht feststellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Okay! Danke! Das genügt!)

Wie denn auch?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ab sofort kostet der Einführungskurs!)

Das ist die Bilanz. Aber in der Jahresbilanz, Herr Kollege Röhm, ist es nicht so, dass wir auf französischen Kohlestrom oder Atomstrom angewiesen wären,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich akzeptiere Ihre Antwort! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das kann er sich gar nicht alles merken!)

was die Versorgungssicherheit betrifft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Antwort ist ehrlich! Danke!)

Präsident Guido Wolf: Redezeit für eine zweite Runde hat noch die Fraktion der FDP/DVP. – Herr Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Minister Untersteller, Sie konnten mir leider nicht einmal die Zusage geben, ein Energiekonzept zu erstellen.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Sie haben jetzt viel erzählt, aber die Zusage leider nicht gemacht. Ich bedaure das zutiefst.

Kollege Schoch, Sie sagten, Sie fänden es seltsam, dass wir von der FDP/DVP auf einmal Vertreter der Energiewende seien. Wir sind das. Wir wissen, dass sich da viel getan hat, dass da auch viel dazugelernt wurde. Ich kann einfach nur sagen: Wir sind Vertreter der Energiewende. Deswegen wollen wir ein Energiekonzept für die Zukunft. Genauso witzig finde ich es aber im Übrigen, dass Sie das jetzt offensichtlich nicht mehr wollen.

Herr Dr. Rösler, Sie haben vorhin die Frage gestellt – allerdings an den Kollegen Nemeth, aber ich denke, das ging auch ein bisschen in meine Richtung –: Wollen wir neue Kernkraftwerke? Die Antwort lautet: Nein, wir wollen keine. Wir wollen sie auch nicht bei unseren europäischen Nachbarn. Aber Tatsache ist: Wir können darauf nicht direkt Einfluss nehmen. Umso wichtiger ist es, dass wir ein Energiekonzept haben, bei dem wir möglichst wenig Strom von unseren europäischen Nachbarn benötigen und somit auf den Import deren Energiemixes so weit wie möglich verzichten können.

Herr Stober, Sie haben gesagt, Sie hätten da bisher einen starken Rückenwind. Ich empfinde das eher als laues Lüftchen. Gestatten Sie mir die Anmerkung: Sie haben vorhin gesagt, im Bereich der Solarenergie sei man auf einem guten Weg, aber die Bundesregierung würde nur Quatsch machen. Dazu sage ich jetzt einfach einmal: Die Solarenergienutzung wird über das EEG gesteuert; das ist Bundespolitik. Sie müssen sich jetzt schon entscheiden, ob das gut oder schlecht ist.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gruber?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Kollege Gruber, gern, wenn ich mit meinen Ausführungen fertig bin.

Herr Untersteller, Sie haben vorhin immer wieder die Frage gestellt: „Was haben Sie denn zu Ihrer Regierungszeit gemacht?“ Antwort: Wir haben den Windatlas erstellt. Was Sie in Bezug auf den Windatlas gemacht haben, ist, dass Sie das Bild des Ministers vorn ausgewechselt haben. Sie haben immer wieder angekündigt und angekündigt, genauso wie vorhin auch. Ansonsten kam da nicht viel herüber.

Ein bisschen auffällig finde ich das schon: Wenn Herr Kollege Nemeth einen berechtigten Verweis auf Berlin macht und Herrn Trittin anspricht, dann empfinden Sie das als polemisch. Aber wenn Sie hier über Herrn Rösler herziehen, dann finden Sie das wohl arg clever, oder wie ist das?

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Nemeth
CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stromproduktion muss auch weiterhin an die Nachfrage gekoppelt sein und

muss dementsprechend steuerbar sein. Um das mit ganz einfachen Worten zu sagen: Um Weihnachten herum verkaufen Sie halt keine Osterhasen. Das ist leider so.

Dann ist mir noch aufgefallen: Herr Minister Untersteller, Sie sprechen davon, dass Sie einen Schwerpunkt mit On- und Off-shorekraftwerken setzen wollen. Herr Stober spricht jetzt von einer dezentralen Versorgung. Irgendwie weiß ich jetzt wieder nicht, wie es aussehen soll. Ich möchte Sie an dieser Stelle noch einmal ermutigen: Bitte erstellen Sie für Baden-Württemberg ein schlüssiges und zukunftssicheres Energiekonzept.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und zwar bald!)

Dann können wir uns vielleicht viele Diskussionen sparen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Die Zwischenfrage des Kollegen Gruber steht noch an.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Jetzt lasse ich sie sehr gern zu.

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Glück, ein Maßstab für die Güte von Kritik sind ja immer auch die Alternativen, die man anbietet. Deshalb stelle ich die Frage an Sie: Welche Vorschläge und Ideen haben Sie denn für das Energiekonzept, das Sie so nachdrücklich einfordern?

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Gruber, das Risiko, das ich da sehe, ist: Wenn wir kein Energiekonzept oder nur ein Energiekonzept, das nicht aufgeht, haben, dann wird Baden-Württemberg immer mehr zum Stromimportland. Genau dies gilt es doch zu verhindern.

(Abg. Johannes Stober SPD: Deswegen haben wir die Energiesteuer abgelehnt!)

Deswegen möchte ich den mir zugespielten Ball gern aufnehmen und sage: Wir können uns wirklich gern gemeinsam an einen Tisch setzen und dann zusammen überlegen, was zu tun ist. Dann, glaube ich, können wir alle etwas dazu beitragen. Aber solange von ministerieller Seite hier nicht mehr geliefert wird, als gegen Berlin und gegen Rösler zu ballern, sehe ich dazu keinen Anlass.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Nemeth
CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Schoch.

Abg. Alexander Schoch GRÜNE: Herr Glück, ich muss mich über Ihre Frage nach dem Energiekonzept wirklich wundern. Denn das haben wir auch immer schon von Ihnen erwartet, und Sie haben keines entwickelt.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das stimmt nicht!)

(Alexander Schoch)

Wir haben jetzt überhaupt erst die Rahmenbedingungen geschaffen, um in die regenerativen Energien einsteigen

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und dafür sorgen zu können, dass wir dadurch auch zu einem vernünftigen Energiekonzept kommen. Dieses Energiekonzept – das hat unser Minister schon dargelegt – wird kommen.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wann?)

Darüber brauchen Sie sich gar keine Gedanken zu machen.

Ich denke, es ist wichtig, an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich zu sagen: Wir brauchen natürlich auch auf Bundesebene entsprechende Rahmenbedingungen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist Voraussetzung!)

die es begünstigen, dass die regenerativen Energien auch hier ausgebaut werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Wirtschaft auf vernünftige Rahmenbedingungen stößt und dass nicht im Endeffekt die Verbraucher für das Ganze zahlen müssen, dass also die energiestarken Branchen nicht noch über die Verbraucher subventioniert werden.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Warten wir halt ab!)

Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen.

Zu der Bemerkung hinsichtlich des – so sage ich einmal harmlos – Weggangs von Villis möchte ich sagen: Ich denke, Villis hat von sich aus entschieden, zu gehen, und verlängert den Vertrag nicht mehr. Das sollte man akzeptieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die einen sagen so, die anderen sagen so!)

Sie sollten da nicht im grauen Bereich spekulieren; das halte ich für wichtig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie meinen, man sollte Verständnis haben?)

Sie werden sehen – das glaube ich –, dass die EnBW wieder in vernünftiges Fahrwasser kommt. Die EnBW wird es als Konzern – ich habe Erfahrungen in diesem Bereich –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Waren Sie auch in dem Konzern, oder was?)

auch wieder schaffen, eine Unternehmenspolitik zu machen, die in die Rahmenbedingungen passt, die wir hier schaffen, wobei wir insbesondere auf regenerative Energien und die Energiewende setzen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Damit ist die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Den Schwung der Volksabstimmung nützen – eine neue Ära direkter Demokratie für unser Land – beantragt von der Fraktion der SPD

Wiederum gilt: Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Redezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Zudem verweise ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung, wonach die Aktuelle Debatte in freier Rede zu führen ist.

Das Wort hat Herr Kollege Stoch für die SPD-Fraktion.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat sich entschieden, für heute nochmals eine Aktuelle Debatte zum Thema Bürgerbeteiligung zu beantragen, und zwar vor dem Hintergrund der Volksabstimmung, die im Land Baden-Württemberg am 27. November 2011 stattgefunden hat.

Gestatten Sie mir zunächst, dass ich namens der SPD-Landtagsfraktion all denen meinen herzlichen Dank zum Ausdruck bringe, die dafür gesorgt haben, dass diese Volksabstimmung am 27. November 2011 zu einem Thema, das in unserer Gesellschaft sicherlich umstritten war und ist, ein so großer Erfolg wurde. Verglichen mit den Beteiligungen an vorhergehenden Volksabstimmungen und mit der Wahlbeteiligung auf Bundesebene, auf Landesebene und auf kommunaler Ebene ist die Beteiligung an dieser Volksabstimmung ein sehr ermutigendes Signal. Ich bedanke mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die daran teilgenommen haben, und ich bedanke mich ebenso bei allen, die dazu beigetragen haben, dass sich möglichst viele Menschen an dieser Volksabstimmung beteiligten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und für das Ergebnis können Sie sich auch bedanken!)

Gleichzeitig –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir bedanken uns für das Ergebnis!)

ich denke, da stimmen Sie mir ebenfalls alle zu – ist damit für uns, die SPD-Landtagsfraktion, die wir diese Idee im vergangenen Jahr auf die Agenda gesetzt haben, eine große Hoffnung in Erfüllung gegangen, indem dieses sehr emotional diskutierte Thema – heute, zweieinhalb Wochen nach der Durchführung der Volksabstimmung, können wir dies sagen – deutlich entemotionalisiert wurde.

Ich bedanke mich auch bei denen, deren Ziel es gewesen war, das Ja zum Ausstieg zu erreichen, dass sie als Demokraten das Ergebnis der Volksabstimmung akzeptiert haben. Ich bin daher sehr zuversichtlich, dass wir dieses Thema auch in Zukunft in diesem Haus sachlich weiterbehandeln können. Vielen Dank!

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der CDU: Das werden wir sehen!)

Wir wollen heute aber nicht allein über die Volksabstimmung vom 27. November reden, sondern wir wollen über die Frage reden: Was für eine Auswirkung hat diese Volksabstimmung mit ihren ermutigenden Signalen auf die weitere Entwicklung unseres demokratischen Systems in Baden-Württemberg, aber auch über Baden-Württemberg hinaus?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte etwas voranstellen: In der laufenden Debatte macht sich hin und wieder ein Zungenschlag bemerkbar, der mir nicht gefällt. Wir können zu Recht stolz auf unser repräsentatives demokratisches System sein, das nach dem Zweiten Weltkrieg gewachsen ist und das uns, wenn wir es im weltweiten Vergleich betrachten, noch immer eine Vorbildfunktion in puncto politischer Stabilität gibt.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP: Richtig!)

Wir müssen aber auch – ich glaube nicht, dass hier ein Widerspruch besteht – überprüfen, ob im Hinblick auf diese Stabilität des parlamentarischen Systems nicht weitere Elemente zur Bereicherung unserer Demokratie möglich sind, die uns helfen können, die Menschen wieder stärker für das zu interessieren, was in unserem Staat und was in diesem Gemeinwesen passiert.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich an uns alle, die gewählten Vertreter im Landtag von Baden-Württemberg, den Appell richten, mit dem Thema Volksabstimmung zukünftig offen umzugehen. Wir sollten bei diesem wichtigen Thema ohne Denkverbote in einen intensiven Diskussionsprozess treten, der nicht von Bedingungen gekennzeichnet ist und der auch nicht von Angst geprägt ist, sondern der es uns in unserem Wissen um die Stabilität unseres Systems möglich macht, Elemente der Partizipation, der direkten Demokratie in unsere Verfassung zu bringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir tun dies nicht ohne Grund. Ich glaube, Sie werden mir in meiner Analyse zustimmen, dass wir in den vergangenen Jahren durchaus eine gewisse Entfremdung des einzelnen Menschen, der Mitglieder unserer Gesellschaft, von dem wahrnehmen können, was als Staat oder als Gemeinwesen definiert wird. Dies kann uns Parlamentariern nicht gefallen. Es kann uns nicht gefallen, wenn der Einzelne nicht mehr das Gefühl hat, er sei Teil eines Gemeinwesens, sondern wenn der Staat als Neutrum, als etwas Abstraktes empfunden wird, zu dem es keine feststellbare Verknüpfung gibt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir von der CDU sind direkt gewählte Volksvertreter!)

Denn der Einzelne muss das Gefühl haben – darauf baut unser System auf –, dass er Teil dieses Gemeinwesens ist und dass er nicht nur Rechte hat, die er gegenüber diesem abstrakten Neutrum geltend macht, sondern dass er auch Verpflichtungen hat.

Die Erfahrungen im Umfeld der Volksabstimmung am 27. November haben es gezeigt: Manchmal ist es leichter, größere

Akzeptanz für politische Entscheidungen zu finden, wenn wir, die Parlamentarier, das Selbstbewusstsein haben, zu sagen: Der Souverän selbst, das Volk, soll über wichtige Fragen selbst entscheiden können. Das steht für mich nicht im Widerspruch zu einem starken parlamentarischen System, sondern ist die logische Folge und damit auch ein Ausdruck des Mutes des Parlaments, wenn es darum geht, in die Zukunft zu gehen – und zwar nicht in einem Gegenüber zum Bürger, sondern gemeinsam mit den Bürgern, den Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen bitte ich alle, die an diesem Prozess mitwirken möchten, dies aktiv zu tun und nicht durch Einflechten von Bedingungen diesen Prozess der offenen Beratung zu behindern. Daher halte ich es nicht für zielführend, wenn nun beispielsweise vonseiten der CDU-Fraktion vor Kurzem gesagt wurde: „Wir werden dann in Verhandlungen eintreten, wenn wir sehen, dass sich die Landesregierung bzw. die Regierungskoalition an das Votum des Volkes halten, was die Umsetzung von Stuttgart 21 angeht.“ Sie werden immer ein Argument finden, um zu sagen: „Jetzt warten wir erst einmal ein paar Jahre ab, bis sich dieses oder jenes erwiesen hat.“

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ihr seid auf Bewährung! Das ist eine Bewährungschance!)

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam hier in diesem Parlament – ich halte die Parlamentarier auch ein Stück weit für die Hüter der Verfassung –, gemeinsam mit allen vier Fraktionen, ein Modell für die Zukunft entwickeln,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir auch, aber ihr müsst euch beweisen!)

das es uns möglich macht, auch in Zukunft als selbstbewusste parlamentarische Demokratie den Menschen gegenüberzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf von der SPD: Richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang finde ich es auch nachteilig und negativ, wenn vom Verein „Mehr Demokratie e. V.“, der die Idee einer verstärkten Bürgerbeteiligung ebenfalls auf seiner Agenda hat, im Nachgang zur Volksabstimmung gesagt wurde: „Diese Volksabstimmung war von vornherein unfair.“ Wir haben eine geltende Verfassung.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss man manchen Menschen immer wieder sagen!)

Wir sollten, wenn wir politische Entscheidungen treffen, den Menschen immer klarmachen, dass diese auf der Basis von Recht und Verfassung getroffen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Deswegen halte ich auch den Zungenschlag, der sich beim Verein „Mehr Demokratie e. V.“ eingeschlichen hat, für verfehlt. Ich glaube, wir reden die Erfahrungen und das Ergeb-

(Andreas Stoch)

nis der Volksabstimmung klein, wenn wir sagen, diese sei von vornherein unfair gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Deswegen mein abschließender Appell an alle vier Fraktionen in diesem Haus: Lassen Sie uns dieses ermutigende Signal aus der Volkabstimmung als Auftrag verstehen, dass wir uns nicht in ferner Zukunft, sondern bereits mit Beginn des kommenden Jahres gemeinsam in einer Kommission mit der Frage beschäftigen: Wie kann Bürgerbeteiligung, wie kann Beteiligung des Volkes an demokratischen Prozessen in Baden-Württemberg in Zukunft aussehen?

Dass die Kommunen dies längst verstanden haben und dieses Instrument auch sehr erfolgreich praktizieren – ich zeige als Beleg dafür nur einmal das Sonderheft des Gemeindetags zum Thema „Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene“ –,

(Der Redner hält ein Exemplar der Zeitschrift „Die Gemeinde“ hoch. – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist gut!)

halte ich für sehr ermutigend. Lassen Sie mich ein Beispiel anführen: Die Gemeinde Dischingen, aus der Kollege Hitzler kommt, hat am Tag der Volksabstimmung gleichzeitig eine Bürgerbefragung zu der Frage durchgeführt, ob die Bürger von Dischingen für den Bau von Windkraftanlagen auf der Gemarkung Dischingen sind. Dabei gab es eine hervorragende Beteiligung, die nach meiner Information über 60 % lag, und eine große Mehrheit der Bürger haben gesagt: Wir wollen das.

Wir müssen lernen, die Menschen frühzeitig in Entscheidungen einzubinden, um die Akzeptanz für demokratische Entscheidungen zu erhöhen. Das muss in unser aller Interesse liegen. Deshalb freue ich mich auf die hoffentlich zielführende Diskussion mit Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 2010 hat eine Studie der Bertelsmann Stiftung ein durchaus bedenkenswertes Ergebnis erbracht: 70 % der Deutschen haben kein Vertrauen mehr in die Politik und in die Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Stoch, ist es natürlich naheliegend, zu sagen: Wir brauchen mehr politische Beteiligung; wir brauchen Selbstbestimmung der Einzelnen; dies ist der Weg aus dieser Vertrauenskrise.

In Baden-Württemberg mag dies allemal zutreffen. Ich darf Sie persönlich, Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung zitieren:

Dass Baden-Württemberg überhaupt entstehen und sich dann zu einem der leistungsstärksten deutschen Bundesländer entwickeln konnte, haben wir der Volksabstimmung vor 60 Jahren zu verdanken.

Das ist die eine Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren: Eine Volksabstimmung stand am Beginn unseres Bundeslands. Aber auf der anderen Seite stehen natürlich auch die Fakten.

Fakt ist: Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches Bundesland, aber Volksabstimmungen und Volksbegehren haben dazu mit Sicherheit keinen großen Beitrag geleistet, um nicht zu sagen, gar keinen Beitrag geleistet. Es gab in Baden-Württemberg insgesamt vier Volksabstimmungen bzw. Volksbegehren – ich möchte es replizieren –: Das Volksbegehren und die Volksabstimmung im Jahr 1971 zur Verwaltungsreform waren erfolglos, das Volksbegehren zu den ABC-Waffen im Jahr 1985 war unzulässig und ebenfalls erfolglos, und das Volksbegehren zur unmittelbaren Demokratie bei den Gemeinden und Landkreisen im Jahr 2000 war auch erfolglos.

(Zuruf von den Grünen)

Jetzt hatten wir die Volksabstimmung am 27. November 2011. Das Ergebnis war, dass das, was wir von der CDU-Fraktion immer vertreten haben, was in den Parlamenten entschieden worden ist und was die Gerichte bestätigt haben, auch vom Volk so entschieden worden ist. Deswegen war es natürlich in allererster Linie eine politische Niederlage für die Fraktion GRÜNE, aber natürlich auch für die Landesregierung insgesamt. Das wollen wir am heutigen Tag nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Ob es für die SPD ein so großer Erfolg war, Herr Kollege Stoch, dass Sie sagen können: „Wir, die SPD, haben diese Volksabstimmung initiiert“, das wage ich auch zu bezweifeln. Wenn über 50 % der Stimmberechtigten an der Volksabstimmung gar nicht teilnehmen, dann ist das sehr, sehr mager.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:
So ein Quatsch!)

Trotz dieses großen medialen Spektakels, das da gemacht worden ist, ist die Beteiligung relativ gering. Und ob die Befriedungsfunktion eintritt, das werden wir erst noch sehen. Die Parkschützer haben es ja schon abgelehnt, dieses Ergebnis zu akzeptieren. Deswegen wage ich auch zu bezweifeln, dass es für die SPD ein großer Erfolg war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 27. November 2011 haben auch andere Wutbürger abgestimmt, die für den Weiterbau von Stuttgart 21 sind, die gesagt haben: „Wir wollen im Schlossgarten keine Demonstrationen mehr und kein Campen mehr. Wir wollen keine Demonstrationen mehr auf den Straßen.“ Meines Erachtens sollte man auf diese Menschen hören. Die direkte Demokratie ist nicht automatisch eine bessere Demokratie, sondern repräsentative und direkte Demokratie können sich allenfalls ergänzen. Darum meine ich, dass die von Ihnen initiierte Debatte in manchen Dingen vom Thema wegführt.

Sie sagen, man solle den Schwung der Volksabstimmung für mehr direkte Demokratie nutzen. Aber ich glaube, im Ergebnis wollen Sie mehr davon ablenken, dass Rot und Grün die Volksabstimmung verloren haben.

(Zuruf von der SPD: Was?)

(Dr. Stefan Scheffold)

Sie wollen das Ergebnis schönreden, und Sie wollen über den eigenen Abschwung hinwegtäuschen.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe von der SPD:
Nein, nein! – Da klatscht niemand bei Ihnen! – Das glaubt Ihnen auch niemand!)

Ist die direkte Demokratie wirklich die bessere Demokratie? Ein Blick über den Tellerrand hilft vielleicht, um das zu betrachten. In Frankfurt wurde eine neue Landebahn gebaut, in München wird eine neue Landebahn gebaut, in Berlin wird ein neuer Großflughafen entstehen. Überall, wohin wir schauen, gibt es Proteste: vor dem Bau, während des Baus und nach dem Bau. Dazu stellt sich die Frage: Wer trägt eigentlich die Mehrkosten dafür, die juristischen Kosten, die Polizeikosten, die Kosten für die Bauverzögerungen? Das alles sind Konflikte, die bewältigt werden müssen und die Sie nachträglich durch eine Volksabstimmung nicht bewältigen können.

Die entscheidende Frage an die Politik, an die Gesellschaft und auch an uns, an die Parteien, ist: Wollen wir die zusätzlichen Kosten, die durch Volksabstimmungen entstehen – 16 Millionen € sind es in diesem Fall –, immer tragen? Wollen wir, die Gesellschaft, dass zusätzliche Kosten durch die Bauverzögerungen und durch die ganzen Begleiterscheinungen dazukommen? Wollen wir diese Form der Bewältigung des Konflikts und der zusätzlichen Kosten haben? Ich sage für die CDU-Fraktion: So wollen wir das nicht haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Sie haben durchaus die Kurve bekommen, Herr Kollege, indem Sie festgestellt haben, dass es entscheidend darauf ankommt, Beteiligungsverfahren zu entwickeln, die zeitlich vor einer Volksabstimmung ansetzen, mit denen sich Menschen im Vorfeld beteiligen. So sieht das auch die Bundestagsfraktion der SPD, wie den gestrigen Veröffentlichungen in der Presse zu entnehmen war:

Bürgerbeteiligung dürfe nicht nur als Mittel angesehen werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen. Eine Einbeziehung sei daher schon in Vorplanungen nötig, „also bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird“.

Mit dieser Fragestellung, mit dieser Thematik können wir uns einverstanden erklären. Aber dann müssen Sie gleichzeitig die Frage erlauben, was Sie in der Zwischenzeit hierzu getan haben, außer einige Erörterungstermine durchzuführen. Wir haben ganz konkrete Vorschläge hierzu gemacht. Die vorherige Landesregierung hat es auf den Weg gebracht. Sie hat auch eine Bundesratsinitiative in diesem Sinn gestartet. Sie haben sie im Grunde nur mit leeren Worten begleitet. Es käme darauf an, dass Sie diese Fragen gut beantworten und eine gute Politik daraus entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen lassen Sie mich abschließend sagen: Die CDU-Fraktion ist durchaus für mehr Bürgerbeteiligung. Die CDU ist aber für ein schlüssiges Gesamtkonzept, das unsere Gesellschaft trägt, das auch Akzeptanz findet, damit die Menschen, wenn sie dann einbezogen sind, am Schluss der Debatte auch sagen: „Das gefundene Ergebnis akzeptiere ich, trage ich mit,

und ich protestiere nicht nachträglich noch weiter.“ Allein darauf, Herr Kollege Stoch, kommt es an.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Botschaft geht schon einmal von der heutigen Aktuellen Debatte aus: Die CDU sitzt weiter im Bremserhäuschen in Baden-Württemberg, was direkte Demokratie anbetrifft. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei den Grünen)

Sie sind offensichtlich weder willens noch bereit, die richtigen Lehren aus dem 27. November 2011 zu ziehen. Jetzt lassen Sie es sich noch einmal sagen: Die Gewinnerinnen und Gewinner des 27. November sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes Baden-Württemberg, weil sie die Chance ergriffen haben, mit einer erstaunlich hohen Abstimmungseteiligung, Herr Kollege Dr. Scheffold, diesen Konflikt um Stuttgart 21 zu entscheiden. Das ist für die Demokratie ein guter Tag gewesen.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn Sie sich Abstimmungseteiligungen anschauen, dann machen Sie zwei Feststellungen. Es gibt Volksabstimmungen im Zusammenhang mit allgemeinen Wahlen; da gibt es immer eine höhere Abstimmungseteiligung. Und es gibt isolierte Volksabstimmungen; da liegt die Beteiligung der Abstimmungsberechtigten im Bundesdurchschnitt in den letzten Jahren – unabhängig von Quoren; diese sind in Baden-Württemberg besonders hoch – bei durchschnittlich 38 %. Vor diesem Hintergrund ist die Beteiligungsquote von 48 % – also zehn Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt – bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg erstaunlich hoch.

Das Niveau der Debatte in der Bürgerschaft im Vorfeld der Volksabstimmung war sehr hoch. Die Bürgerschaft hat sich qualifiziert über das Pro und Kontra auseinandergesetzt, und sie hat bewiesen, dass sie mit hohem Sachverstand auch komplizierten Sachverhalten folgen kann. Unter dem Strich ist es also ein Gewinn für die Demokratie, und dieses Ergebnis akzeptieren wir. Man kann jetzt nachkarten oder kann sich freuen. Für uns ist entscheidend, dass die Demokratie mit diesem Ereignis einen Schritt nach vorn gekommen ist. Das wollen wir am heutigen Tag noch einmal ganz deutlich festhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt darf die Politik dieses Thema nicht auf die lange Bank schieben. In diesem Ergebnis steckt der klare Auftrag an den Landtag von Baden-Württemberg, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln und dies möglichst rasch und geschlossen zu tun und keine Ebene zu vergessen. Natürlich geht es nach wie vor um die Ebene des Landes Baden-Württemberg. Herr Dr. Scheffold, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir müssen im nächsten Jahr wirklich mit einem konstruktiven Dialog über die demokratische Ausgestaltung von Volksbegehren und Volksabstimmungen beginnen. Das steht seit dem 27. November 2011 unwiderruflich auf der Tagesordnung.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Unser Angebot heute lautet – ich sage es nochmals –: Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Es gibt genug Schnittmengen hier im Hause. Ich bin mir sicher, dass wir mit dem Material, das wir in der 14. Wahlperiode, aber auch schon in dieser Wahlperiode verhandelt haben, genug Stoff haben, um zu einer Einigung zu kommen. Gehen Sie in dieser Frage bitte endlich aus dem Bremserhäuschen heraus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dann kann man sich hier auch nicht hinstellen und sagen: „Die Geschichte des Landes Baden-Württemberg ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben Volksentscheide doch gar nicht gebraucht.“

Es hatte schon etwas leicht Zynisches an sich, als politische Verantwortliche dafür, dass es hohe Quoren gibt, in dem Wissen, dass es für die Bürgerschaft sehr, sehr schwierig ist, sich zu organisieren, um in einem kurzen Zeitraum ein Volksbegehren auf die Beine zu stellen, zu sagen: Das hat es nie gegeben; das haben wir auch nie gebraucht.

Wenn es vernünftige Hürden und vernünftige Spielregeln gegeben hätte, dann – da können wir sicher sein – hätte es das eine oder andere Begehren längst gegeben, auch die eine oder andere Abstimmung, wie es in Bayern oder anderen Bundesländern in sehr strittigen Fragen durchaus üblich ist.

Wir sind uns einig, dass die direkte Demokratie die repräsentative Demokratie, also das Parlamentsgeschehen, nicht ablöst, sondern sie in wichtigen Fragen nur ergänzt und damit zur Belebung und zur attraktiveren Gestaltung unseres gesamt-demokratischen Modells beiträgt, indem die Bürgerschaft mitgenommen wird. Das ist die Aufgabenstellung, das ist der Auftrag, und dazu gehört, dass wir uns endlich zusammenfinden und die Grundsatzdebatten hier im Landtag beenden. Wir sollten im nächsten Jahr gemeinsam die Verfassung ändern. Das ist der Weihnachtswunsch der Koalition an die Opposition.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Vielleicht sind Sie endlich bereit, sich da einmal zu bewegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Begleitumstände und die ganzen Diskussionen haben deutlich gezeigt, wo es Veränderungsbedarf gibt. Wir müssen uns um das Quorum kümmern, und zwar nicht nur um das Quorum bei der Schlussabstimmung, sondern auch um die ganzen Hürden, die es im Vorfeld von Volksabstimmungen im Bereich des Volksbegehrens gibt. Da ist Baden-Württemberg nach wie vor Schlusslicht im bundesweiten Vergleich. Da besteht Reformbedarf.

Da gibt es jede Menge Vorschläge von den Grünen und von der SPD. Das ist ein großes Paket. Es gibt Vorschläge aus der Gesellschaft. Es gibt auch Maßnahmen und Gesetze, an denen sich die CDU in anderen Bundesländern beteiligt hat – auch dort, wo sie mitregiert –, in denen das Volksbegehren und die Volksabstimmung durchaus bürgerfreundlicher gestaltet sind. Es gibt also genug Stoff, um da zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Wir sind sehr sicher und sehr zuversichtlich, dass die Bürgerschaft in Zukunft von neuen Beteiligungsmöglichkeiten Gebrauch machen wird.

Direkte Demokratie, meine Damen und Herren, ist selbstverständlich auch auf anderen Ebenen ein Thema. Das ist auch ein Thema für die kommunale Ebene. Auch dort gibt es nach wie vor Reform- und Vereinfachungsbedarf. Dort gibt es nach wie vor den Bedarf, die Bürgerbegehren und Bürgerentscheide noch bürgerfreundlicher zu gestalten. Es gibt auch die Ebene der Landkreise, bei denen bis zum heutigen Tag solche Beteiligungsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Das sollte uns gemeinsam ein Gespräch wert sein.

Selbstverständlich ist das Thema Bürgerbeteiligung auch bei Planungsvorhaben und wichtigen kommunalen oder landes- oder regionalpolitischen Vorhaben insgesamt von Bedeutung. Da besteht die Aufgabe darin, die Bürgerinnen und Bürger so frühzeitig zu beteiligen, dass der Prozess, um den es geht, oder das Projekt, um das es geht, eine möglichst hohe Legitimation gewinnt. Damit können auch Verbesserungen im Sinne des Projekts erzielt werden.

Das alles steht auf der Tagesordnung. Wir werden seitens der Koalition durch unsere verehrte Staatsrätin im Laufe des ersten Halbjahrs 2012 in diesem Haus konkrete Vorschläge unterbreiten, wie die Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren auf unterschiedlichen Ebenen verbessert und optimiert werden kann. Wir sind gespannt, wie Sie darauf reagieren werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Brauchen wir dann ein Schlichtungsverfahren, Herr Sckerl?)

Das ist unser zweites Angebot, gemeinsam als Landtag von Baden-Württemberg auch in diesem Bereich Verbesserungen auf den Weg zu bringen.

Sie sehen also: Das nächste Jahr bietet für die CDU glänzende Perspektiven, endlich bürgerfreundlich zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Setzen Sie erst einmal den Bürgerwillen um! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir sind direkt gewählt!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Standpunkt der FDP/DVP ist klar und konkret und ist an sich auch ganz schnell auf den Punkt gebracht: Wir sind dafür, das Entscheidungsquorum von einem Drittel auf ein Fünftel abzusenken, also von 33 % auf 20 %. Wir sind weiter dafür, das Eingangsquorum von einem Sechstel auf ein Zehntel zu senken, also von 16,66 % auf 10 %. Das ist unser Standpunkt. Wir würden nicht weniger tun – denn ich glaube schon, dass man etwas tun sollte –, aber wir würden auch nicht mehr tun. Dazu komme ich gleich noch.

Tatsache ist, dass wir im vergangenen Jahr versucht haben – Herr Stoch, Sie haben es zitiert; man sollte noch kurz darauf zu sprechen kommen –, diese Position Wirklichkeit werden zu lassen. Wir sind damals gemeinsam mit unserem Koalitionspartner zu dem Vorschlag gekommen, das Quorum auf 25 % abzusenken. Das war ein ordentliches Angebot. Da kam,

(Dr. Ulrich Goll)

um auf Ihre Wortwahl zurückzukommen, lieber Herr Sckerl, der Weihnachtsmann schon einmal bei Ihnen vorbei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! – Zuruf: Der Osterhase!
– Unruhe bei den Grünen)

– Doch, doch. Verzeihung: Da kam der Weihnachtsmann schon vorbei.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bei Ihnen vor Jahresfrist auch!)

Sie haben gesagt: Der Weihnachtsmann ist nicht 1,90 m groß, er ist nur – und das passt uns nicht – 1,70 m groß.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 1,87 m!)

Dann haben Sie es abgelehnt, und zwar mit dem Argument – –

(Unruhe)

Damit muss man sich, glaube ich, an dieser Stelle einmal auseinandersetzen. Lieber Herr Stoch, Sie sind sehr allgemein geblieben, wohl aus irgendwelchen verhandlungstaktischen Gründen; das ist auch klar. Ich darf das etwas konkreter fassen. Wir wissen genau, was wir wollen, wir wissen genau, was wir angeboten haben, und wir wissen auch, was wir nicht wollen. Sie wollten uns damals sozusagen über das Stöckle springen lassen und haben gesagt: Wir wollen überhaupt kein Quorum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es ging um das Eingangsquorum!)

Das war Ihr Standpunkt: Wir wollen überhaupt kein Quorum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es ging um das Eingangsquorum!)

– Nein, um das Eingangsquorum ging es da weniger, sondern um das Entscheidungsquorum. Gut, Sie können jetzt natürlich versuchen, das zu relativieren, aber im Großen und Ganzen wird hier jeder zustimmen, dass es genau so war, wie ich es beschrieben habe.

Nun würden wir und ich der Abschaffung des Quorums nicht gern zustimmen. Meine Damen und Herren, ich wäre wenig begeistert, sozusagen von jeder Splittergruppe wegen jeder Flause an jedem Sonntag an die Urne genötigt zu werden, nur weil man diesen Gruppierungen keinerlei Mobilisierungsanstrengungen zumuten will. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Ich wäre auch nicht besonders begeistert, alle naselang zu einer Abstimmung gerufen zu werden, die ich selbst bezahlen muss. Seit der Volksabstimmung wissen wir ja, wie teuer so etwas ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das kommt natürlich zu den Kosten für die Parlamente hinzu.

Schon von diesen ersten Überlegungen her verbietet sich eigentlich der Gedanke, lieber Herr Sckerl, dass eine beliebig kleine Gruppe beliebig oft dieses Instrument Volksabstimmung in Gang setzen können soll.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Ich möchte eines sagen: Wir stehen grundsätzlich – dazu sollten wir auch stehen – zu den positiven Aspekten dieses Themas. Eine solche Volksabstimmung kann eine bestimmte Animationsfunktion haben. Ich möchte auch sagen: Die Abstimmung am 27. November habe ich als Abstimmung nicht kritisiert, sondern ich habe immer gesagt: Es ist gut, dass man einmal eine Abstimmung hat. Es ist nur schade, dass über etwas abgestimmt wurde, was es nicht gibt und voraussichtlich nicht geben wird, nämlich über Kündigungsgründe. Das war ein bisschen schade.

Aber ich konstatiere mit Ihnen erfreut: Diese Volksabstimmung hat zu einer Belebung der Demokratie geführt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Diese Volksabstimmung war eigentlich eine für die Demokratie positive Erfahrung. Das dürfen wir aber nicht zum Anlass nehmen, anschließend das Denken ganz abzuschalten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen Entscheidungen durch das Volk – das ist das Ziel –, wir wollen Entscheidungen, die vom Volk getragen werden. Bei einzelnen Projekten kann die Einbindung des Volkes sicherlich zu einer besseren Legitimation führen. Das ist völlig richtig. Auf der anderen Seite geht einem dann zwangsläufig der Gedanke durch den Kopf – das wurde angesprochen –: Wir haben Parlamente, und diese werden, Gott sei Dank, noch immer mit Wahlbeteiligungen von deutlich über 60 % gewählt.

Meine Damen und Herren, es muss natürlich schon eine gedachte Grenze geben, ab der Entscheidungen von Parlamenten, die durch zwei Drittel der Wahlberechtigten gewählt worden sind, eine höhere Legitimation haben als Entscheidungen einer Minderheit, die – ich male das jetzt ein bisschen aus – vielleicht mithilfe einer professionellen PR-Kampagne an irgendeinem Sonntag als Momentaufnahme in Relation zu den tatsächlich abgegebenen Stimmen eine momentane Mehrheit herstellen konnte. In diesem Fall kann doch die Legitimation nicht höher sein,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

abgesehen davon – auch das muss man bedenken –, dass man damit natürlich eher eine kurzatmige Politik belohnt, eine Politik, die sich nicht mit den gesamten Ergebnissen dieser Politik periodisch zur Wahl stellen muss. Auch darin steckt natürlich eine Gefahr, die man im Auge haben muss.

Es gibt weitere Überlegungen, die man nicht ganz beiseiteschieben kann. Nehmen wir Effizienzüberlegungen. In jedem Gemeinderat gibt es einen Technischen Ausschuss, der sich mit Dachgauben, mit Vorbauten und Ähnlichem beschäftigt, weil man sagt: Das muss nicht jedes Mal der gesamte Gemeinderat machen. Schon deshalb muss klar sein, dass das aufwen-

(Dr. Ulrich Goll)

digste Mittel, der Volksentscheid, auch in Zukunft den wirklichen Kernpunkten vorbehalten sein muss.

Wenn ich jetzt alle Argumente Revue passieren lasse, komme ich genau an den Anfang zurück, meine Damen und Herren. Ich würde tatsächlich – das gestehe ich Ihnen zu – den Schwung des Themas nutzen und würde sagen: Lassen Sie uns an den Quoren noch etwas machen, damit die Hürden nicht zu hoch sind, damit es einladender ist, damit es leichter geht. Aber lassen Sie uns auch nicht zu weit gehen, weil man sonst vielleicht etwas Unbedachtes macht, das im Ergebnis nicht zu mehr Legitimation führt.

Im Endeffekt komme ich genau bei dem wieder heraus, was ich am Anfang gesagt habe. Ich würde beim Entscheidungsquorum auf 20 % gehen und beim Eingangsquorum auf 10 %. Für diese Erkenntnis brauchten wir auch nicht unbedingt eine Kommission. Aber ich glaube, dass eine Kommission durchaus noch weitere Aspekte des Themas zutage fördern und behandeln könnte. Darum begrüßen auch wir diesen Vorschlag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Am zurückliegenden Freitag wurde das offizielle Ergebnis der Volksabstimmung vom 27. November festgestellt; am kommenden Freitag wird es im „Staatsanzeiger“ bekannt gemacht. Genau in der Mitte zwischen diesen beiden Terminen führen wir heute die Aktuelle Debatte. Sie haben recht: Die Aufforderung, den Schwung dieser Volksabstimmung zu nutzen, damit wir über eine neue Ära demokratischer Beteiligung in unserem Land nachdenken, und uns hierzu auf den Weg zu machen, passt einfach zum heutigen Tag.

Meine Damen und Herren, auch ich bin der Auffassung: Diese Volksabstimmung am 27. November war ein voller Erfolg, nicht nur wegen des Ergebnisses – das meine subjektive Meinung bestätigt; keine Frage –, sondern auch, weil dieses Ergebnis von allen hier im Haus akzeptiert, wenn auch nicht von allen begrüßt wird. Das finde ich beachtlich. Diese Auffassung habe ich auch im Vorfeld schon geäußert, und sie hat allemal noch Gültigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ein toller Erfolg war die Volksabstimmung aber auch deshalb – da bin ich völlig anderer Meinung als Sie, Herr Dr. Scheffold –, weil eine Abstimmungsbeteiligung von nahezu 50 % für eine Beteiligungsform wie die Volksabstimmung eine gute Quote darstellt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das gibt es sonst nirgends!)

50 % unserer Bürgerinnen und Bürger haben sich für dieses Thema interessiert. Ich denke, dies macht in beeindruckender Weise deutlich, dass sich Menschen in Baden-Württemberg

auch jenseits von Wahlen bei Sachthemen einbringen wollen, dass sie Wert darauf legen, dass ihre Meinung zur Kenntnis genommen wird. Das erwarten sie in Zukunft auch von uns.

Die von der SPD vorgeschlagene und von der Regierungskoalition auf den Weg gebrachte Volksabstimmung war deshalb sinnvoll und notwendig, um eine Situation, die für die Landesregierung zugegebenermaßen schwierig war, die aber auch für die Gesellschaft insgesamt und für die Träger dieser Maßnahme schwierig war, zu befrieden.

Ein kleiner Nachklapp von mir: Ich finde, dass die häufig kritischen Bemerkungen im Vorfeld der Volksabstimmung sowie die in der einen oder anderen Weise geradezu hämischen Bemerkungen, die diesbezüglich gemacht wurden, heute eigentlich noch peinlicher sind, als sie damals schon waren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich will aber trotzdem grundsätzlich sagen: Ich halte unsere repräsentative Demokratie für gut. Sie hat sich bewährt, und ich glaube, es gibt auch keinen großen Streit darüber, dass sie in vielen Bereichen die Voraussetzung dafür war, dass sich die Bundesrepublik Deutschland so entwickelt hat, wie sie sich entwickelt hat. Deshalb werden wir auch an dieser repräsentativen, parlamentarischen Demokratie festhalten. Ich glaube, auch dies ist hier im Haus völlig unstrittig.

Aber – das sollten wir schon zur Kenntnis nehmen – diese repräsentative, parlamentarische Demokratie stößt hin und wieder – ich meine, das ist zunehmend wahrzunehmen – auf Akzeptanzprobleme in Teilen der Bevölkerung. Das dürfen wir bei diesen Diskussionen nicht außer Acht lassen.

(Abg. Heribert Rech CDU: Das liegt aber nicht an der Demokratie!)

Die Menschen möchten sich in eine lebendige Demokratie einbringen, sie möchten mitwirken, sie möchten mitmischen, und sie möchten auch unterhalb der Ebene der Wahlen mitentscheiden können. Ich sage deshalb: Es ist gut, dass die Bürger dies wollen und wünschen, dass sie sich nicht zurücklehnen und das politische Geschehen nur aus der Ferne, vom Fernsehsessel aus betrachten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber dann nicht kandidieren für den Gemeinderat! Wie passt denn das zusammen?)

Häufig wird bemängelt, dass die Bürger meist nur kritisieren, aber nicht unbedingt dazu beitragen, dass sich etwas ändert. Wenn, wie bei dieser Entscheidung, deutlich wird, dass 50 % der Bürgerschaft eben nicht zu dieser Gruppe gehören, sondern dass diese Menschen sich einbringen, mitmischen, mitentscheiden wollen, dann sollten wir das begrüßen und nicht etwa kritisieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich glaube, die bestehenden Akzeptanzprobleme könnten wir minimieren, indem wir neue Formen der direkten Teilhabe schaffen, so, wie wir es vorgeschlagen haben. Im Übrigen hat dies im Grundsatz niemand ernsthaft bezweifelt. Es gibt in Nuancen unterschiedliche Auf-

(Minister Reinhold Gall)

fassungen, wie ich es auch in der heutigen Diskussion wahrgenommen habe.

Ich glaube, wenn wir diesen Weg weiter beschreiten, könnte dies auch dazu beitragen, dass Entscheidungen der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie künftig auch wieder mehr Beachtung finden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Ein Grund hierfür ist meines Erachtens auch, dass die Menschen bei der direkten Demokratie, bei der direkten Teilhabe selbst die Erfahrung machen können, dass auch bei dieser Beteiligungsform am Ende Mehrheitsentscheidungen stehen, die dann zu akzeptieren sind. Sie werden lernen, dass man sich in einen solchen Prozess mit seiner Meinung einbringen kann, dass aber am Ende dieses Prozesses kaum stehen wird, dass sich die subjektive Meinung eines Einzelnen zu 100 % in der Entscheidung wiederfindet. Man lernt, dass die eigene Meinung eine von vielen ist, die mit anderen im Wettbewerb um Akzeptanz steht. Ich denke, auch dies ist ein Lernprozess in einer lebendigen Demokratie, den wir mutig angehen sollten, meine Damen und Herren.

Deshalb, Herr Dr. Scheffold, halte ich die Auffassung, die Sie uns gerade dargelegt haben, so, wie ich sie verstanden habe, für problematisch: „Es interessiert uns nicht, was da vorwärtsgeht; auch in Zukunft soll es möglich sein, große Infrastrukturmaßnahmen dergestalt durchzubringen wie in der Vergangenheit.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit dem Kopf durch die Wand – von dieser Haltung sollten Sie, meine ich, Abstand nehmen. Das kann nicht gut gehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD in Baden-Württemberg haben deshalb im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode mit Recht vereinbart, die repräsentative Demokratie in stärkerem Umfang durch Elemente der direkten Demokratie zu ergänzen oder ein System zu schaffen, in dem in Zukunft beides in einem guten Miteinander funktionieren kann.

Unsere Instrumente hierfür sind Ihnen, glaube ich, weitgehend bekannt. Wir haben schon in der zurückliegenden Legislaturperiode hin und wieder darüber diskutiert. Wir möchten z. B. die Möglichkeit einer Volksinitiative einführen. Hierzu bedarf es in der Tat noch intensiver Beratungen. Dabei spielen verfassungsrechtliche Gründe, aber auch andere Gründe eine Rolle. Wir sollten uns die Zeit nehmen, dies sorgfältig zu prüfen und dann einer Entscheidung zuzuführen.

Im Weiteren, Herr Professor Goll, wurde heute angedeutet, dass wir uns tatsächlich ernsthaft über Hürden bei Volksbegehren unterhalten sollten, insbesondere was das Unterschriftenquorum anbelangt, was die Eintragsfrist anbelangt, was die Sammlung von Unterschriften anbelangt und, und, und. Ich will darauf hinweisen, meine Damen und Herren: Es wird wichtig sein, dass wir uns über diese Quoren unterhalten. Denn auch bei den zurückliegenden Volksabstimmungen, wenn es um die Änderung von Gesetzen ging – auch wenn die Fragen positiv formuliert waren, das heißt, wenn man sich positiv äußern wollte –, stellte das geltende Quorum eine ho-

he Hürde dar. Die Gefahr ist also relativ groß – selbst bei solchen „positiven“ Bürgerbewegungen –, dass dieses Quorum tatsächlich nicht erreicht wird. Das heißt, meine Damen und Herren, das Quorum scheint bei der jetzigen Gesetzeslage prinzipiell so gut wie unerreichbar zu sein, egal, wie die Fragestellung lautet. Deshalb sollten wir uns tatsächlich bewegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Koalitionsfraktionen – das wurde von Uli Sckerl und von Andreas Stoch angedeutet – werden daher jetzt Gespräche mit Ihnen, der Opposition, aufnehmen mit dem Ziel, bei all diesen Fragen eine einvernehmliche Lösung zu erzielen und einen gemeinsamen Weg hin zu mehr Demokratie zu finden.

Ich biete den vier Fraktionsvorsitzenden auch an, dass das Innenministerium, das in diesem Fall das federführende Ressort ist, zu Beginn des kommenden Jahres abseits der vorgeschlagenen Kommission gemeinsam mit Ihnen und Staatsrätin Erler in unserem Haus ein Grundsatzgespräch führt, um damit der geplanten gemeinsamen Kommission eine Basis zu bieten. Ich bitte Sie, dieses Angebot anzunehmen. Denn ich glaube, dass es auch hier im Haus niemanden mehr gibt, der sich dem Wunsch der Menschen in Baden-Württemberg nach mehr Beteiligung ernsthaft widersetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, über die Landesthemen hinaus wird es auch darauf ankommen, dass wir insbesondere dort, wo Demokratie direkt erlebt wird, wo sich die Menschen, wenn man so sagen will, „hautnah“ mit bestimmten Themen auseinandersetzen, das heißt also, auf der kommunalen Ebene, die bestehenden Instrumentarien der direkten Demokratie modifizieren, sie moderner und zeitgemäßer ausgestalten. Da hinken wir inzwischen anderen Bundesländern hinterher. Früher war Baden-Württemberg bei der direkten Demokratie auf der kommunalen Ebene Vorreiter. Ich finde, wir sollten mindestens aufholen, wir sollten aber auch, sofern dies an der einen oder anderen Stelle möglich ist, in diesem Bereich wieder eine Vorreiterrolle übernehmen.

Natürlich wird sich dies auch auf die Ebene der Landkreise auswirken müssen. Denn gerade dort werden Entscheidungen gefällt, die für die Menschen wichtig sind, an denen sie teilhaben wollen. Krankenhausstrukturen, ÖPNV, Abfallverwertung und Ähnliches: Ich weiß, das sind alles schwierige Themenbereiche, die vielleicht auch schwierig zu handhaben sind; aber es sind auch Themenbereiche, die die Menschen interessieren und bei denen sie sich direkt einbringen wollen.

Meine Damen und Herren, auch den Themenkatalog für Bürgerbegehren, für Bürgerentscheide auf der Gemeindeebene sollten wir auf den Prüfstand stellen. Da gibt es die eine oder andere Baustelle, meine ich, insbesondere wenn wir über Themen wie Bauleitplanung, das heißt Infrastrukturprojekte auf kommunaler Ebene, reden. Auch bei all diesen Entscheidungen sind wir, glaube ich, gut beraten, die Menschen möglichst frühzeitig mitzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein letztes Wort zum Informationsfreiheitsgesetz, meine Damen und Herren, denn auch dies hat mit Bürgerteilhabe, mit

(Minister Reinhold Gall)

Transparenz öffentlicher Entscheidungen zu tun. Auch dieses Gesetz hat uns im Landtag schon beschäftigt. Ich kündige an: Es ist uns wichtig und muss uns wichtig sein, den Zugang zu öffentlichen Entscheidungen für die Bürger zu verbessern und noch transparenter zu gestalten. Wir werden die Evaluation des Informationsfreiheitsgesetzes des Bundes, die im kommenden Jahr stattfinden soll, abwarten und die Ergebnisse dann auf Landesebene in ein Informationsfreiheitsgesetz münden lassen. Auch dies steht auf der Agenda der Themen, die wir im kommenden Jahr, spätestens aber, was dieses Thema anbelangt, 2013 angehen möchten.

Weil es angesprochen wurde – ich glaube, von Ihnen, Herr Dr. Scheffold –, weise ich noch darauf hin, dass derzeit eine Projektgruppe unter der Federführung von Frau Staatsrätin Erler an der Entwicklung eines Leitfadens für eine neue Planungs- und Beteiligungskultur arbeitet. Auch diesbezüglich werden wir im Frühjahr nächsten Jahres erste Eckpunkte und Ergebnisse vorlegen können.

Herr Dr. Scheffold, eine Antwort noch auf Ihre Frage: Wie sieht es denn mit der Bürgerbeteiligung beim Planfeststellungsrecht aus? Wie kann dort eine stärkere Berücksichtigung von Bürgerinteressen stattfinden? Sie haben richtigerweise gesagt – das hat auch niemand bestritten –, dass die vorherige Landesregierung hier auf Bundesratsebene initiativ geworden ist. Fakt ist: Der Bundesrat arbeitet im Moment an einer entsprechenden Gesetzesvorlage. Daran beteiligen wir uns intensiv. Wir werden, denke ich, diesen Entwurf seitens des Bundes, des Bundesrats im Frühjahr vorliegen haben und dann auch bei uns im Parlament darüber diskutieren.

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Es handelt sich um ein komplettes, ein großes Maßnahmenbündel, das wir angehen wollen. Ich bitte Sie einfach: Gehen Sie diesen Weg mit. Lassen Sie uns inhaltlich diskutieren, auch an der einen oder anderen Stelle streiten, aber diesen Prozess auf jeden Fall konstruktiv begleiten, sodass wir im Jahr 2012 eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg bringen können und möglichst gemeinsam verabschieden können – hin zu mehr Demokratie, zu einer lebendigen Demokratie auch in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Punkt 3 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf. Die Fraktionen sind übereingekommen, Punkt 4 der Tagesordnung zu ergänzen und wie folgt zu fassen:

a) Antrag der Fraktion der CDU – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung der Umstände um den Kaufvertrag vom 6. Dezember 2010, in welchem die Neckarpri GmbH 45,01 Prozent der Aktien der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) erworben hat, und Aufarbeitung der Vorgehensweise der Landesregierung im Rahmen der Neuausrichtung der EnBW (EnBW-Untersuchungsausschuss)“ – Drucksache 15/1015

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Thema „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg und seine Folgen (EnBW-Deal)“ – Drucksache 15/1018

c) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses

Sie stimmen dieser Ergänzung von Punkt 4 der Tagesordnung zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben folgende Reizeiten vereinbart: für die Begründung je fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zunächst spricht zur Begründung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1015, Herr Abg. Peter Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beraten und hierzu einen Beschluss fassen, haben wir seitens der CDU-Fraktion ein Ziel erreicht, nämlich keine weitere Verzögerungstaktik und keine politischen Spielchen seitens der Regierungsfaktionen mitzumachen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg.
Helmut Walter Rüeck CDU: Die Reaktionen zeigen:
Es hat getroffen!)

Meine Damen und Herren, seit Monaten läuft die Diskussion über die EnBW und den Aktienrückkauf. Die frühere Landesregierung hat vor ziemlich genau einem Jahr die Möglichkeit genutzt, die von der EdF gehaltenen Anteile an der EnBW zurückzukaufen. Seit dieser Entscheidung sind zwölf Monate vergangen. In diesen zwölf Monaten haben sich Rahmenbedingungen der Energieversorgung und Strukturen verändert. Auch die Regierungsmehrheit hat sich verändert. Was sich nicht verändert hat, ist die Tatsache, dass die Energie Baden-Württemberg der Versorger unseres Landes ist und bleiben soll. Diesen dürfen wir im Interesse des Landes auch jetzt nicht im Stich lassen.

In den vergangenen Monaten hat die neue Regierung mit aller Kraft versucht, die EnBW in den Schlagzeilen zu halten, leider aber nicht in positivem Sinn, leider nicht – so, wie es ihre Pflicht wäre – mit Vorschlägen, wie man die EnBW beim Umstieg im Bereich der erneuerbaren Energien als Vorzeigunternehmen gestalten könnte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ihre Absicht – da spreche ich vor allem auch den grünen Teil der Regierung an – lag und liegt nur darin, die Negativschlagzeilen zu mehren – weil Ihnen die EnBW in der jetzigen Form ein Dorn im Auge ist. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungspartner sind sich in der Frage nach der Strategie des Unternehmens längst nicht einig. Die Grünen – das passt natürlich auch in die Strategie der Verzögerung, der Vernebelung, des Schlechtmachens –

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

wollen langfristig eine Zerschlagung dieses Konzerns.

(Peter Hauk)

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist Quatsch! –
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hauks Märchen-
stunde!)

Die Forderungen Ihres Umweltministers, die Netz AG zu verkaufen, die willkommene Aufnahme der Forderungen des VKU, die Regionalnetze im Prinzip abzuspalten und zu verkaufen, deuten letztlich genau auf diese Strategie hin, die Sie hinsichtlich der EnBW verfolgen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dagegen waren die Sozialdemokraten – das muss man ihnen zugestehen – von Anfang an dafür, dass das Land die Anteile zurückkauft. Sie haben diese Meinung zwischendurch einmal geändert, aber Sie waren von Anfang an dafür und haben auch immer angekündigt, dass Sie das Unternehmen natürlich

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

in Landesbesitz halten wollen, ja dass Sie nicht einmal daran denken, Seiteneinsteigern den Zutritt zu gewähren und aus strategischen Gründen unter Umständen auch wieder Anteile an baden-württembergische Unternehmen abzugeben.

Meine Damen und Herren, diese Diskrepanz schon allein bei der Strategie der Regierungsfractionen

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und der Regierung ist offensichtlich. Sie wollen diese Diskrepanz übertünchen, indem Sie versuchen, die damaligen Vorgänge zum Ankauf im Nachhinein zu skandalisieren. Das ist doch Ihr einziges Bestreben.

(Zuruf von den Grünen: Das haben Sie selbst getan!
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Spuren zu ver-
wischen wird Ihnen nicht gelingen, Herr Hauk!)

Meine Damen und Herren, ungeachtet der Mitarbeiter und der Bedeutung der EnBW für das ganze Land verfolgen Sie eigene Interessen. Diese liegen nicht darin, beispielsweise auch beim Thema Aktienrückkauf für Klarheit zu sorgen und zur Aufklärung beizutragen. Die Story belegt es: Am 7. Dezember 2010 hat Winfried Kretschmann sich wie folgt geäußert – ein wörtliches Zitat, Herr Präsident –:

Der überraschende Rückzug der EdF bei der EnBW bietet auch Chancen für Baden-Württemberg – und diese Chancen müssen wir als Land nutzen.

Nils Schmid meldete sich bereits am Vortag vor der Debatte am 6. Dezember 2010 wie folgt zu Wort – ein wörtliches Zitat; ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

Wenn das Land die Anteile in der Hand behält, kann es die Energiepolitik entscheidend beeinflussen.

Diese große Begeisterung währte nicht sehr lange. Mit großem Getöse haben Sie noch vor der Landtagswahl – wenn auch spät – Ihre Haltung geändert. Eine Klage vor dem Staatsgerichtshof wurde angekündigt, doch zunächst einmal ist nichts passiert. Erst nach langem Zögern wurde die Klage eingereicht. Der Staatsgerichtshof hat eine Klärung herbeigeführt und eine unklare Rechtslage geklärt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Man nennt das „Ver-
fassungsbruch“! Sie haben ja gar nichts gelernt! –
Unruhe bei der SPD)

Die Rechtslage war unklar; denn der damaligen Landesregierung kann man nicht vorwerfen, sie hätte die Problematik, den Kauf mit bzw. ohne Parlamentsvorbehalt durchzuführen, nicht genau geprüft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Natürlich!)

Die CDU-Fraktion erkennt dieses Urteil ohne Wenn und Aber an.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

– Das ist auch nicht neu. Ich freue mich über Ihren Beifall.

(Zuruf: Was wäre die Alternative?)

Für uns steht fest, dass wir aus heutiger Sicht sicherlich ein anderes Verfahren wählen würden.

(Zuruf von den Grünen: Der positive Einfluss von
Herrn Wolf!)

Seit Wochen kochen von ganz unterschiedlichen Seiten die Spekulationen im Zusammenhang mit der EnBW und dem Aktienankauf hoch. Seit Wochen fordern wir hierzu Aufklärung. Was tut die Regierung? Ob man einen Untersuchungsausschuss wolle, wüssten die Fraktionen nicht so recht. Erst sagen Sie, die Aktenlage reiche dafür nicht aus. Dann sagen Sie, dies müsse vielleicht doch überlegt werden; zunächst aber werde auf einen Regierungsbericht gewartet.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wann auch immer ein solcher Bericht kommen mag – wer bereits ein Dreivierteljahr lang an der Regierung ist, wird doch auch in der Lage sein, irgendwann einmal einen Regierungsbericht über eine schon längst abgeschlossene Handlung zu verfassen. Dann heißt es, der Rechnungshof solle die Angelegenheit noch prüfen. Der Rechnungshof prüft die Angelegenheit. Es wird angekündigt, das Ergebnis werde abgewartet, und dann werde man sich überlegen, ob ein Untersuchungsausschuss überhaupt notwendig sei.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So geht das nicht!)

Meine Damen und Herren, wer so dilatorisch vorgeht, hat kein Interesse an Aufklärung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Stimmt!)

Vielmehr hat er ein Interesse daran, die Dinge in der Kurve zu halten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler
GRÜNE: Weinen Sie doch nun keine Krokodilstränen!)

Hinzu kommt noch, dass dem ehemaligen Regierungschef keine Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht gewährt wird. Das ist übrigens keine neue Frage; diese Frage stellt sich bei jedem Untersuchungsausschuss. Das ist kein extraordi-

(Peter Hauk)

näres Handeln der Regierung. Innerhalb eines Dreivierteljahrs hätte man dies bereits prüfen können. Es ist aber nicht geprüft worden. Erst jetzt, Anfang der Woche, so hört man, sei eine Kanzlei damit beauftragt worden, dies zu prüfen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Das ist interessant. Ich kann nur sagen: Verzögerung, dilatorisches Handeln, null Interesse an Aufklärung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine Damen und Herren, Sie spielen auf Zeit. Sie taktieren und sondieren, wie Sie daraus den größtmöglichen politischen Nutzen für sich ziehen können. Ihnen geht es nicht um eine ehrliche Aufklärung und eine Klarstellung der Sachverhalte;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Ihnen geht es vielmehr um politisches Taktieren und Verzögerung. Sie verfolgen eine Vernebelungstaktik, um ein Stück weit vom eigenen Handeln abzulenken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dazu steht etwas in unserem Antrag!)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir diesen Weg gewählt, nachdem auch sozusagen „unterschwellige“ Angebote unsererseits zur Aufklärung abgelehnt wurden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Unterschwellig“? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Welche Angebote denn?)

– Wir hatten Ihnen ein Streitgespräch angeboten, wir hatten Ihnen angeboten, das Thema in einer öffentlichen Ausschusssitzung

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das macht man eigentlich nicht!)

bzw. unter Hinzubeziehung von Experten und anderen Menschen, die darüber Bescheid wissen können, zu diskutieren. All dies haben Sie rundherum abgelehnt. Sie haben gesagt: „Ein Untersuchungsausschuss soll es dann schon sein.“ Aber wann denn? Im Februar, Herr Schmiedel? Da wäre es schon längst an der Zeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie hätten einen Antrag stellen können!)

Meine Damen und Herren, wer ein Dreivierteljahr später noch nicht weiß, wie und wann er was erledigen will, dem geht es wirklich nur um politische Taktik und nicht um Aufklärung. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dann ist es denen auch nicht wichtig!)

Nachdem Sie es nicht wollen, wollen wir es, und zwar zeitnah. Egal, mit welchen Verfahrenstricks Sie heute verfahren

– sie liegen auf der Hand bzw. auf dem Pult –, einen Erfolg werden wir sicherlich haben:

(Abg. Helen Heberer SPD: Trickereien sind die nachträglich verfassten Protokolle! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zunächst brauchen wir einen Regierungsbericht!)

Der Untersuchungsausschuss wird heute eingesetzt werden. Er wird auch unverzüglich tagen, damit die Aufklärung unverzüglich geleistet werden kann. Sie werden beweisen können, meine sehr verehrten Damen und Herren von Grünen und SPD, ob Sie dann auch an einer zügigen Aufklärung interessiert sind oder ob es Ihnen noch immer um Verzögerung und Vernebelung geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann zur Begründung des gemeinsamen Antrags der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und möglicherweise auch gleich zur Aussprache.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede von Herrn Kollegen Hauk war ein reines Ablenkungsmanöver.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Er wollte davon ablenken, dass die CDU innerhalb weniger Tage eine Kehrtwende um 180 Grad vollzogen hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das müssen Sie erklären! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Flucht nach vorn!)

Es ist noch nicht so lange her, Herr Kollege Hauk, da haben Sie gesagt – es war gerade wieder bei der dpa nachzulesen –:

Ich weiß nicht, worum sich ein solcher Ausschuss drehen sollte.

Das haben Sie noch vor Kurzem gesagt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Ingo Rust SPD: Jetzt weiß er es!)

Dann kam eine überraschende Wende. Zum einen hat der ehemalige Ministerpräsident Stefan Mappus angekündigt, er würde jetzt doch gern aufklären und gern zu dem Deal, den er maßgeblich eingefädelt hat, aussagen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Haben Sie Angst davor? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Davor haben Sie Angst! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein!)

Zum anderen konnten wir am letzten Sonntag in einer dpa-Meldung lesen – ich glaube, das ist das, was Sie mit „seit Wochen“ gemeint haben; es war aber am Sonntag –, dass die Aufforderung kam, wir bräuchten jetzt einen runden Tisch. Ich kann Ihnen sagen: Die Einladung dafür kam am Montag, 12. Dezember 2011, um 13:59 Uhr bei uns an. Das war vorgestern, Herr Kollege.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kaffeeklatsch! –
Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zum Kaffee trinken! –
Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn
der Drexler den Kuchen mitbringt!)

Von „seit Wochen“ kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben sehr lange die Strategie verfolgt, in diesem Fall brauche man nichts zu untersuchen; Sie dachten „Augen zu und durch“. Das war Ihre Devise selbst nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs, als klar und deutlich festgestellt wurde, dass der Kauf von EnBW-Aktien am Parlament vorbei verfassungswidrig war. Auch zu diesem Zeitpunkt haben Sie Ihr Handeln noch immer verteidigt und gesagt, politisch sei alles richtig gewesen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Verfassungsbruch!)

Diese Auffassung haben wir von Anfang an nicht geteilt, meine Damen und Herren. Ein runder Tisch ist wirklich nicht das richtige Gremium, um diese Affäre aufzuklären. Das richtige Instrument ist ein Untersuchungsausschuss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Jetzt sind wir immerhin an dem Punkt, dass auch Sie einen Untersuchungsausschuss wollen. Allerdings stellen wir bei Ihnen keinen Willen zur Aufklärung fest, sondern lediglich eine neue taktische Ausrichtung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no!)

Herr Kollege Hauk, Sie können im Untersuchungsausschuss beweisen, dass Sie wirklich an einer Aufklärung der Umstände des EnBW-Deals interessiert sind.

Wir haben erstaunt zur Kenntnis genommen, dass in Ihrem Antrag keine einzige Frage zum Thema Parlamentsvorbehalt formuliert ist. Das ist doch eine der ungeklärten Fragen. Vor Kurzem ist wieder eine E-Mail aufgetaucht, in der steht, dass bereits im Herbst 2010 spekuliert wurde, wer dafür war, dass das Parlament an der Entscheidung beteiligt wird, und wer dagegen war. Das ist eine zentrale Frage, die geklärt werden muss.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Also stellen wir fest, dass Ihr Antrag nicht durchdacht ist. Wir haben Ihnen angeboten – das hätten wir gern gemacht – einen gemeinsamen Antrag auf den Weg zu bringen. Dass Sie dazu nicht bereit sind, ist bedauerlich. Es ist auch insofern bedauerlich, als wir Ihren Antrag für rechtlich fraglich halten. Das tun wir aus gutem Grund. Lassen Sie mich aus einer Pressemitteilung des Staatsgerichtshofs zitieren; damals ging es um die Frage nach einem Untersuchungsausschuss zum Verkauf von Handschriften. Dazu hat der Staatsgerichtshof festgestellt – Zitat –:

Die Kontrollkompetenz eines Parlaments gegenüber der jeweiligen Regierung bezieht sich grundsätzlich nur auf bereits abgeschlossene Vorgänge und enthält nicht die Befugnis, in laufende Verhandlungen und Entscheidungsvorbereitungen einzugreifen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Leider, leider! – Abg.
Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist abgeschlossen!
Natürlich!)

Dieses Kriterium erfüllt Ihr Antrag in vielen Teilen nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In dieser Pressemitteilung des Staatsgerichtshofs heißt es weiter:

Das Parlament hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Einsetzungsantrags zu prüfen und einen mit der Verfassung nicht zu vereinbarenden Antrag abzulehnen.

Um diese rechtliche Prüfung einzuleiten, ist es notwendig, Ihren Antrag an den Ständigen Ausschuss zu überweisen, damit dieser die Prüfung vornehmen kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Bernd
Hitzler CDU: Spiel auf Zeit! – Abg. Helmut Walter
Rüeck CDU: Jede Woche der Verschleppung scheint
Ihnen gutzutun! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:
Sie wollen nicht aufklären!)

Wie gesagt: Es ist nicht nur ein Recht des Parlaments, sondern es ist die Pflicht des Parlaments, dies zu tun.

Ich kann Sie nur auffordern: Wenn Sie an einer gründlichen Aufklärung interessiert sind – das haben Sie gerade darzustellen versucht; überzeugend war es nicht –, dann haben Sie hier und heute die Möglichkeit, unserem Antrag zuzustimmen. Dann können wir die Vorgänge, die zur Zeit dieses Deals vor einem Jahr tatsächlich abgelaufen sind, endlich aufklären. Der ehemalige Ministerpräsident hat die Möglichkeit, seinen Willen zur Aufklärung und seinen Willen, die Karten endlich auf den Tisch zu legen, unter Beweis zu stellen. Wir sind der Öffentlichkeit die Aufklärung schuldig. Diese geht bei uns nicht nach dem Motto, „schnell, schnell irgendetwas vom Tisch zu wischen“, sondern diese Aufklärung muss gründlich, lückenlos und sorgfältig sein. Dafür werden wir sorgen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Sie versuchen es schon wieder!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit Manuskript und ohne Rechner!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Untersuchungsausschuss orientiert sich hinsichtlich seiner Arbeitsweise an den Regeln der Strafprozessordnung. Das unterscheidet ihn auch von dem runden Tisch, den Sie, Herr Kollege Hauk, vorgeschlagen haben. Da könnte man völlig ungestraft flunkern, mogeln und Dinge behaupten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Claus Schmiedel)

Im Untersuchungsausschuss darf man das nicht. Die FDP/DVP hat das erlebt, Herr Kollege Dr. Rülke. Ihr sind bei einem der letzten Untersuchungsausschüsse zwei Minister verloren gegangen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb wollen Sie ja keinen! – Abg. Peter Hauk CDU: Das wollen Sie vermeiden!)

Maßgeblich für die Arbeitsweise soll also die Strafprozessordnung sein.

Jetzt konnten wir in der Zeitung lesen, dass Herr Kollege Hauk mit dem Hauptbeschuldigten Mappus über die Fragestellung für den Untersuchungsausschuss, den die CDU-Fraktion beantragt, telefoniert hat.

(Lebhafte Unruhe bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: „Hauptbeschuldiger“! Das ist ja unglaublich! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist unglaublich! – Zurufe von der CDU: „Hauptbeschuldiger“! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nehmen Sie das zurück! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber das nehmen Sie sofort zurück!)

Wenn ich das übertrage, ist das etwa so, wie wenn ein Staatsanwalt, bevor er die Anklageschrift verfasst, mit dem Angeklagten telefoniert und bespricht, was er da hineinschreiben darf.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sprechen vom „Beschuldigten“! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schmiedel, ich möchte Sie mit Blick auf Regularien aus der Strafprozessordnung darum bitten, den Begriff „Beschuldiger“ zurückzunehmen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Beim jetzigen Verfahrensstand ist allenfalls der Begriff „Betroffener“ gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Peter Hauk CDU: Richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Na schön. Ich akzeptiere das, Herr Präsident. Ich sage: „der Hauptbetroffene“.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie wollen nur Schau machen! – Abg. Volker Schebesta CDU: War das jetzt eine Entschuldigung, oder was war das?)

Ich bezeichne ihn als denjenigen, von dem die Handlung ausging, die untersucht wird.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wie muss man sich das Telefongespräch darüber vorstellen? Wir hören ja nicht mit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer weiß?)

Aber wir stellen uns dieses Telefongespräch wie folgt vor: „Du, Stefan, hier ist Peter.“ – „Ja, Peter, worum geht's?“ – „Wir müssen jetzt ganz schnell einen Untersuchungsausschuss einsetzen; die Grünen haben da etwas angekündigt.“ –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mein Gott! Haben Sie eine kindische Fantasie! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Helau! Eine Faschingsrede! – Unruhe bei der CDU)

„Ja, okay, ich bin dafür. Aber, Peter, pass auf, wir müssen jetzt die neue Koalition auch in die Mangel nehmen und deshalb auch fragen, was sie aktuell machen.“ – „Okay, Stefan, machen wir.“

Jetzt, lieber Kollege Hauk, haben Sie sich selbst ins Knie geschossen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Jetzt wollen Sie nämlich die Vorgehensweise der Landesregierung im Rahmen der Neuausrichtung der EnBW untersuchen. Dass das nicht abgeschlossen ist, sieht man schon daran, dass keine Debatte vergeht, bei der Sie nicht die Strategie der Landesregierung bei der Neuausrichtung der EnBW zur Sprache bringen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja, weil keine vorhanden ist!)

Es ist also nicht abgeschlossen. Deshalb ist das nicht zustimmungsfähig, Minderheitenrechte hin oder her. Natürlich stehen der CDU Minderheitenrechte zu.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber nett! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Etwas größt-wahnsinnig, gell?)

Es ist auch Ihr gutes Recht, sich darauf zu berufen. Aber es muss natürlich verfassungsgemäß sein.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Sie sollten vielleicht lesen! – Unruhe bei der CDU)

Schade ist natürlich, dass Sie unser Angebot nicht angenommen haben,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

in der nächsten Woche einen gemeinsamen Antrag zu formulieren,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unterm Christbaum!)

der verfassungsgemäß ist, der ein abgeschlossenes Regierungshandeln aufgreift.

(Abg. Peter Hauk CDU: Im Februar!)

Dann hätten wir das gemeinsam machen können, und dann wäre alles etwas weniger aufgeregt gewesen. Aber Sie wollten ja unbedingt von dem ablenken, was in der Vergangenheit geschehen ist, indem Sie das in Themen der Neuausrichtung hi-

(Claus Schmiedel)

neinrühren und im Untersuchungsausschuss über etwas diskutieren wollen, was in den Aufsichtsrat der EnBW gehört, aber nicht in die Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Überhaupt nicht! Nein, zum Regierungshandeln!)

Jetzt haben Sie gesagt: „Das kommt aber spät daher.“ Erstens kommen auch Sie spät daher.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Früher als Sie, und das passt euch nicht!)

Aber ich möchte daran erinnern: Es ist gerade einmal zwei Monate her, da hat der Staatsgerichtshof festgestellt, dass das Handeln des Hauptakteurs und seiner Regierung ein Verfassungsbruch war.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das wissen wir jetzt!)

Das ist gerade einmal zwei Monate her. Es bedarf auch einiger Zeit, die Dinge aufzuarbeiten. Wir wollen ja nicht parallel zum Staatsgerichtshof etwas untersuchen.

Übrigens ist kürzlich – das habe ich auch gelesen – ein Protokoll aufgetaucht. Das nennt sich Protokoll,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: War da auch wieder ein Signet vom Beamtenbund drauf?)

dazu ist aber erst jetzt, nach einem Jahr, von der Anwaltskanzlei irgendetwas aufgeschrieben worden, wie es sich damals zugetragen hat.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ihre Protokolle kennen wir!)

Daran sieht man schon, dass das Thema in einer Gesprächsrunde gar nicht aufzuarbeiten ist, sondern dass man tatsächlich den Dingen nachgehen muss wie z. B. der Frage: Wer hat denn damals eigentlich aufgeschrieben, was da passiert, wer mit wem was besprochen hat, was da verabredet wurde? Das zeigt sich auch daran, dass ein Jahr später die hauptberatende Kanzlei aus der Erinnerung heraus aufschreibt, wie es sich damals zugetragen hat,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt ja gar nicht!)

und sagt, das sei das Protokoll und das entlaste den früheren Ministerpräsidenten. So geht es natürlich nicht.

Deshalb werden wir heute unseren Antrag beschließen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das nehmen wir an! Das ist aber eine wesentliche Erkenntnis!)

– Das muss man ja extra betonen,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

weil der Vorwurf des Kollegen Hauk lautete, wir wollten irgendwas verschleppen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Wir verschleppen gar nichts. Wir könnten ja Ihren Antrag an den Ständigen Ausschuss überweisen und sonst nichts tun.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Fragen liegen ja auch schon lange auf dem Tisch! Das ist doch nichts Neues!)

Das machen wir aber nicht, sondern wir starten jetzt mit dem Untersuchungsausschuss. Aber es geht dann nicht „aus der Hüfte“ los. Vielmehr steht zu Beginn der Arbeit eines jeden Untersuchungsausschusses immer ein Bericht der Regierung zu den aufgeworfenen Fragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Immer!)

Das ist immer so, unabhängig von dem jeweiligen Fall.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Legen Sie los! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da müssen halt im StaMi über Weihnachten einige schaffen!)

Wenn der Bericht dann vorliegt, dann starten wir.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der ist doch schon fast fertig! – Abg. Peter Hauk CDU: Der muss ja fertig sein! – Unruhe bei der CDU)

Dann wollen wir, wenn es nach uns geht – aber darüber werden wir dann im Ausschuss beraten –, dem Hauptbetroffenen, den es jetzt auch drängt, zu reden, als Erstem die Gelegenheit geben, dem Ausschuss seine Version zu berichten, sich den Fragen zu stellen und diese dann zu beantworten. Wir verzögern also gar nichts.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihr Urteil ist schon längst gefällt!)

Wir sind gut vorbereitet und hoffen, dass wir in diesem Untersuchungsausschuss ein kollegiales Verhältnis haben werden und dass, wenn wir den Untersuchungsausschuss eingesetzt haben, die Unterstellungen, die Sie heute hier gemacht haben – da gehe es nur um Taktik und um Finesse –, der Vergangenheit angehören. Denn die Bevölkerung von Baden-Württemberg hat ein Anrecht darauf, zu erfahren:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Anrecht auf eine rasche Aufklärung! Jawohl!)

Was ist da wirklich passiert? Wer hat da wen wie beraten? Was hat sich im Hintergrund abgespielt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Na also!)

und welche Folgen hat das Land Baden-Württemberg jetzt daraus zu ziehen? Die Folgen spüren wir alle, und deshalb liegt eine Aufklärung im Interesse des Landes, vor allem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört ein anständiger Umgangston und nicht das, was Sie vorhin abgeliefert haben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Keine Vorverurteilung!)

Unterstellungen, Ablenkungen und alles Mögliche.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

(Claus Schmiedel)

Das Ziel, das Sie verfolgen – das sieht man in diesem Antrag –, ist: Sie wollen von vornherein den früheren Regierungschef Mappus entlasten. Wir wollen aufklären. Das unterscheidet uns. Aber ich hoffe, wir kommen da noch zusammen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schmiedel, Sie haben einen anständigen Umgangston angemahnt. Der Einzige, der vom Präsidenten gerügt wurde, sind doch Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie haben ja noch nicht angefangen, Herr Rülke!)

Wenn Sie Aufklärung anmahnen, wenn Sie sagen, die Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg habe ein Anrecht, zu erfahren, was passiert sei, dann haben Sie recht. Aber das gilt natürlich für den ganzen Komplex. Da kann man nicht erklären: „Dort, wo vielleicht der politische Gegner in Schwierigkeiten kommt,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Vielleicht!)

da wollen wir Aufklärung; aber da, wo es vielleicht für uns selbst schwierig wird, da ist die Verfassung berührt, da sind wir dagegen.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gilt Verfassungsrecht oder nicht? – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich bin gern bereit, an dieser Stelle noch einmal zu sagen: Jawohl, das, was im vergangenen Jahr passiert ist, war ein Verfassungsbruch. Das hat uns der Staatsgerichtshof bescheinigt. Ich habe schon in einer der zurückliegenden Debatten sehr früh deutlich gemacht: Diesen Weg würden wir so nicht mehr gehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber ihr wart dabei!)

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Was gibt es aufzuklären? Sie haben das eine oder andere kritisiert, was in diesem Zusammenhang gelaufen ist, beispielsweise die Finanzierung des Geschäfts über die Neckarpri. Da war von „Schattenhaushalten“ und dergleichen mehr die Rede.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da ist das Parlament nicht beteiligt worden!)

Man kann, glaube ich, schon feststellen, meine Damen und Herren: Von dem, was Sie da angeblich aufklären wollen, lernen Sie selbst schnell, was beispielsweise die Neckarpri und den Gebrauch von angeblichen Schattenhaushalten anbelangt.

Dann ist bemerkenswert, wie die Entscheidungswege bei Ihnen funktionieren. Zunächst wurde erklärt: „Wir brauchen keinen Untersuchungsausschuss, denn es gibt keine Akten; die Akten sind weg.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat niemand gesagt! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Doch! Das stand in der Zeitung!)

– So wurde es gesagt. Frau Sitzmann, haben Sie da neue Funde, ein Geheimfach im Staatsministerium,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich habe kein Geheimfach, ich habe auch keine Akten!)

sodass sich Ihre Position geändert hat?

Dann haben Sie erklärt: „Das soll ein Wirtschaftsprüfer prüfen. Wir warten das Ergebnis ab. Dann entscheiden wir, ob wir einen Untersuchungsausschuss einsetzen.“ Welche Ergebnisse haben Sie da?

Dann waren Sie der Meinung: „Der Rechnungshof muss prüfen, und wenn der Rechnungshof geprüft hat, dann entscheiden wir, ob ein Untersuchungsausschuss notwendig ist.“ Haben Sie einen Bericht des Rechnungshofs darüber?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Kommt alles, Herr Rülke!)

Frau Kollegin Sitzmann, wenn Sie dem Kollegen Hauk vorwerfen, 180-Grad-Wenden zu vollziehen, dann stelle ich fest: Sie drehen sich wie ein Kreisel, Frau Kollegin Sitzmann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Einzige, die eine Ablenkungsrede gehalten hat, sind Sie – wenn man vielleicht vom Kollegen Schmiedel absieht.

Ich bin zu allem bereit. Die FDP/DVP hat signalisiert: Wenn das ein runder Tisch ist, nehmen wir teil. Wenn ein Untersuchungsausschuss gewünscht ist,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stimmen Sie zu!)

dann sind wir für den Untersuchungsausschuss offen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es bleibt euch auch nicht viel anderes übrig!)

Sie haben hier sehr verräterisch agiert, Herr Kollege Schmiedel, indem Sie gesagt haben: Bei einem Untersuchungsausschuss könne passieren, dass zwei Minister zurücktreten müssten, und deshalb lehnten Sie den Vorschlag der CDU dazu ab.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Das zeigt, welche Angst Sie offensichtlich vor Untersuchungsausschüssen haben.

(Unruhe)

Wenn Sie jetzt erklären, Regierungshandeln sei nicht abgeschlossen, dann sage ich: Eines ist mit Sicherheit abgeschlossen, meine Damen und Herren, nämlich das Kapitel Villis.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch richtiger Blödsinn! – Zuruf von der CDU: So ist es)

Da hätten wir schon gern Aufklärung, ob es so ist, wie man überall hört, dass Sie den OEW-Landräten ein Kopfgeld von 400 Millionen € versprochen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Lebhafter Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident! – Abg. Claus

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Schmiedel SPD: Herr Präsident, „Kopfgeld“! Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

„Lasst den Villis fallen, dann zahlen wir.“

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie bitten, etwas gelassener und ruhiger zu werden und Herrn Abg. Dr. Rülke sprechen zu lassen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist nun schon das zweite Mal, dass Sie gerügt wurden.

Über Monate haben Sie erklärt: Wir reden dann über die Frage einer Kapitalspritze, wenn eine neue Strategie vorliegt. Wo ist denn die neue Strategie der EnBW? Der Verdacht liegt doch sehr viel näher, dass Sie den Landräten erklärt haben: „Wir zahlen, wenn ihr den Villis fallen lasst.“ Oh Wunder: Villis erklärt seinen Rücktritt, und am Tag danach erklären Sie: „Wir zahlen.“ Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. So etwas muss man doch aufklären.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn Sie erklären, die Bevölkerung in diesem Land habe ein Anrecht, zu erfahren, was passiert ist, dann gilt das selbstverständlich auch für diese Frage.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch dafür!)

Dass Sie diese Frage nicht zulassen wollen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil sie rechtlich nicht erlaubt ist!)

spricht Bände, meine Damen und Herren: Sie haben Angst vor dieser Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Möglicherweise wird deutlich, dass diese Landesregierung in dieser Angelegenheit nicht die Wahrheit gesagt hat. Deshalb haben Sie Angst vor dieser Frage.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist eine rechtliche Frage! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Rülke, ich darf Sie bitten, zum Abschluss zu kommen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich komme zum Ende.

Im Zusammenhang mit dem letzten Untersuchungsausschuss „Polizeieinsatz Schlossgarten“ haben Sie immer erklärt, die Minderheitenrechte würden in diesem Land zu wenig beachtet. Grün und Rot haben eine Neufassung des Untersuchungsausschussgesetzes zur Verbesserung des Minderheitenschutzes angekündigt. Jetzt haben Sie dazu Gelegenheit. Aber das galt natürlich nur, solange Sie selbst in der Minderheit waren. Nur so lange wollten Sie den Minderheitenschutz verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch Unsinn!)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Geben Sie der Minderheit die Gelegenheit, alles aufzuklären, was die Menschen im Land Baden-Württemberg interessiert,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber verfassungsgemäß! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nach der Verfassung!)

und nicht nur das, woraus Sie politisch Kapital schlagen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, Herr Kollege Hauk hat sich erneut gemeldet. Er hat noch Redezeit.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal kurz auf Teil A Abschnitt II unseres Antrags eingehen, nachdem dieser offensichtlich Ihr Missfallen findet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat mit Verfassungsgemäßheit zu tun, nicht mit Missfallen!)

– Mit juristischen Spitzfindigkeiten. – Wenn Herr Schmiedel den Untersuchungsauftrag so zitiert, wie er es getan hat, dann zitiert er unvollständig; denn in Abschnitt II heißt es wörtlich:

Die Vorgehensweise der Landesregierung im Rahmen der Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück bis zur Ankündigung der Zustimmung der Landesregierung zur Kapitalerhöhung zu untersuchen ...

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also ist es doch abgeschlossen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vergangenheit! Abgeschlossen!)

Bis zu diesem Punkt ist es abgeschlossen. Denn, meine Damen und Herren, eines ist doch eindeutig und klar:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch nicht abgeschlossen! Badische Kulturgüter! Lesen Sie doch einmal das Urteil durch!)

– Es wird auch nicht dadurch besser, dass Sie schreien.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Sie müssen lesen!)

Es kam ein Vorschlag des EnBW-Vorstands zur Kapitalerhöhung. Das wurde von der Regierung wie auch von den Regierungsfractionen zunächst einmal abgelehnt. Dann gab es einen Vorschlag der OEW, die dieser Kapitalerhöhung dann sogar zugestimmt haben. Dann hat der Ministerpräsident – das war im Oktober 2011 – erklärt: „Wir wissen es noch nicht so genau, aber wir sind nicht gänzlich unaufgeschlossen. Es müsste sich jedoch erst einmal eine Strategiedebatte entwickeln, damit man überhaupt weiß, wohin der Weg geht.“

Dann gab es am vergangenen Dienstag – oh wunderbares Ereignis – den Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der EnBW.

(Peter Hauk)

Die CDU-Fraktion hatte für den darauffolgenden Mittwoch eine Regierungsbefragung angekündigt. Seltsam war es – ganz seltsam! –, dass der Finanzminister, der sich in der Woche zuvor für den Donnerstag entschuldigt hatte, weil an diesem Tag eine Aufsichtsratssitzung der EnBW stattfand, dann kurzfristig verhindert war, weil an diesem Mittwochnachmittag – das wusste er zu diesem Zeitpunkt vermutlich noch gar nicht; das nehme ich einfach einmal an – eine Sitzung der KfW oder von wem auch immer war. Das war seltsam. Für die Aufsichtsratssitzung hatte er sich entschuldigt, für den Mittwochnachmittag nicht.

Er hat dann den Staatssekretär ins Rennen geschickt, der in der Regierungsbefragung relativ stark herumgeeiert ist.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe von der SPD:
Von wegen! – Guter Mann!)

– So war es doch, meine Damen und Herren.

Die Geschichte hat eine Fortsetzung. Am Donnerstag erklärte der Finanzminister auf einmal nach der Aufsichtsratssitzung der EnBW namens der beiden Regierungsmitglieder, die im Aufsichtsrat sitzen – wir können also durchaus davon ausgehen, dass sich die Regierung einig ist; ich zitiere wörtlich –:

Das Land Baden-Württemberg

– nicht der Aufsichtsrat oder die Kollegen etc.; ...

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Peter Hauk CDU: ... ich bin gleich am Ende meiner Rede –

ist zu einer Kapitalerhöhung bei der EnBW bereit.

So lautet das wörtliche Zitat.

Meine Damen und Herren, in dem Zeitraum dazwischen muss die Regierung eine Handlung vollzogen haben; denn Aufsichtsratssitzungen fanden in diesem Zeitraum nicht statt. Irgendetwas muss geschehen sein,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

was letztlich zu dieser Meinungsänderung geführt hat. Ich habe keine Ahnung – wir wissen es nicht –, ob es dazu Kabinettsbeschlüsse, Vorratsbeschlüsse oder was auch immer gibt. Das entzieht sich unserer Kenntnis; denn das Kabinett tagt ja nicht öffentlich. Genau diesen Punkt aber blenden Sie aus.

Herr Schmiedel, die Begründung hierfür haben Sie doch gleich mitgeliefert: Sie wollen von einem verdeckten Vorgehen ablenken.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, ich bitte Sie nochmals, zum Ende zu kommen.

Abg. Peter Hauk CDU: Das ist der ganz entscheidende Punkt. Dort, wo Sie angreifbar sind, setzen Sie Minderheitenrechte außer Kraft,

(Zurufe von der CDU: Jawohl! – So ist es! – Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Lebhaftige Unruhe)

um Ihr altes Spiel – verzögern, schauspielern und taktieren – fortzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hauk, Sie führen sich hier auf, als wären wir gerade in einer Aktuellen Debatte; das sind wir aber nicht. Vielmehr diskutieren wir über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Sie kreiseln doch nur herum! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie wollen doch Spuren verwischen!)

der klären soll, wie es dazu kam, dass ohne Beteiligung des Parlaments die EnBW-Aktien von der EdF zurückgekauft worden sind. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie lenken schon wieder ab!)

Es geht um die Vergangenheit,

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

und es geht darum, dass wir diesen abgeschlossenen Vorgang, wie er von der ehemaligen Landesregierung auf den Weg gebracht wurde, endlich aufklären.

Ich kann Ihnen sagen: Es ist noch nicht so lange her, dass der ehemalige Ministerpräsident Stefan Mappus gesagt hat, er wolle die Karten auf den Tisch legen und aussagen. Das ist gerade einmal zwei Wochen her. Bis zu diesem Zeitpunkt mussten wir annehmen, dass er gar nicht mehr in Deutschland weilt, und hatten wenig Grund zu der Annahme, dass er aussagen will.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Brasilien! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist eine üble Unterstellung! – Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Jetzt wissen wir: Er will aussagen. Seit der vergangenen Woche wissen wir auch, dass es weitere Widersprüche in Bezug auf die Frage gibt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen Sie sagen, dass er geflohen ist?)

wer denn eigentlich wollte, dass das Parlament beteiligt wird, und wer sich gegen eine Parlamentsbeteiligung gesträubt hat. Das ist doch die entscheidende Frage, und diese Frage werden wir im Untersuchungsausschuss klären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Edith Sitzmann)

Was Sie jetzt hier zu konstruieren versuchen, ist völlig absurd. Die Frage, ob die EnBW eine Kapitalerhöhung bekommt oder nicht, ist nicht entschieden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie kann auch nur durch den Landtag entschieden werden! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber der Landtag ist nicht die Regierung!)

Niemand hat gesagt, das werde abgelehnt. Vielmehr hieß es immer: Wenn die EnBW eine Kapitalerhöhung braucht, dann erwarten wir, dass vorher klar ist, welche Strategie dieses Unternehmen in die Zukunft führen soll.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt wird es ja bekannt gegeben! – Abg. Peter Hauk CDU: Die Regierung hat es entschieden!)

Das werden wir sorgfältig prüfen. Nach wie vor gilt: Wir werden dies sorgfältig prüfen. Eine Entscheidung des Landtags – es ist der Landtag, der hierüber entscheiden muss – ist noch nicht gefallen. Das müsste auch Ihnen bekannt sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Regierung hat entschieden! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es liegt gar kein Antrag der Regierung vor! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein, die gestatte ich nicht.

Präsident Guido Wolf: Sie wird nicht gestattet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Auch hier hat sie Angst!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es ist auch nicht so, dass Herr Villis, wie Sie hier gerade behauptet haben, zurückgetreten wäre. Das ist falsch. Herr Villis ist im Amt;

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nach wie vor!)

er hat lediglich angekündigt, dass er seinen noch fast bis zum Ende des nächsten Jahres laufenden Vertrag nicht verlängern wird.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Obwohl er das wollte! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die einen sagen so, die anderen so!)

Das ist alles, was passiert ist.

Dieser Sachverhalt hat aber mit dem, was es jetzt aufzuklären gilt, nichts zu tun. Ich empfehle Ihnen einfach: Schauen Sie sich noch einmal die Entscheidung des Staatsgerichtshofs zum letzten Untersuchungsausschuss an. Es ist eben kein abgeschlossenes Handeln,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist Regierungshandeln! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Regierungshandeln und nicht Landtagshandeln!)

auf das Sie mit Ihrem Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und den darin enthaltenen Prüfaufträgen

abzielen, weder was den Landtag noch was die Landesregierung betrifft.

Wir müssen die verfassungsmäßige Zulässigkeit Ihres Antrags rechtlich prüfen; dazu sind wir verpflichtet.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie brauchen keine Angst zu haben!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir wollen einmal hören, was er sagt! – Abg. Winfried Mack CDU: Da sind wir gespannt! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben in allen Sitzungen und auch in der Öffentlichkeit betont, dass Sie ein Interesse daran haben, dass die EnBW nicht durch öffentliche Debatten beschädigt wird. Sie leisten hierzu jedoch jeden Tag aufs Neue einen Beitrag.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Diesen Beitrag leisten doch Sie!)

Sie verwechseln den Aufsichtsrat, in dem über Strategien, Geschäftspläne, Grobpläne und Feinpläne, Mittelfrist- und Langfristpläne gesprochen wird, mit dem Plenum des Landtags und erwarten, dass hier alles ausgebreitet wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir wollen doch nur wissen, was die Landesregierung tut!)

Das ist völlig abwegig. Sie wissen genau, dass beim Rating eines Unternehmens die Frage von großer Relevanz ist, ob die Ratingagenturen den Eindruck haben, dass die Eigentümer zu ihrem Unternehmen stehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Völlig richtig!)

Was Sie tun, ist Folgendes: Sie säen Zweifel daran, dass diese Regierung, diese Koalition, zum Unternehmen steht.

(Zurufe von der CDU)

Das beschädigt das Unternehmen in hohem Maß.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie das doch Ihrem Koalitionspartner! – Weitere Zurufe von der CDU)

Sie ziehen einen billigen Vorteil daraus.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Einzigen, die zum Unternehmen stehen, sind wir!)

Sie versuchen, einen billigen parteitaktischen Vorteil auf dem Rücken des Unternehmens und seiner Beschäftigten zu erzielen.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Das ist das, was Sie wollen.

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das zeigt allein schon das Vokabular: „Der Vorstandsvorsitzende ist zurückgetreten.“

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich komme jetzt ohnehin zum Ende.

Frau Sitzmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass er nicht zurückgetreten ist, sondern dass er gesagt hat, er stehe für eine Vertragsverlängerung nicht zur Verfügung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist das für ein feiner Unterschied! – Weitere Zurufe von der CDU und FDP/DVP)

Er hat dies damit begründet, dass er nicht den notwendigen Rückhalt im Aufsichtsrat spürt, den er für eine Vertragsverlängerung gern hätte. Das ist eine nachvollziehbare Begründung, und damit hat sich die Sache.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mack?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Schmiedel, das können Sie gar nicht erklären!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, ja.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die ist doch schon vorbei! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Es wäre besser, er hätte nicht mehr geredet!)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege Schmiedel, es geht um die Frage, ob es sich um abgeschlossenes Regierungshandeln handelt oder nicht.

Kennen Sie die Pressemitteilung des Staatsministeriums vom vergangenen Donnerstag? Darin hat die Regierung erklärt, Sie werde der Kapitalerhöhung nun zustimmen.

Kennen Sie auch das Interview, das Herr Minister Schmid der „Schwäbischen Zeitung“ gegeben hat? Entgegen dem, was Herr Staatssekretär Rust noch am Freitag im Finanzausschuss erklärt hat, hat Herr Minister Schmid am darauffolgenden Samstag erklärt, in welcher Weise die Regierung bezüglich dieser 400 Millionen € vorzugehen gedenkt. Er sagte, dies werde nicht über den Haushalt finanziert, sondern über die Neckarpri.

Können Sie vor diesem Hintergrund nicht doch anerkennen, dass hierdurch die Regierung

(Zurufe von den Grünen: Frage!)

ihr Handeln insoweit abgeschlossen hat und dann gesagt hat, jetzt sei der Landtag an der Reihe; der Landtag müsse nun in der Folge konkret darüber entscheiden?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da gibt es doch gar keinen Beschluss!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege Mack, wir selbst haben eine entsprechende Erfahrung gemacht. Wir selbst waren auch einmal dieser Meinung; wir waren der Meinung, dass der Beschluss der Landesregierung, Kulturgüter verkaufen zu wollen – zu diesem Zeitpunkt waren diese Objekte noch nicht verkauft; es gab hierzu nur einen Beschluss –, abgeschlossenes Regierungshandeln ist. Es war Ihr Kollege Dr. Schefold, der damals widersprochen hat.

Wir haben dagegen geklagt und haben verloren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Da gab es gar keinen Beschluss! Das war der Unterschied! – Abg. Winfried Mack CDU: Es gab keinen Beschluss! – Unruhe)

Sie haben damals recht bekommen.

Es ist keine Kapitalerhöhung erfolgt, und deshalb ist der Vorgang nicht abgeschlossen. Im Übrigen haben wir überhaupt keine Bedenken dagegen, dass Sie zum Staatsgerichtshof gehen, wenn Sie sich in Ihren Minderheitenrechten verletzt fühlen. Das haben wir auch gemacht. Dann kann das in aller Ruhe aufgeklärt werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wovor habt ihr Angst?)

Nur bitte ich zu unterscheiden: Was wir untersuchen wollen, ist tatsächlich abgeschlossenes Regierungshandeln. Das, was der Staatsgerichtshof als Verfassungsbruch beurteilt hat, von dem es unterschiedlichste Interpretationen und eine Dokumentenlücke gibt, wollen wir aufklären. Sie hingegen wollen etwas, was in dieser Tiefe eigentlich nicht einmal hierher gehört, sondern in den Aufsichtsrat, zu parteitaktischen Spielen benutzen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Regierung hat erklärt, sie habe ihr Handeln abgeschlossen! Das war der Regierungssprecher!)

Sie nehmen dabei in Kauf, das Unternehmen zu beschädigen. Bei unserem Untersuchungsauftrag spielt das Unternehmen keine große Rolle; denn die wussten auch nicht, was mit ihnen geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Bitte kommen Sie zum Ende Ihrer Rede.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Deshalb machen wir jetzt das eine. An dem anderen können wir Sie nicht hindern – daran, dass Sie jede Debatte über die Energiepolitik wieder benutzen, um das Unternehmen in ein schiefes Licht zu rücken. Aber das ist Ihr Problem und nicht unseres.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Zum Tagesordnungspunkt 4 a haben die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der SPD beantragt, den Antrag der Fraktion der

(Präsident Guido Wolf)

CDU, Drucksache 15/1015, an den Ständigen Ausschuss zu überweisen.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung, Kollege Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, wir beantragen, über die Überweisung an den Ständigen Ausschuss nach Teil A Abschnitt I und Teil A Abschnitt II getrennt abzustimmen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht nach der Verfassung nicht!)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Das lehnen wir ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das dürfen Sie!)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schebesta, zur Begründung des Geschäftsordnungsantrags.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Einsetzungsantrag zu einem Untersuchungsausschuss kann nur abgelehnt werden, wenn rechtlich die Zulässigkeit beanstandet wird. Sie müssten schon sagen, ob Sie den Komplex I oder den Komplex II rechtlich beanstanden. Je nachdem gibt es auch unterschiedliche Bewertungen zum Komplex I oder zum Komplex II. Deshalb beantragen wir, über die Überweisung von Teil A Abschnitt I und Teil A Abschnitt II an den Ständigen Ausschuss getrennt abzustimmen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lesen Sie doch das Urteil! Ihr eigenes Tun vor anderthalb Jahren! – Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Kollege Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir halten die getrennte Abstimmung zum einen nicht für zulässig; zum anderen ist sie nicht zielführend. Wir haben Bedenken zu Teil A Abschnitt II Ihres Antrags; sie wurden bereits ausgeführt. Wir haben auch Bedenken zu einzelnen Fragen, die Sie unter Teil A Abschnitt I haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Welche?)

– Das betrifft z. B. die Ziffern 13 und 14. Wir haben bei diesen Punkten ebenfalls Bedenken. Die sind heute auch nachgeprüft worden. Wir wollen diese beiden Abschnitte – I und II – wegen der bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken an den Ständigen Ausschuss überweisen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen es schon gar nicht!)

Im Übrigen darf ich Sie darauf hinweisen – Frau Kollegin Sitzmann hat das bereits im Ansatz getan –: Der Landtag hat die Pflicht, sich über die Zulässigkeit gestellter Fragen ein Bild zu machen, diese zu prüfen und, wenn er der Meinung ist, dass die Zulässigkeit nicht besteht, diese abzulehnen.

Der Staatsgerichtshof führt ausdrücklich aus: Der Landtag hat nicht die Aufgabe, durch irgendwelche Anmerkungen, Ergän-

zungen oder Änderungen einen teilweise unzulässigen Antrag zulässig zu machen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber der Antragsteller!)

Deswegen werden wir wegen Bedenken bezüglich beider Komplexe beide Abschnitte – I und II – ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Guido Wolf: Der Antrag auf getrennte Abstimmung ist gestellt. Wir müssen zunächst über diesen Antrag abstimmen. Wer dem Antrag auf getrennte Abstimmung bezüglich Teil A Abschnitt I und Teil A Abschnitt II des Antrags der CDU-Fraktion, Drucksache 15/1015, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag auf getrennte Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt ist über den Antrag auf Überweisung des gesamten Antrags Drucksache 15/1015 an den Ständigen Ausschuss abzustimmen. Wer dem Antrag auf Überweisung an den Ständigen Ausschuss zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Überweisungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt. Damit ist der Antrag Drucksache 15/1015 an den Ständigen Ausschuss überwiesen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1018, unter Tagesordnungspunkt 4 b. Wer dem Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1018, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wurde dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu Punkt 4 c der Tagesordnung: Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kann Herr Schmiedel überhaupt Mitglied sein?)

Wir wählen zunächst die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder. Es ist vorgeschlagen, dass dem Untersuchungsausschuss 15 ordentliche Mitglieder und 15 stellvertretende Mitglieder angehören sollen. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen zum Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1018, liegt Ihnen vor (*Anlage 13*). Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Untersuchungsausschusses gewählt hat. – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Wahl der bzw. des Vorsitzenden. Nach § 6 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes steht der CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden zu. Die CDU-Fraktion schlägt Herrn Abg. Ulrich Müller zur Wahl vor (*Anlage 14*).

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Guter Mann!)

Wer Herrn Abg. Müller zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzei-

(Präsident Guido Wolf)

chen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist es einstimmig so beschlossen und Herr Abg. Müller zum Vorsitzenden dieses Untersuchungsausschusses gewählt.

Ich frage Herrn Abg. Müller, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Wir haben nun die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu wählen. Das Vorschlagsrecht dafür steht der Fraktion GRÜNE zu. Sie schlägt Herrn Abg. Jürgen Filius zur Wahl vor (*Anlage 15*).

Wer Herrn Abg. Filius zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Herr Kollege Filius einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Ich frage Herrn Kollegen Filius, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an. Vielen Dank für das Vertrauen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. November 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: EU-Strukturpolitik ab 2014 – Drucksachen 15/853, 15/930

Berichterstatter: Abg. Karl Rombach

Hierzu ist keine Aussprache vorgesehen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 24. November 2011 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weiterentwicklung des Systems der Regulierung der Märkte für Finanzinstrumente – Drucksachen 15/946, 15/1007

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhard Löffler

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich darf Sie nochmals um Aufmerksamkeit für diesen letzten Tagesordnungspunkt bitten.

Die Fraktionen haben für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich erteile Herrn Kollegen Stratthaus das Wort.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Vorlage ist von uns allen mitzutragen. Ich möchte vorweg sagen, dass wir sie zudem zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Eines ist klar: Es ist ein richtiger Schritt, ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist aber ein sehr kleiner Schritt, ein Schritt, der die großen Probleme, die wir auf diesem Gebiet haben, sicher nicht lösen wird.

Richtig ist er vom Ansatz her, richtig ist er auch in den Einzelmaßnahmen.

Warum ist er vom Ansatz her richtig? Schlicht und einfach deswegen, weil wir das Problem nicht mehr nur national, sondern zumindest auf europäischer Ebene behandeln. Denn es ist keine Frage, dass es keinen Bereich gibt, der so stark globalisiert ist wie gerade der Finanzmarkt. Richtiger wäre natürlich, wenn auch die anderen ganz wichtigen Finanzstandorte mitmachen würden, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika und z. B. auch Singapur. Es wäre aber auch zu hoffen, dass Großbritannien mitmacht. Das kann man im Augenblick jedoch lediglich hoffen.

Zweitens kann man sagen, dass auch die Einzelmaßnahmen richtig sind, obwohl ich sagen muss: Sie sind zu komplex, zu kleinteilig, es sind zu viele, als dass man hier ernsthaft darüber diskutieren könnte.

Ich will nur ein einfaches Beispiel anführen. Derivate werden oft verteufelt, sind jedoch manchmal – manchmal! – notwendig. Es ist wichtig, dass diese Derivate transparent gehandelt werden, dass sie über eine Plattform laufen und nicht „over the counter“, wie man das so schön nennt, gehandelt werden, wo sich zwei Leute treffen und diese Derivate handeln. Dabei weiß zum Schluss kein Mensch, wie viele Billionen davon letzten Endes in der Welt herumschwirren.

Ein solcher Schritt ist richtig, und vielleicht – das sei am Rande gesagt – könnte die Börse in Stuttgart davon profitieren, wenn es eine gemeinsame Plattform gäbe, weil sie auf diesem Gebiet am stärksten ausgerichtet ist.

Auch der Anlegerschutz ist richtig, wenngleich ich sagen muss, meine Damen und Herren: Das, was da bereits geschehen ist, schrammt natürlich den Vorwurf der Bürokratie. Es wird verdammt schwer, den Anlegerschutz dadurch zu verbessern, dass in jedem Fall lange Formulare ausgefüllt werden müssen. Dennoch: Die Richtung stimmt.

Vielleicht noch einige wenige ganz allgemeine Sätze: Meine Damen und Herren, wir haben zurzeit keine Währungskrise – das ist schon x-mal gesagt worden –, sondern eine Staatsschuldenkrise. Schuld sind nicht die Ratingagenturen und auch nicht die Spekulanten, die immer wieder genannt werden, sondern schuld ist letzten Endes die übermäßige Verschuldung aller Staaten. Das gilt nicht nur für Europa, sondern noch viel mehr auch für Japan und die Vereinigten Staaten.

Die Finanzmärkte haben sich von der Realpolitik gelöst. Die Finanzmärkte nehmen ihre ursprüngliche Aufgabe nicht mehr wahr, Diener der Realwirtschaft zu sein, konkret die Ersparnisse zu den Investoren zu transportieren, sondern sie führen in der Zwischenzeit ein Eigenleben.

(Gerhard Stratthaus)

Allerdings hat auch die Politik einiges dazu beigetragen. Wir haben z. B. zugelassen, dass – während alle anderen Kredite, alle anderen Anleihen mit Eigenkapital unterlegt werden müssen – die sogenannten Staatsanleihen, auch die griechischen, auch die portugiesischen, nullgewichtet sind, sodass dafür kein Eigenkapital unterlegt werden muss. Auch das ist ohne Frage ein Fehler gewesen, den die Politik zu verantworten hat.

Wo liegen die Lösungen? Wir müssen uns bemühen, langfristiges Vertrauen zu schaffen, langfristig in der Welt Vertrauen zu schaffen, dass von allen Ländern, die den Euro als Währung übernommen haben, eine solide Schuldenpolitik betrieben wird.

Die Probleme, meine Damen und Herren, sind in 40 Jahren entstanden, und niemand darf glauben, dass sie in vier Wochen erledigt werden könnten. Das wird ebenfalls sehr, sehr lange dauern. Wichtig wäre, den Finanzmärkten zu signalisieren: Ihr könnt euch darauf verlassen, dass sich in Zukunft einiges ändern wird. Es muss Vertrauen geschaffen werden, es muss Kredit, eben Glaubwürdigkeit entstehen.

Kurzfristig, meine Damen und Herren, müssen wir über die Politik dafür sorgen, dass die Problemstaaten mit Liquidität versorgt werden. Auch das wird keine einfache Sache sein. Wir brauchen dafür langfristige, zuverlässige Regelungen – kein kurzfristiges, atemloses Eingreifen, sondern langfristige Regelungen.

Denn eines ist klar, meine Damen und Herren – damit bin ich schon fast am Ende meiner Rede –: Wir haben auf den Finanzmärkten und in der Politik ganz unterschiedliche Entscheidungskulturen. Auf den Finanzmärkten muss alles blitzschnell gehen. Wenn da lange diskutiert wird, hat irgendjemand einen Insidervorsprung und kann das dann zu großem Geld machen. In der Politik hingegen wollen wir genau das Gegenteil: Dort wollen wir Transparenz, dort wollen wir Bürgerbeteiligung, dort wollen wir manchmal sogar Volksbefragungen. Das sind zwei ganz unterschiedliche Gebiete. Deswegen müssen wir uns daran erinnern: Wir brauchen eine gute Regulierung, die für alle Zeiten gilt.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, freie Märkte. Das ist für mich klar. Wir brauchen auch eine freie Wirtschaft. Denn nur in einer freien Wirtschaft werden wir auch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum haben, wird sich das beste Produkt und das beste Unternehmen durchsetzen.

Wir brauchen allerdings auch Ordnung in der Wirtschaft. Ich glaube, daran hat es in den vergangenen 15 Jahren etwas gemangelt. Die Freiheit wurde zu stark und die Ordnung zu wenig betont. Ich kann jetzt sagen – da können fast alle zustimmen –: Eine freie Wirtschaft braucht einen starken Staat; diese Forderung stammt immerhin von Ludwig Erhard. Das war ein Wirtschaftsminister, der, so glaube ich, inzwischen von allen Seiten anerkannt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leopold Grimm
FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die grün-rote Landesregierung hat heute einen Haushalt eingebracht, dessen Gütesiegel die Nullnetto-neuverschuldung ist. Die Bundesregierung in Berlin hingegen hat einen Haushalt mit 24 Milliarden € Neuverschuldung verabschiedet, und dies, ohne die Risiken für die Eurorettung auch nur ansatzweise einzupreisen. Ich weiß nicht, ob das der Glaubwürdigkeit, die Sie, Herr Stratthaus, angemahnt haben, gerecht wird.

Gleichzeitig sucht der Europäische Rat immer wieder erneut in Gipfelnächten Wege aus der Krise, und die Europäische Kommission überarbeitet derzeit die geltenden EU-Rechtsetzungen, um den Handel mit verschiedensten Produkten der Finanzmärkte transparent zu machen und strikten Regularien zu unterwerfen. Denn eines ist klar: Das Gebaren der Finanzmärkte hat die immense Staatsverschuldung, in der einige Mitgliedsstaaten der Währungsunion stecken und aus der sie aus eigener Kraft nicht herauskommen, dramatisch zugespitzt.

Am 20. Oktober hat die EU-Kommission deshalb ihre Vorschläge für massive Veränderungen zur Regulierung der Finanzmärkte vorgestellt. Kern ist die Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, die Gegenstand der heutigen Debatte ist.

Mit dieser novellierten Richtlinie und einer Verordnung, die von meiner Fraktion im Grundsatz begrüßt werden, sollen bestehende Lücken bei der Regulierung der Finanzmärkte und ihrer Instrumente geschlossen werden. So gab es für einige Finanzprodukte bislang Handelsplattformen, die gar keiner Regulierung unterlagen. Dies soll sich ändern.

Insgesamt sollen die Märkte deutlich transparenter werden, um damit Anleger zu schützen. Aufsichtsbehörden sollen künftig besser eingreifen, wenn der Anlegerschutz, die Finanzstabilität oder das Funktionieren der Märkte gefährdet sind.

Die Vorschläge der Kommission berücksichtigen auch den Hochfrequenzhandel, also diesen berüchtigten Klick, den Sie, Herr Stratthaus, angesprochen haben, mit dem in einem Bruchteil von Sekunden Milliardenbeträge um die Erde fließen und im Einzelfall sogar die Börsen zusammenbrechen lassen. Solche künstlich erzeugten Kursschwankungen müssen wir in Zukunft unterbinden.

Schließlich sollen kleine und mittlere Unternehmen künftig von speziell auf sie abgestimmten Regeln profitieren. Das schafft für unsere KMUs Transparenz und Effizienz im Land.

Sehr geehrte Damen und Herren, nach der gestrigen Beratung im Europaausschuss werden wir den nun begonnenen Prozess der Abstimmung auf den beteiligten Ebenen vom Bundesrat bis zum Europaparlament und am Ende dann dem Europäischen Rat konstruktiv begleiten. Dabei haben wir auch die Auswirkungen auf unsere Landesbanken und die Volks- und Raiffeisenbanken sowie den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick. Die Volks- und Raiffeisenbanken müssen unseren kleinen und mittleren Unternehmen gute Zinskonditionen bieten können. Deshalb darf die Finanzmarktregulierung nicht zu einer Kreditklemme führen.

Es muss eine fundierte und an der Quelle ansetzende Regulierung vereinbart werden, die auch ein Verbot von Finanzmarkt-

(Josef Frey)

transaktionen möglich macht. Bis zum Sommer 2012 sollten wir diesen Prozess auf europäischer Ebene abgeschlossen haben.

Wo wir aber nicht noch mehr Zeit verlieren dürfen – das sage ich ganz bewusst mit Blick auf die Kanzlerin –, ist die Eurorettung. Wir brauchen beides: Wir brauchen mittelfristige und langfristige Ansätze, und wir brauchen auch kurzfristige Ansätze. Da muss die Bundesregierung endlich mit Instrumenten und klaren Regeln das durch x-fache Kehrtwendungen und unzureichende Maßnahmen zerschlagene Vertrauen wiederherstellen, und zwar sowohl bei den Finanzmärkten als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Stabilität, die eine gemeinsame Währung wie der Euro braucht und die wir alle parteiübergreifend anstreben, ist nicht umsonst zu haben. Stabilität im Euroraum werden wir nur herstellen, wenn sich die Mitgliedsstaaten an die Kriterien des Stabilitätspakts von Maastricht halten. Von diesen sind praktisch alle – ich sage nochmals: alle – einschließlich Deutschland im Jahr 2011 mehr oder weniger weit entfernt.

Deshalb waren die vom letzten Gipfel auf den Weg gebrachten Instrumente wie Sanktionsmechanismen für Schuldenstaaten, die sich nicht an die Regeln halten, die verfassungsrechtliche Einführung einer Schuldenbremse durch jeden einzelnen Mitgliedsstaat und auch das Vorziehen des ESM, des Europäischen Stabilitätsmechanismus, längst überfällig. Dieser eingeschlagene Weg muss aber mit weiteren Schritten flankiert werden, hin zu einer echten Fiskalunion, hin zu einer demokratischen Legitimierung, Kontrolle und Nachvollziehbarkeit der Vertragsinhalte, hin zu kontrollierter Haushaltsdisziplin und klugen Investitionen und hin zur Besteuerung der Finanzmärkte durch eine Finanztransaktionssteuer, auch hin zu Eurobonds,

(Oh-Rufe von der CDU)

die unter strengen Auflagen und enger Überwachung ausgegeben werden müssen. Wir brauchen in Europa beides, meine Damen und Herren: fiskalische Solidität und gleichzeitig fiskalische Solidarität. Nur so können wir Spekulationen und Zinsaufschlägen für Staatsanleihen Einhalt gebieten.

Die Auswirkungen der Sparpolitik und der Strukturmaßnahmen in den Krisenstaaten werden wir sorgsam im Blick behalten. Es liegt in der Verantwortung der europäischen Gemeinschaft und jedes einzelnen Mitgliedsstaats, den notwendigen Strukturwandel und Maßnahmen der Harmonisierung von Löhnen und Mindestlöhnen bis hin zur Arbeitszeit maßvoll anzugehen. Das liegt mir und meiner Fraktion besonders am Herzen.

Es muss uns gelingen, die in manchen Mitgliedsstaaten dramatisch hohe Jugendarbeitslosenquote – in Spanien liegt sie bei 45 % – zu senken. Mehr als fünf Millionen junge Menschen unter 25 Jahren waren in der EU im letzten Jahr arbeitslos, während wir in Baden-Württemberg unter Fachkräftemangel leiden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Frey, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Zwei Sätze noch.

Europa muss und kann auch der jüngeren Generation eine Perspektive bieten.

Jetzt müssen endlich solide und solidarisch energische und mit den Parlamenten abgestimmte, entschlossene Schritte folgen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach Artikel 34 unserer Landesverfassung unterrichtet die Landesregierung den Landtag über Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung in Europa. Deswegen war es gut, dass wir dieses Thema heute angesetzt haben, auch wenn die Spannung nach der vorherigen Debatte natürlich etwas raus ist. Das ist klar.

Am Freitag findet die entsprechende Bundesratssitzung statt. Eigentlich ist es der richtige Ablauf, dass wir ein solches Thema von erheblicher europäischer Bedeutung vorher im Landtag debattieren und der Landesregierung etwas mit auf den Weg geben können. Das wird darin bestehen, dass wir von der Vorlage zustimmend Kenntnis nehmen. Darüber haben wir vermutlich auch Einigkeit im Parlament. Deswegen ist klar, wie der Hase läuft. Das ist auch gut so.

Aber ich denke, es ist für die weiteren Debatten – im Bundesrat wird das Thema am Freitag noch nicht abschließend beraten – nützlich, dass wir ein bisschen von dem mitgeben, was wir darüber denken und was wir gern alles mit berücksichtigt sehen wollen.

Ich sehe es als wichtig an, dass es für Finanzmarkttransaktionen in Europa Regelungen gibt. Alles, was bei uns vermittelt wird, was gehandelt wird, was beraten wird, was emittiert wird, was an Wertpapieren verwaltet wird, braucht eine gemeinsame europäische Regelung. Diese wird nun novelliert. Das ist unter dem Eindruck dessen, was in den letzten Jahren geschehen ist, auch wichtig.

Herr Kollege Stratthaus, wenn wir uns auch zu knapp 99 % einig sind, möchte ich doch etwas sagen, weil Sie gemeint haben, die Ratingagenturen seien nicht schuld. Ich finde schon – jetzt etwas abseits vom heutigen Thema –, dass wir Regeln für Ratingagenturen brauchen, insbesondere für die Bewertung von Staatsschulden, die etwas präziser und vielleicht auch etwas schärfer sind. Ich finde, da ist eine Tonlage eingetreten, die mittlerweile eine Herausforderung der Autorität von Demokratie und Staat ist. Ich halte es für nicht richtig, was man sofort zur Antwort bekommt, wenn irgendetwas auf staatlicher Ebene geschieht. Da halte ich eine Präzisierung für notwendig.

Generell möchte ich gern Folgendes zu der Richtlinie und der Verordnung sagen, wie sie jetzt vorliegen. Es geht viel um Transparenz. Ich glaube aber, Transparenz liegt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und auch alle Bürgerinnen und Bürger in den Staaten Europas nicht darin, dass wir immer höhere Detaillierungsgrade und eine immer größere

(Peter Hofelich)

Dokumentationstiefe haben, die für die Bürger kaum erfassbar und auch schwer bewertbar sind.

Transparenz wird dadurch erreicht, dass wir klare Regelwerke haben, die letztendlich von den Parlamenten festgelegt werden und auch sanktionsbewehrt sind. Sie sollen den Bürgern verlässlich signalisieren, dass sie als Wirtschaftssubjekte nicht unter den Teppich gekehrt werden. Sie sollen den Bürgern das Vertrauen geben, dass die Ökonomie nicht das Primat über die Politik hat. Darum geht es. Dafür müssen wir auch eintreten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Es gibt einige Dinge in der Vorlage, die habhaft sind. Dazu gehört, dass bestimmte Produkte und Dienstleistungspraktiken verboten werden können, dass der Wertpapierhandel – nicht nur die Börsen – auf gleiche Bedingungen gestellt wird, dass der algorithmische Handel, der Hochfrequenzhandel, eingeschränkt werden kann, jedenfalls reguliert werden kann, auch dass es eine eigene Plattform für kleine und mittlere Unternehmen geben soll. Das führt auch dazu, dass die Börse Stuttgart, der Finanzplatz Baden-Württemberg das Vorhaben insgesamt positiv bewerten.

Offen ist, wie und von wem diese Transparenzgebote tatsächlich umgesetzt werden sollen. Aus meiner Sicht ist auch nicht sicher, wie die Auswirkungen auf die spezielle Struktur der Kreditinstitute in Baden-Württemberg sein werden – Thema Kreissparkassen und Volksbanken/Genossenschaftsbanken. Aus meiner Sicht ist auch nicht klar, wie sich die Kosten, die von der EU-Kommission als relativ gering angesehen werden, auf die kleineren Kreditinstitute auswirken. Das sind Dinge, die man im weiteren Verfahren klären muss.

Bemerkenswert ist auf jeden Fall der Schwenk der Kommission, die für sich sagt: Jawohl, wir haben eingesehen, dass das Laissez-faire, das wir über Jahre hinweg hatten, nicht das Richtige ist. Wir werden durch Erfahrung klug. Wir brauchen ein etwas strammeres Regime.

Das alles wird die Sache nicht retten – das wurde bereits angesprochen –, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir – meine Partei und Fraktion – setzen uns dafür ein, dass Finanzmärkte konsequent reguliert werden. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer zumindest im Euroraum einführen. Wir wollen bestimmte hoch spekulative Geschäfte untersagen können. Wir wollen eine schlagkräftige Aufsicht für Banken, Versicherungen und Wertpapiere sowie eine effektivere Kontrolle von Ratingagenturen. Das ist das erweiterte Zielgebiet, das wir ansteuern. In diesem Zielgebiet befindet sich das, was wir heute als Richtlinie und Verordnung beraten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Leopold Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie stimmen sicher mit mir überein, dass gegen Hochwasser Dämme und Rückhaltebecken helfen. Nichts anderes versucht nun die Europäische Kommission gegen allzu wilde Geldströme, um diese in ruhige und kontrollierbare Bahnen zu lenken.

Meine Vorredner haben bereits die Instrumente genannt, mit denen dies geschehen soll. Nicht ihr Name ist wichtig, sondern das Ziel: Die Finanzmärkte sollen effizienter, transparenter und stabiler werden. Ich glaube nicht, dass jemand hier im Plenarsaal ist, der dagegen etwas hat.

Hierzu sind wir nun als Gesetzgeber gefragt. Seit der Finanzkrise im Jahr 2008 ist schon einiges unternommen worden, um die Finanzmärkte zu regeln. Wir von der FDP/DVP meinen, dass noch mehr getan werden muss. Das darf aber nicht, wie z. B. von der SPD gefordert, nur aus Verboten bestehen.

Wir brauchen Regeln gegen den unlauteren Wettbewerb auf den Finanzmärkten. Wir brauchen ein Ende der staatlichen Verschuldungspolitik, um die stabile europäische Währung zu erhalten. Europa braucht Banken, die Länder nicht von ihnen abhängig und Regierungen nicht erpressbar machen. Zum Risiko müssen selbstverständlich Verantwortung und Haftung dazugehören.

Grenzüberschreitende Finanzmärkte brauchen grenzüberschreitende Regeln, um Ordnung in das System zu bringen. Wir müssen Freiheit und Verantwortung, Risiko und Haftung wieder zusammenbringen, meine Damen und Herren.

Einem Finanzmarkt, auf dem private Akteure zulasten Dritter, nämlich der Steuerzahler, agieren, können wir Liberalen nicht zustimmen. Wir begrüßen, dass mit Blick auf die Bedeutung des Marktes von OTC-Derivaten – das sind außerbörsliche Termingeschäfte –, bei denen es um Trilliarden Euro geht, der Richtlinienentwurf eine wichtige Lücke schließt, welche durch Ausfallrisiken bisher bestand.

Wenn wir von der FDP den Entwurf der Europäischen Kommission zur Zählung wilder Finanzströme begrüßen, warnen wir aber gleichzeitig auch vor einer Regulierungswut. Der Markt darf nicht geknebelt werden. Was wir brauchen, meine Damen und Herren, macht uns jeder guter Weihnachtsmarkt vor: Wir brauchen auf der einen Seite eine Marktordnung, auf der anderen Seite aber muss der Markt auch stets für neue Angebote offen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzmärkte werden immer schneller sein als die demokratischen Institutionen. Wir erleben seit Monaten, dass ein Gipfel den anderen jagt, um anschließend von den Finanzmärkten und den Ratingagenturen zu erfahren, dass die Maßnahmen nicht ausreichend sind.

Es ist sicher richtig, wenn von der EZB verlangt wird, frei von politischer Einflussnahme zu bleiben. Es ist sicher auch richtig, dass die EZB nicht zu einer Fed, wie sie in den USA besteht, umgewandelt wird.

Wer in Asien einen Kredit aufnehmen will, darf sich nicht wundern, wenn er nach den dortigen Maßstäben gemessen wird. Aber die Frage ist doch: Warum spielen wir nach den fremden Regeln? Warum drehen wir den Spieß nicht einfach um? Wäre es nicht möglich, die EZB zu dem zentralen Finanzierungsinstitut der EU aufzuwerten, ohne ihre politische Unabhängigkeit zu gefährden? Wäre es nicht denkbar, dass die EU sich darauf verständigt, zumindest aber die Euroländer sich darauf verständigen, ausschließlich bei der EZB Kredite aufzunehmen?

(Leopold Grimm)

Dadurch könnte verhindert werden, dass wir unser Geld nach außen tragen. Die erwirtschafteten Zinsen bleiben in der Gemeinschaft. Die EZB könnte so als das entscheidende unabhängige europäische Finanzinstitut Kredite zu marktüblichen Konditionen an europäische Mitgliedsländer weitergeben. Die Zinsen, die erwirtschaftet werden, würden praktisch im Haus bleiben und könnten leichter wieder mit zur Deckung des nationalen Ausfallrisikos eingesetzt werden. Dadurch könnten die europäischen Finanzströme in der EZB gebündelt werden. Die Abhängigkeit vom privaten Finanzsektor und von internationalen Ratingagenturen wäre entschieden reduziert.

Diese Dinge können auch in die laufenden Verhandlungsergebnisse eingearbeitet werden. Wenn z. B. die nationalen Regierungen verpflichtet werden, eine Schuldenbremse in ihre jeweilige Verfassung aufzunehmen, könnte auch ein Finanzierungsprimat der EZB vereinbart werden.

Mittelfristig muss eine europaweite Inventur durchgeführt werden, um die jeweilige Staatenbonität verlässlicher beurteilen zu können. So, wie die Kommunen teilweise von der Kameralistik auf die Doppik umgestiegen sind, um ihre kommunale Infrastruktur bilanziell zu erfassen und zu bewerten, so könnte auch eine europaweite Erfassung und Bewertung der jeweiligen nationalen Vermögen und Infrastrukturen zu mehr Transparenz und damit zu einer höheren Bonität führen.

Es reicht nicht, wenn Ratingagenturen beurteilen, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Staat seine Schulden zurückzahlen kann. Wir müssen auch wissen, was für diese Schulden an Gegenwerten geschaffen wurde. Wir müssen wissen, ob die Gelder reinvestiert oder ob sie nur konsumiert werden.

Höhere Transparenz, meine Damen und Herren, führt zu besserer Bonität und damit zu besserer Liquidität.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gäbe viel über dieses Werk zu berichten, das immerhin 214 Seiten umfasst – allein die Richtlinien, ohne die Verordnung. In Anbetracht der Zeit möchte ich Ihnen längere Ausführungen dazu ersparen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Satz für Satz!)

Ich kann dazu aber sagen, dass die Landesregierung den Ansatz der Europäischen Kommission für richtig hält. Ich kann mich da meinen Vorrednern – vor allem Herrn Stratthaus, Herrn Hofelich, aber auch Herrn Frey – anschließen, was die Bewertung dieser Instrumente, die in dem Richtlinienvorschlag angesprochen sind, angeht.

Grenzüberschreitende Finanzmärkte brauchen grenzüberschreitende Regeln. Da müssen die Bedingungen für die Akteure am Markt den Gegebenheiten folgen. Wir brauchen da einheitliche Regeln. Deswegen begrüßen wir den Ansatz der Europäischen Kommission in dem Richtlinienvorschlag.

Wir stehen am Beginn und noch nicht am Ende eines Gesetzgebungsprozesses. Wir sind auch nicht der Gesetzgeber, Herr Grimm. Der Landtag hat da keine gesetzgeberische Kompetenz. Aber wir sollten dies begleiten. Es wird in der Folge auch noch um die nationale Umsetzung gehen. Diesen Prozess sollten wir begleiten. Wir sollten ihn auch zügig begleiten, denn die Regeln sind notwendig. Wenn wir betrachten, was in der ersten Finanzmarktkrise – dies war eine Finanzmarktkrise – passiert ist, sehen wir, dass wir dort dringenden Handlungsbedarf haben.

In diesem Sinn wird die Landesregierung den Ansatz der Europäischen Kommission positiv begleiten.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Präsident Guido Wolf: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Ich lasse deshalb über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 15/1007, abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung und am Ende einer lebhaften Diskussion angelangt.

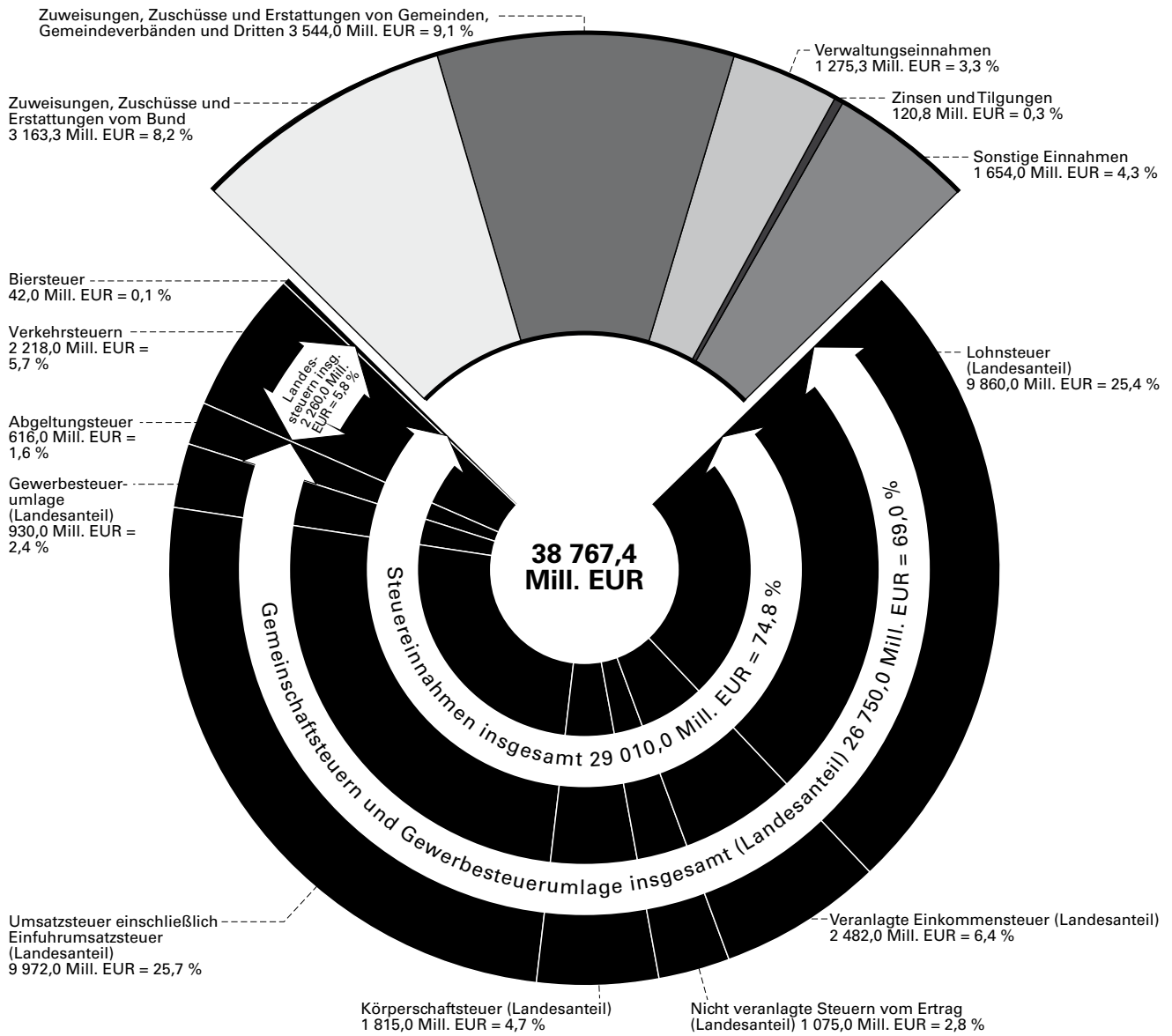
Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 21. Dezember 2011, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 13:56 Uhr

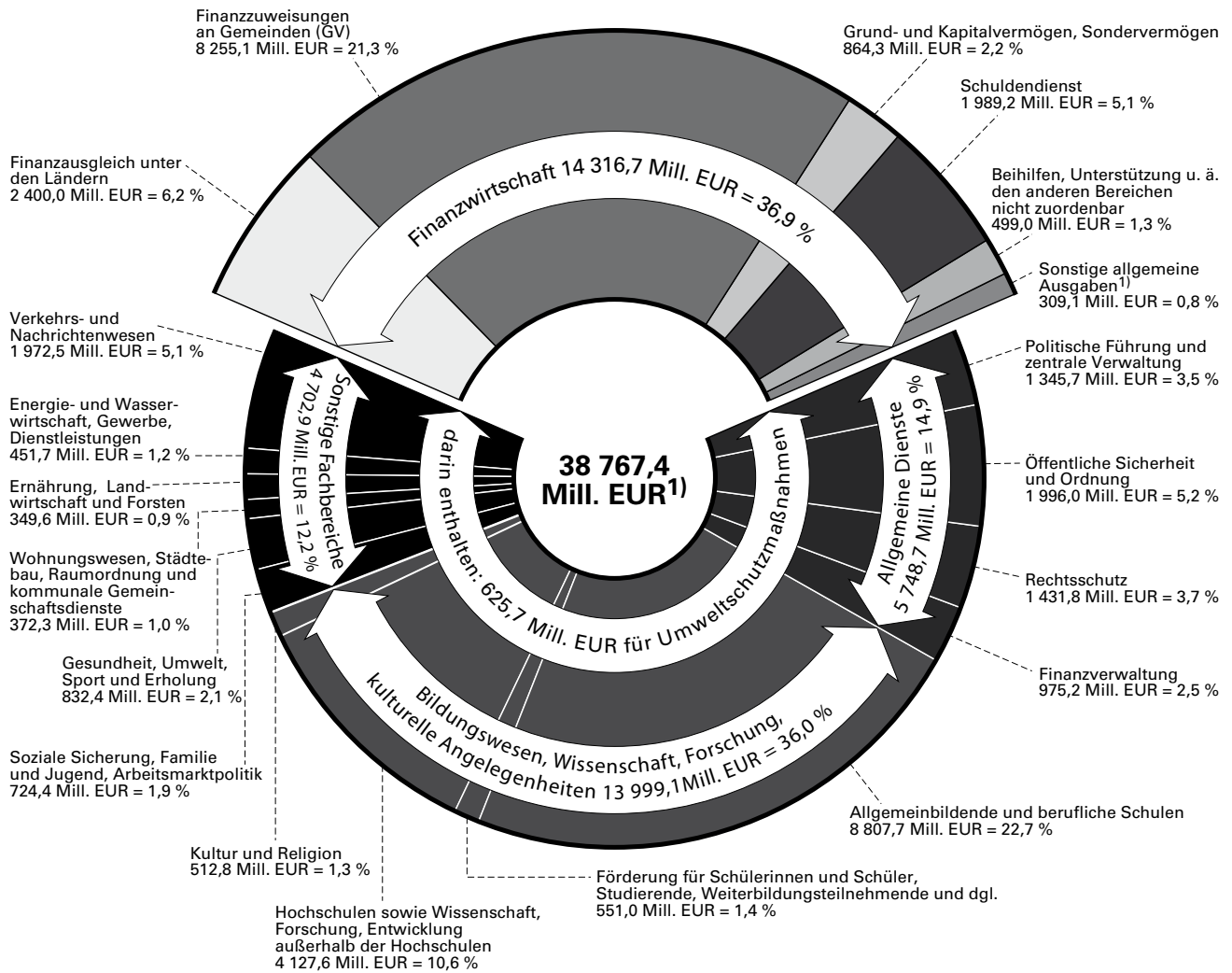
Einnahmen nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012

Anlage 1



Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012

Anlage 2



1) Nach Abzug der Globalen Minderausgaben.

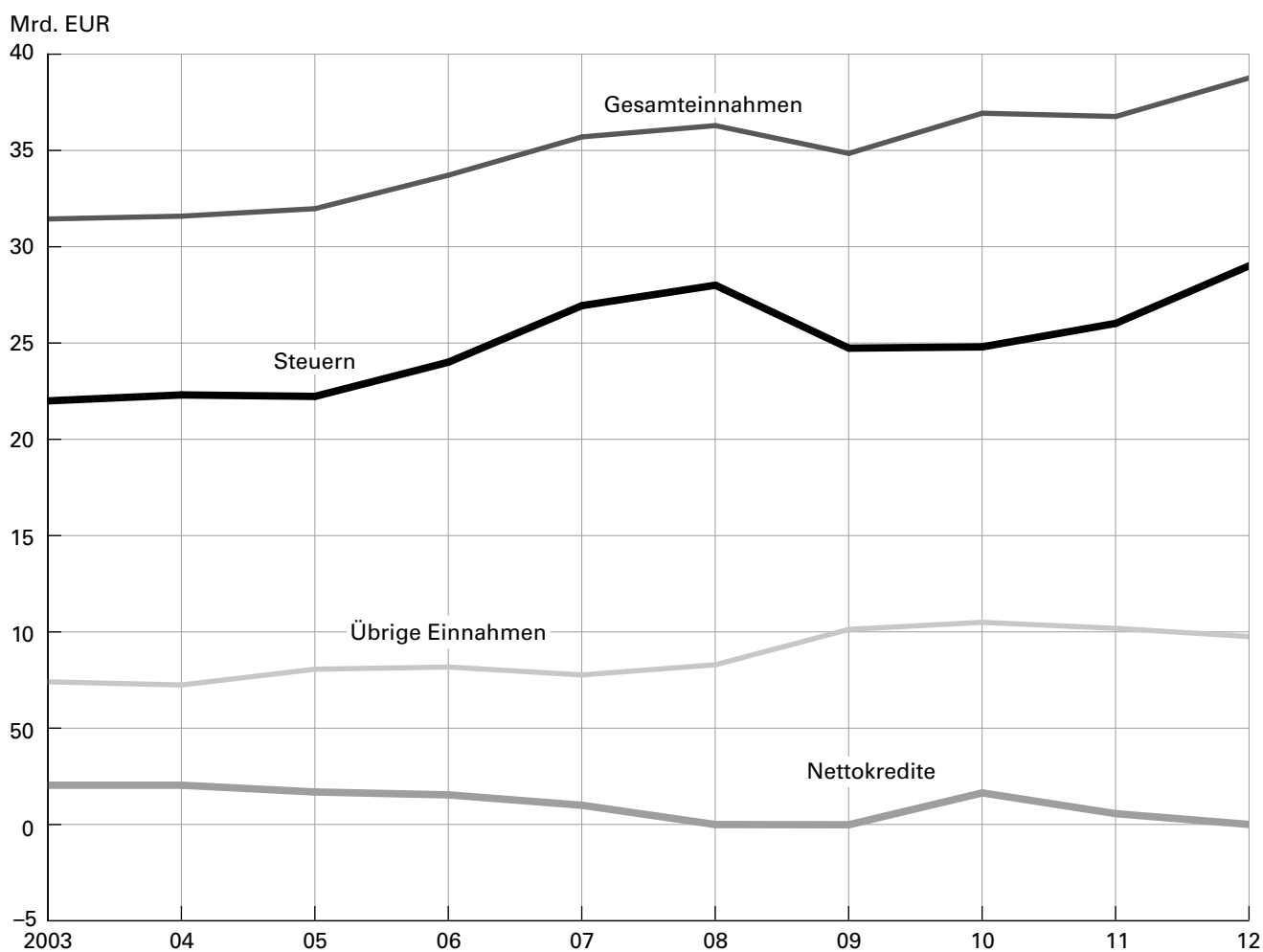
Die Einzelpläne nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012

Anlage 3

	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR
Gesamtsumme	38 767 373 800	38 767 373 800
Einzelplan 01: Landtag	31 000	66 738 800
Einzelplan 02: Staatsministerium	2 201 700	45 362 700
Einzelplan 03: Innenministerium	125 642 500	2 513 708 700
Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	28 632 500	9 230 910 300
Einzelplan 05: Justizministerium	690 277 900	1 469 104 600
Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	243 738 000	1 345 648 900
Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)	238 286 400	614 288 700
Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	235 366 300	802 187 800
Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	91 542 400	1 225 188 100
Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	143 222 700	387 590 000
Einzelplan 11: Rechnungshof	1 000	21 231 600
Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung	35 372 034 900	14 743 305 700
Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur	996 071 200	1 767 094 700
Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	600 022 000	4 460 054 900
Einzelplan 15: Ministerium für Integration	303 300	74 958 300

Entwicklung der Einnahmen des Landes 2003 bis 2012

Anlage 4



Jahr	Gesamteinnahmen ¹⁾	Steuern	Übrige Einnahmen	Nettokredite
Millionen EUR				
2003	31 442	21 997	7 406	2 039
2004	31 588	22 305	7 244	2 039
2005	31 977	22 228	8 062	1 686
2006	33 717	24 006	8 175	1 536
2007	35 704	26 941	7 765	997
2008	36 291	28 002	8 294	- 5
2009	34 846	24 733	10 129	- 16
2010	36 934	24 799	10 496	1 639
2011	36 764	26 020	10 184	560
2012	38 767	29 010	9 757	0

2003 bis 2010: Ist-Ergebnisse

2011: Staatshaushaltsplan in der Fassung des 4. Nachtrags

2012: Entwurf Staatshaushaltsplan

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Gesamteinnahmen ohne Kreditaufnahme am Kreditmarkt zur Schuldentilgung.

Entwicklung der Personalausgabenquote, der Zinsquote und der Kreditfinanzierungsquote 2000 bis 2012

Anlage 5

Jahr	Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾	Relation Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt zu den bereinigten Gesamtausgaben ¹⁾
2000 ²⁾	39,6 %	5,4 %	1,4 %
2001 ³⁾	41,3 %	5,4 %	4,2 %
2002	41,4 %	5,5 %	6,1 %
2003	41,2 %	5,9 %	6,6 %
2004	41,8 %	6,0 %	6,5 %
2005	40,5 %	6,2 %	5,3 %
2006	39,5 %	6,9 %	4,7 %
2007	39,0 %	5,9 %	3,0 %
2008	37,9 %	5,4 %	0,0 %
2009	39,3 %	4,7 %	0,0 %
2010	39,3 %	5,2 %	4,6 %
2011	40,5 %	5,4 %	1,5 %
2012	39,3 %	5,0 %	0,0 %

2000 bis 2010: Ist-Ergebnisse

2011: Staatshaushaltsplan in der Fassung des 4. Nachtrags

2012: Entwurf Staatshaushaltsplan

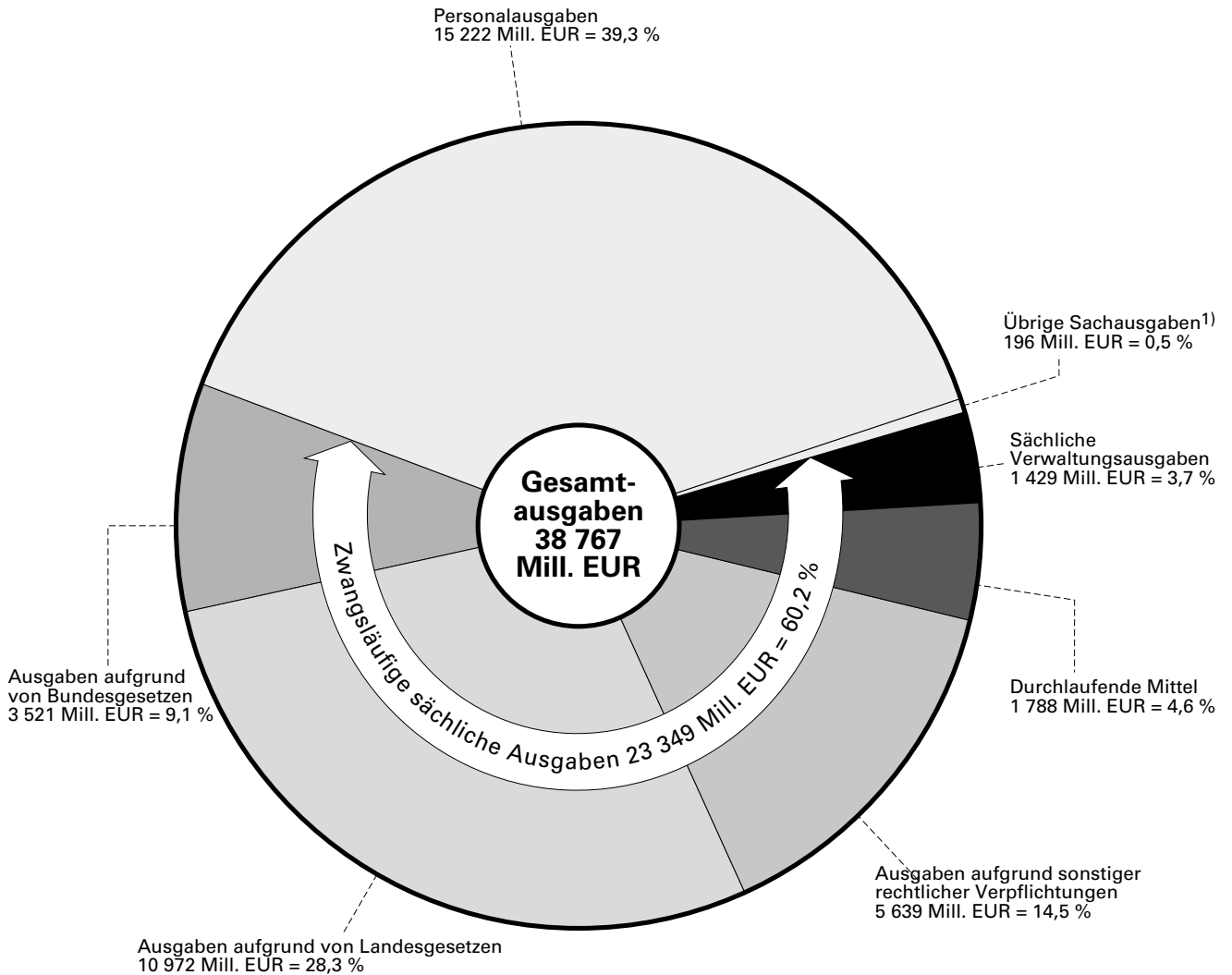
1) Gesamtausgaben abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt und besonderer Finanzierungsvorgänge (Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen).

2) Die bereinigten Gesamtausgaben und die Nettokreditaufnahme wurden im Ist 2000 bereinigt um den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg i. H. v. 303 Mill. EUR.

3) Die bereinigten Gesamtausgaben und die Nettokreditaufnahme wurden im Ist 2001 bereinigt um den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank Baden-Württemberg i. H. v. 1 010 Mill. EUR.

Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012 aufgeteilt nach Zwangsläufigkeiten

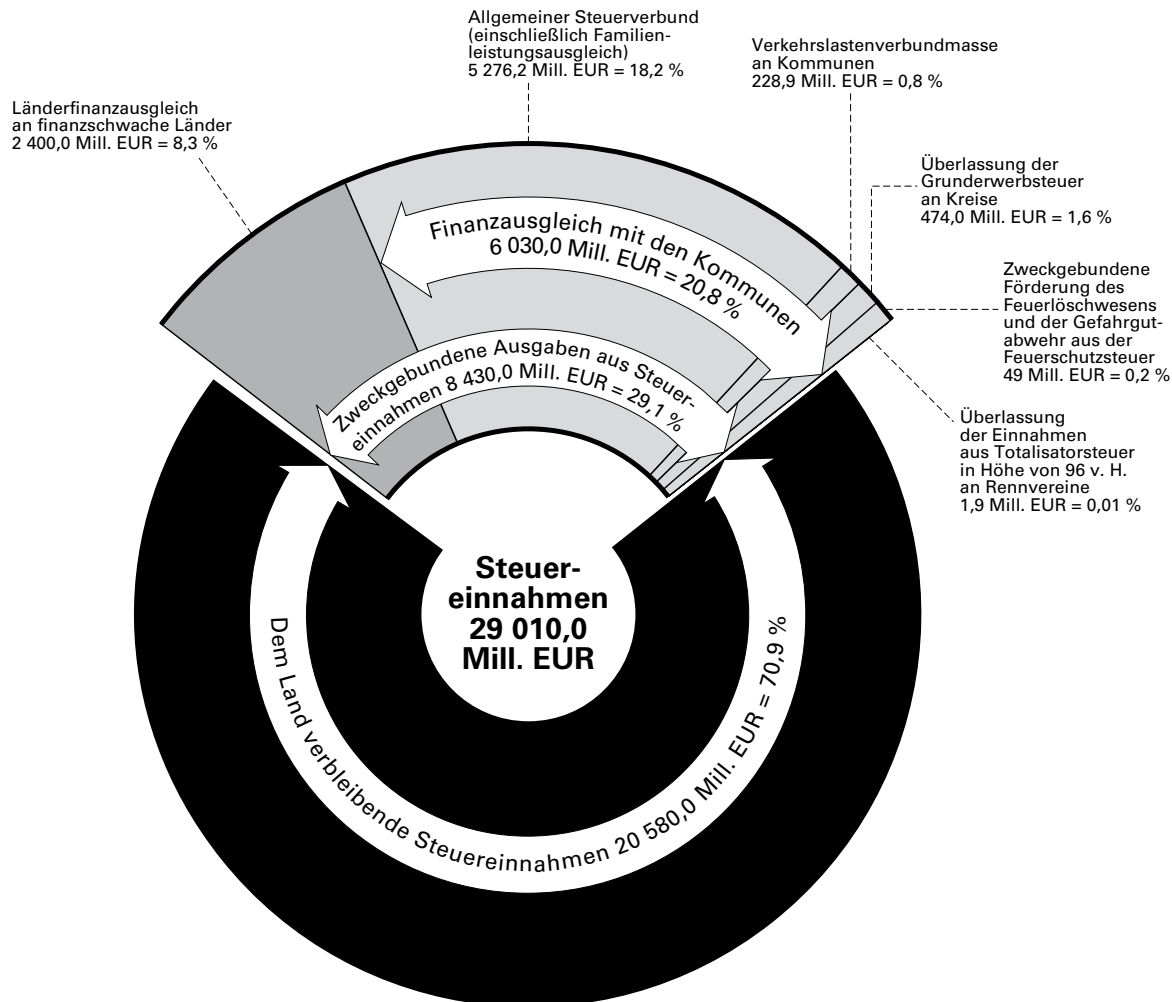
Anlage 6



1) Nach Abzug der Globalen Minderausgaben.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

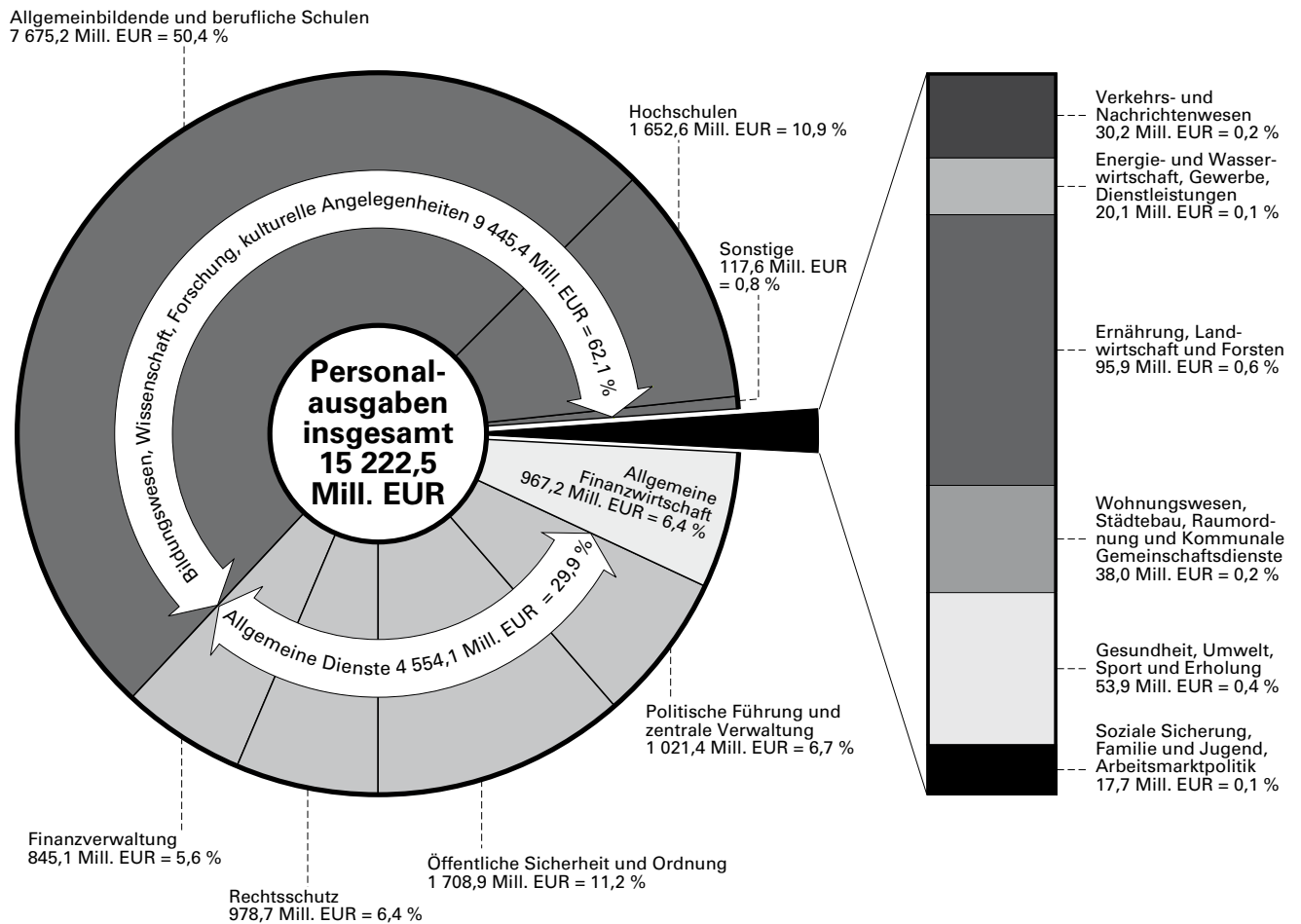
Steuereinnahmen und die davon abhängigen Ausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012

Anlage 7



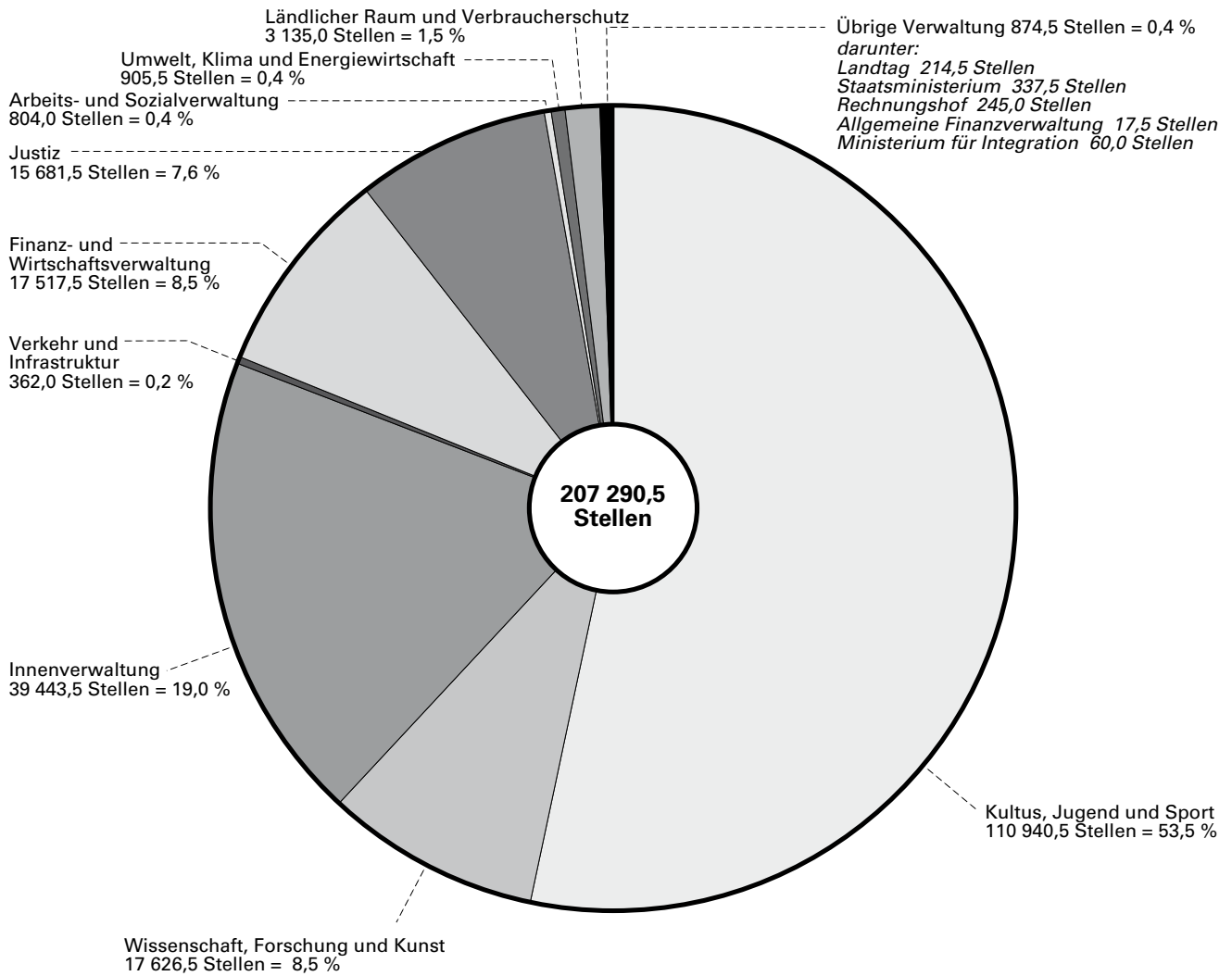
Personalausgaben nach dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2012 nach Aufgabenbereichen

Anlage 8



Personalstellen nach dem Entwurf des Staathaushaltsplans 2012

Anlage 9

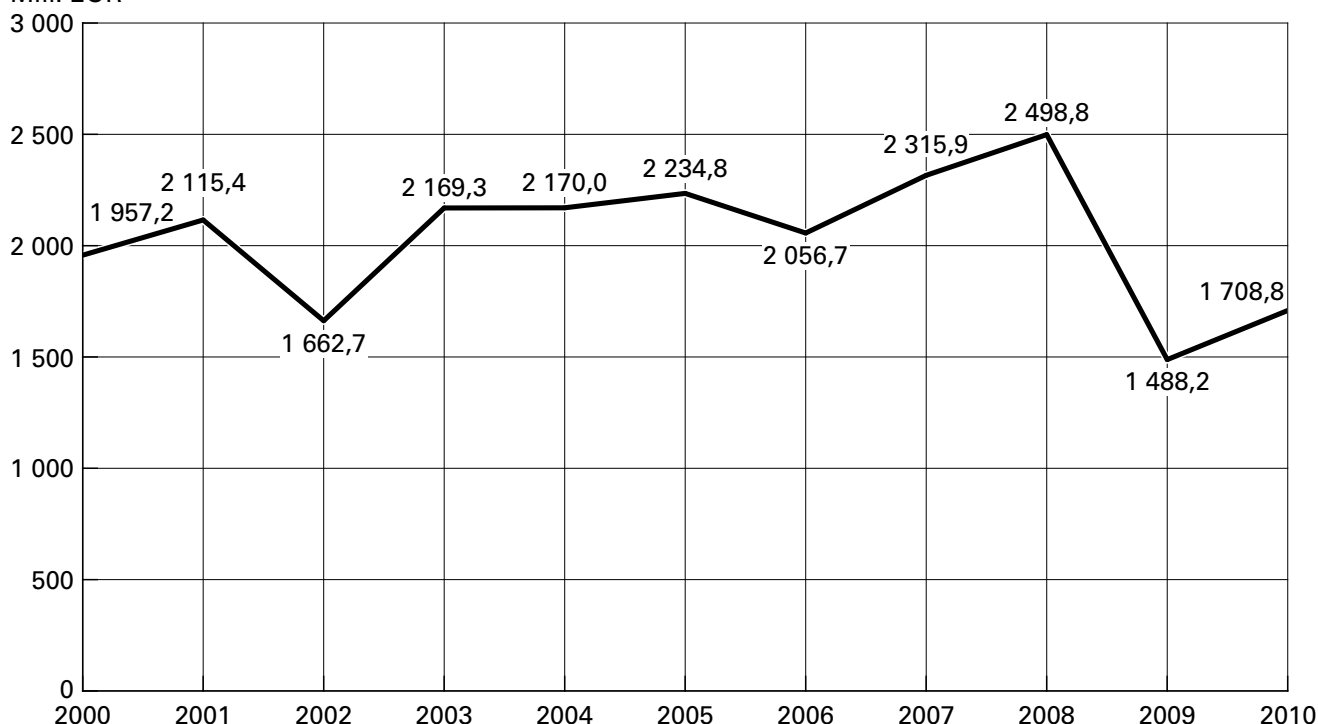


Finanzausgleich unter den Ländern 2000 bis 2010

Anlage 10

Beiträge des Landes für ausgleichsberechtigte Länder

Mill. EUR

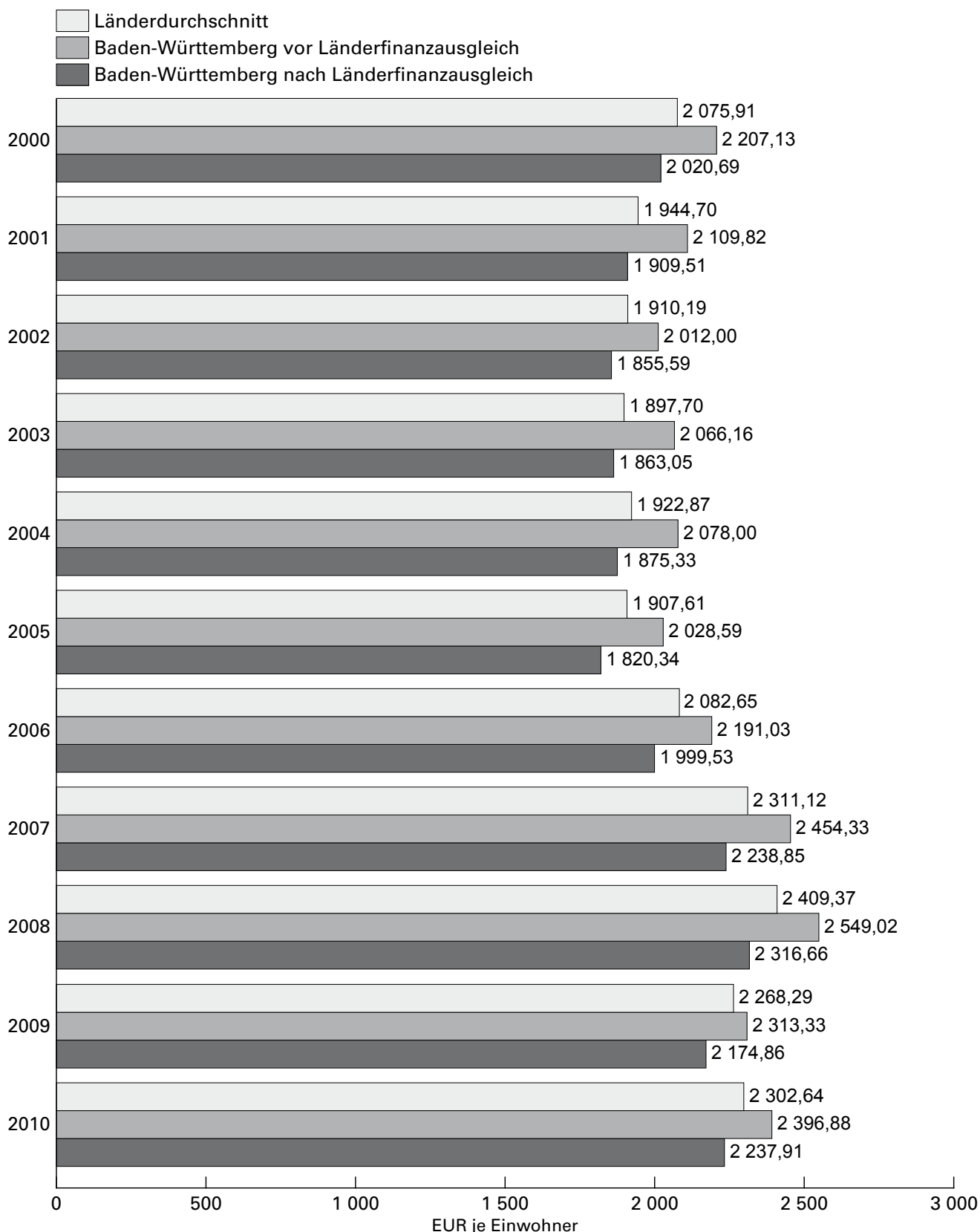
**Anteile der ausgleichspflichtigen und ausgleichsberechtigten Länder*)**

Land	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Ausgleichspflichtige Länder											
Baden-Württemberg	1 957,2	2 115,4	1 662,7	2 169,3	2 170,0	2 234,8	2 056,7	2 315,9	2 498,8	1 488,2	1 708,8
Bayern	1 884,1	2 276,8	2 047,5	1 859,2	2 315,4	2 234,2	2 093,1	2 310,8	2 923,5	3 354,0	3 511,1
Hamburg	556,0	268,1	197,1	656,0	578,0	383,3	622,6	367,5	370,9	44,9	66,3
Hessen	2 734,4	2 629,5	1 910,2	1 875,8	1 528,6	1 605,6	2 418,0	2 884,6	2 470,1	1 901,8	1 752,3
Nordrhein-Westfalen	1 141,2	277,9	1 628,1	49,6	212,9	489,9	131,6	37,7	-	58,9	-
Schleswig-Holstein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	8 272,9	7 567,7	7 445,5	6 609,8	6 804,8	6 947,8	7 322,0	7 916,5	8 263,4	6 847,8	7 038,6
Ausgleichsberechtigte Länder											
Bayern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bremen	442,1	401,5	406,5	346,2	330,8	366,2	416,9	471,1	505,3	433,2	444,8
Niedersachsen	568,1	951,6	487,4	392,4	446,2	363,3	239,8	317,9	316,7	110,3	259,1
Hamburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	-	-	-	-	-	-	-	-	54,3	-	354,3
Rheinland-Pfalz	391,6	229,3	419,1	259,2	190,4	293,9	346,1	342,6	374,0	292,6	266,6
Saarland	166,7	145,5	139,2	106,6	115,7	112,6	115,3	124,9	116,4	93,0	89,3
Schleswig-Holstein	185,1	59,6	111,6	16,1	102,2	146,2	123,7	136,1	176,7	169,3	101,2
Sachsen	1 181,9	1 031,3	1 047,1	936,1	929,8	1 020,2	1 078,0	1 164,9	1 157,5	910,2	853,9
Sachsen-Anhalt	711,4	590,9	606,8	519,7	531,6	587,0	590,2	627,1	626,6	514,0	497,0
Thüringen	670,1	573,2	571,1	499,6	517,5	581,0	616,6	644,4	636,9	496,8	472,2
Brandenburg	644,0	498,0	540,8	502,1	534,3	588,3	611,2	674,7	620,7	500,8	401,0
Mecklenburg-Vorpommern	499,6	434,1	439,0	393,1	403,4	433,5	475,2	512,8	538,4	450,1	399,1
Berlin	2 812,3	2 652,8	2 676,9	2 638,8	2 702,9	2 455,5	2 709,0	2 900,1	3 139,8	2 877,5	2 900,0
Zusammen	8 272,9	7 567,7	7 445,5	6 609,8	6 804,8	6 947,8	7 322,0	7 916,5	8 263,4	6 847,8	7 038,6

*) Evtl. Differenzen in den Summen beruhen auf dem Runden der Zahlen.

Steuereinnahmen*) des Landes vor und nach dem Finanzausgleich unter den Ländern im Vergleich mit den durchschnittlichen Steuereinnahmen*) der Länder 2000 bis 2010

Anlage 11

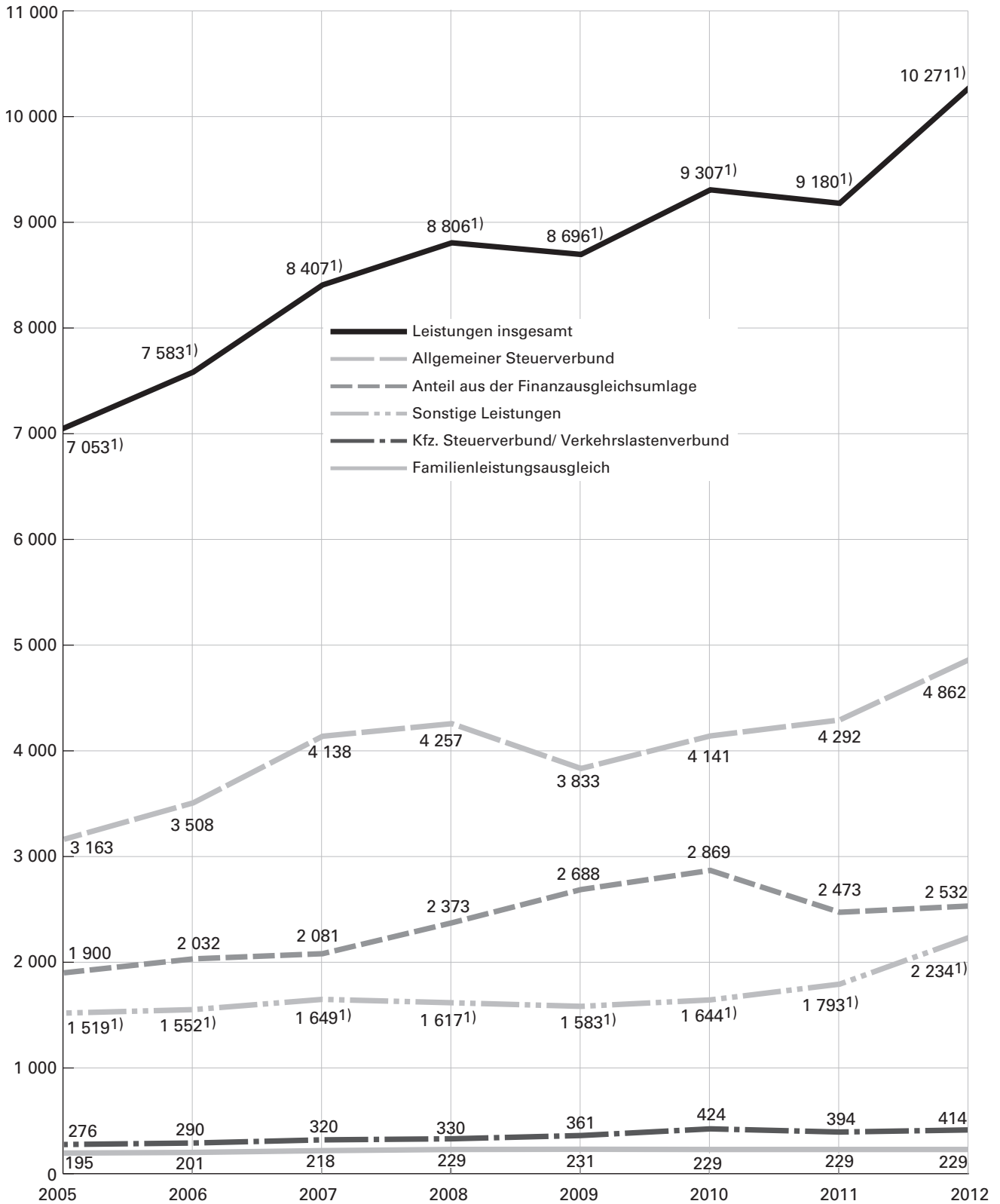


*) Einschließlich Spielbankabgabe und Förderabgabe (vor Abzug der Hafensteuern bzw. der Prämie).

Ausgaben des Landes für Leistungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände 2005 bis 2012

Anlage 12

Mill. EUR



2005 bis 2010 : Ist-Ergebnisse
 2011: 4. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan
 2012: Entwurf Staatshaushaltsplan

1) Einschließlich Ausgleich für die Verwaltungsstrukturreform.

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP

zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1018

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses
„Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg
und seine Folgen (EnBW-Deal)“**

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
-----	-------	-----	---------

Mitglieder:

Herrmann	Aras	Binder	Glück
Müller	Filius	Haller-Haid	
Paal	Lindlohr	Sakellariou	
Schebesta	Sckerl	Stoch	
Schütz			
Throm			

Stellvertreter:

Groh	Dr. Rösler	Drexler	Dr. Bullinger
Hauk	Schoch	Grünstein	
Köbler	Schwarz	Rivoir	
Dr. Löffler	Sitzmann	Schmiedel	
Mack			
Zimmermann			

14. 12. 2011

Peter Hauk und Fraktion
Edith Sitzmann und Fraktion
Claus Schmiedel und Fraktion
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1018

**Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses
„Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg
und seine Folgen (EnBW-Deal)“**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Ulrich Müller

14. 12. 2011

Peter Hauk und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE

zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Drucksache 15/1018

**Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses
„Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land Baden-Württemberg
und seine Folgen (EnBW-Deal)“**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Jürgen Filius

14. 12. 2011

Edith Sitzmann und Fraktion